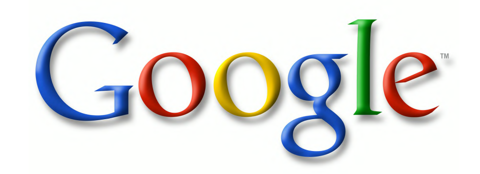
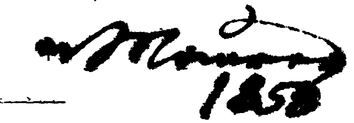



Digitized by Google



Spiegel der deutschen Leute.



Handschriftfund

des

Professor Dr. Ficker

zu Innsbruck.

Von

Dr. A. v. Daniels,

Ober-Tribunalsrath, Professor der Rechte, Kronsyndikus und Mitglied des Herrenhauses.

Berlin.

Mylius'sche Verlagshandlung.

1858.

Inhalt.

Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin.

Die in den Buchhandel gebrachte neue Ausgabe von Homeyer's Verzeichniß der deutschen Rechtsbücher des Mittelalters und ihrer Handschriften hat den Professor Dr. Ficker zu Insbruck veranlaßt, Nachsuchungen unter den dort vorfindlichen Rechtshandschriften anstellen zu lassen. Es hat dies zu Ermittelung einer Handschrift geführt, die nach einem mit Nabuchodonosor abbrechenden Buche der Könige alter Ee unter der Ueberschrift: „hie hebt sich dat lantreht an" ein Rechtsbuch liefert, welches sich vorherrschend dem Sachsenspiegel anschließt, jedoch eine sichere Verwandtschaft mit dem sogenannten Schwabenspiegel erkennen läßt.

Der Fund hat Ficker zu einer Abhandlung veranlaßt, welche aus dem Februarhefte der Sitzungsberichte des Jahrganges 1857 der philosophisch-historischen Klasse der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften zu Wien besonders unter dem Titel: der Spiegel deutscher Leute und dessen Stellung zum Sachsen- und Schwabenspiegel 1857 erschienen ist.

Der Verfasser kommt zu folgenden Ergebnissen:

Vor 1235 verfaßte Eike von Repgow den Sachsenspiegel aus einer lateinischen Grundlage, die sich für das Lehenrecht noch in dem vetus auctor de beneficiis erhalten hat. Die der ursprünglichen am nächsten kommende Form stellt die Quedlinburger Handschrift dar. Allmählig erhielt das Rechtsbuch von Magdeburg ausgehende Zusätze, vorzüglich das Lehenrecht. Um 1260 entschloß sich ein Rechtskundiger zu Augsburg, das Werk, als es nur einen Theil der späteren Erweiterungen in sich aufgenommen hatte, zu einem allgemeinen deutschen Rechtsbuche zu verarbeiten, welches er nach der gangbar gewordenen Benennung Sachsenspiegel als „Spiegel aller deutschen Leute" bezeich-

nete. Er befolgte wesentlich die Ordnung seines Vorbildes, beseitigte aber die auf Sachsen bezüglichen Stellen, und Manches, welches ihm als antiquirt erscheinen mußte. Dagegen vermehrte er die Arbeit aus römischem und kanonischem Rechte, den Reichsgesetzen und aus Aufzeichnungen des Augsburger Stadtrechtes. Den Plan hat er indeß nur bis Sachsenspiegel II., 12., wo möglicherweise früher ein erster Theil endete, durchgeführt. Was im Sachsenspiegel weiter folgt, mit Einschluß des Lehenrechtes, ist nur eine flüchtige, oft inkorrekte Uebersetzung der niederdeutschen Vorlage, mit oberflächlicher Beseitigung sächsischer Unterschiede und unbedeutenden Aenderungen oder Zusätzen. Dies Werk soll Berthold von Regensburg bei seinen Predigten vor Augen gehabt, 1280 aber ein zweiter Augsburger Rechtskundiger zu dem für alle deutschen Lande bestimmten Werke verarbeitet haben, welches man jetzt den Schwabenspiegel zu nennen pflegt.

Ich halte mit Ficker den Fund für einen beachtenswerthen, weil die Meinungen über das Verhältniß der Rechtsquellen des deutschen Mittelalters so sehr im Argen liegen, daß nur die umfangreichste Veranschaulichung der in Bibliotheken vergrabenen Handschriftenschätze von den falschen Ueberlieferungen befreien kann, die ein Kompendienschreiber aus dem anderen entnimmt; höchstens durch einige vage Vermuthungen nach seinen subjektiven Auffassungen zurichtet.

Meine Sammlungen für eine Gesammtausgabe der mittelalterlichen deutschen Rechtsquellen setzen mich in den Stand, den Freunden deutscher Rechtsforschung einige Aufklärungen über den von neuem in Anregung gebrachten Gegenstand vorzulegen, die ich in dem Wunsche und mit der Hoffnung beeile, daß hierdurch zu weiteren ersprießlichen Nachsuchungen eine Anregung gegeben werde.

Ficker behandelt meine Ansicht von dem Ursprung des Sachsenspiegels aus dem s. g. Schwabenspiegel durch Homeyer's Gegengründe als für immer abgethan; daher sind in seiner Schrift die von mir geltend gemachten Argumente selbst da mit Stillschweigen übergangen, wo sie, wie z. B. in der Stelle von den Pfalzen und Erzbisthümern des Sachsenlandes, unmittelbar den Gegenstand seiner eigenen Untersuchungen berührten. Dies nöthigt mich, ehe ich auf das Verhältniß des neuen Fundes zu dem früher Bekannten eingehe, meinen eigenen Standpunkt näher zu bezeichnen.

Die vulgäre Meinung läßt den Sachsenspiegel vor dem Interregnum entstehen, kann aber darüber nicht in's Reine kommen, in welche bestimmtere Zeit die Abfassung zu verlegen sei. Man behauptet Entstehung in dem zwölften Jahrhundert, Entstehung im dreizehnten Jahrhundert, vor 1215, um 1226, vor 1230, zwischen 1231 und 1235, vor 1235, von 1225 bis 1250 u. s. w. Der Schwabenspiegel muß dann nach den älteren Ansichten, welche ihn für die Quelle halten, noch weiter in die Vergangenheit zurückweichen. Insbesondere hält Schilter den Kaiser Otto IV. für den Urheber, und das Werk selbst für ein Reichgesetz aus dem Jahre 1208.[1]

Meine Behauptung aber geht von allen bisherigen Annahmen abweichend dahin, weder Sachsenspiegel noch Schwabenspiegel könnten vor König Rudolf I. zusammengestellt sein. Ich verweise also beide Werke in die Zeit nach dem großen Interregnum, welches in den deutschen Verfassungszuständen die wesentlichsten Veränderungen hervorbrachte.

Meine Ansichten sind näher in zwei Schriften entwickelt, deren Titel ich hier vollständig gebe, weil die Lehrbücher darüber ungenau sind, oder Irrthümer enthalten. Die erste Schrift war: „De Saxonici Speculi origine ex juris communis libro, Suevico Speculo perperam nominari solito. Berol. 1852.“ Sie beschränkte sich „speciminis loco“ eine Skizze der Gründe zu liefern, welche ich aus dem Verhältnisse des sogenannten Schwabenspiegels zu seinen Quellen und aus seinem Parallelismus mit dem sächsischen Rechtsbuche entnahm. Sie veranlaßte Homeyer, wenige Wochen nachher, der hiesigen Akademie der Wissenschaften einen Vortrag zu halten, in welchem er die entgegengesetzte Annahme zu retten suchte. Diese Entgegnung steht in dem Monatsberichte vom August 1852 S. 487, und ist nicht besonders in den Buchhandel gegeben. In meiner Ausgabe einer singulären niederdeutschen Form des sächsischen Weichbildrechtes, erschienen 1852 unter dem Titel: „Dat buk wichbilde recht“, die aber nach Buchhändlersitte die Jahreszahl 1853 auf dem Titelblatte führt,[2] nahm ich aus einem dem Homeyer'schen Vortrage zum Grunde liegenden thatsäch-

[1] Nähere Angaben s. Alter u. Urspr. d. Sachsensp. S. IV.

[2] Meine Vorrede ist vom November 1852 datirt.

lichen Mißverständnisse, S. 6 der Vorrede, Anlaß zu einer vorläufigen Berichtigung. Dieser folgte sofort in dem leipziger Centralblatte eine vom 11. Dezember 1852 datirte Gegenerklärung Homeyer's, die sich für den von mir nachgewiesenen thatsächlichen Irrthum auf eine nicht von mir herrührende vorläufige Nachricht in der gießener Zeitschrift für Civilrecht und Prozeß berief.[1] Dies bewog mich, mit einer Erwiederung zur Sache selbst hervorzutreten, obwohl es mir lieber gewesen wäre, noch sachliche Erörterungen von anderer Seite her zu erwarten. Sie erschien unter dem Titel: Alter und Ursprung des Sachsenspiegels. Berl. 1853. Diese deutsche Schrift enthält außer der Antwort auf die Homeyer'schen Einwendungen auch weitere Andeutungen meiner historischen Gründe gegen die herrschende Ueberlieferung. Homeyer gab jetzt, einige Monate darauf, seinen Vortrag vor der Akademie der Wissenschaften in den Buchhandel, unter dem Titel: die Stellung des Sachsenspiegels zum Schwabenspiegel. 1853. Die Schrift besteht in einem unveränderten Abdruck aus den Monatsberichten, mit besternten Zusätzen als Duplik auf meine deutsche Erwiederungsschrift.[2]

Eine Kritik von Robert Sachße[3] kannte den Homeyer'schen Rettungsversuch der alten Meinung noch nicht. Soweit Ton und Inhalt dieses Artikels eine ernstliche Berücksichtigung zuließen, habe ich in meiner deutschen Schrift das Geeignete gesagt. Seitdem ist mir keine auf die Streitfrage eingehende Erörterung zu Gesichte gekommen, bis auf einen Aufsatz von Gaupp, den ich in der Anlage besprechen werde.

Meine eigenen Schriften sind vergriffen. Eine seit längerer Zeit vorbereitete neue Ausgabe mit vollständigerer Darlegung meiner Beweise

---

[1] Das Blatt, in welchem die Erklärung erschien, hatte nicht nur meine lateinische Schrift, sondern auch zum Voraus die von mir angekündigte Weichbildausgabe und selbst meine Person in einer Weise angegriffen, der ich nur Verachtung entgegenzusetzen weiß.

[2] Philipps in der dritten Ausgabe seiner Rechtsgeschichte, S. 277 n. 6., muß aus ungenauen Bücherkatalogen gearbeitet haben, denn er führt von mir die erst 1853 erschienene deutsche Schrift zweimal, mit den Jahrzahlen 1852 und 1853, an, und von Homeyer außer der richtig angegebenen Schrift: Die Stellung des Sachsenspiegels zum Schwabenspiegel 1853, noch eine mir unbekannte: „Ueber das Verhältniß des Schwabenspiegels zum Sachsenspiegel 1852."

[3] Sie findet sich in der heidelbergischen kritischen Zeitschrift B. 1. S. 173 u. folg.

würde für jetzt ihren Zweck nur unvollkommen erfüllen, weil die Texte nicht allgemein zugänglich sind, auf welche ich fußen muß. Insbesondere gehören dahin aus der „Sammlung der Rechtsdenkmäler des deutschen Mittelalters“, zu deren Herausgabe sich Dr. Fr. v. Gruben und Dr. Frdr. Kühns mit mir verbunden haben, eine unter der Presse befindliche synoptische Ausgabe der Rechtsspiegel in den verschiedenen Haupttexten; die historischen Beiwerke des s. g. Schwabenspiegels, und der druckbereite zweite Band der Weichbildausgabe, welcher die Quellen und älteren Formen dieses Rechtswerkes vor Augen stellen wird.

Die Referate Homeyer's geben keine genügende Vorstellung von meinen Annahmen. Schon der erste Vortrag gründete einen Haupttheil der Widerlegung auf den Irrthum, ich habe Entstehung des sächsischen Rechtsbuches in den ersten Jahrzehnten des vierzehnten Jahrhunderts behauptet. Die dafür in Bezug genommene Stelle meiner lateinischen Schrift sagt aber nur: in jener Zeit habe das Werk schon unter dem nicht ursprünglichen Titel des Sachsenspiegels in dem nördlichen Deutschland die allgemeinste Verbreitung gefunden. Ausdrücklich ist in meiner Schrift aufgestellt: 1283 müsse das Werk schon mit Varianten in Umlauf gewesen sein. Um wiederholte derartige Mißverständnisse zu verhüten, folge hier eine kurze Zusammenfassung meiner wesentlichsten Sätze mit Andeutung meiner Hauptgründe.

Damit wird hoffentlich die Einbildung fallen. ich habe schon meine deutsche Schrift in gerechten Zweifeln über meine Ansicht verfaßt, und es könne die Entdeckung zu Insbruck meine Bekehrung vollenden.[*]

I. Priorität des s. g. Schwabenspiegels vor dem Sachsenspiegel.

Meine Gründe für deren Annahme sind:

1. Daß Eike von Repchow auf Veranlassung des Grafen Hoyer's von Falkenstein den Sachsenspiegel verfaßt habe, ist **unerwiesen.** Das Hauptzeugniß beruht auf einer Strophe der praefatio rythmica zu dem Rechtsbuche. Diese Reimvorrede ist aus verschieden-

[*] Geäußert von einem Dr. Böhlau in krit. Zeitschr. B. 5. S. 47.

artigen Stücken zusammengestoppelt, sehr ungleichen poetischen Gehaltes, und kommt in den Handschriften mit mehr oder weniger Auslassungen, Zusätzen und Aenderungen, oder gar nicht vor. Regelmäßig fehlt sie in glossirten Handschriften. Auch die betreffende Beweisstelle haben nicht alle Handschriften; einige machen selbst die Beziehung des Rechtsbuches auf das besondere Bedürfniß des Sachsenlandes zweifelhaft.[1] Der Name Repchow erscheint auch in Reimgedichten bei anderen Werken; ohne Vornamen vor einer prosaischen Weltchronik, die Maßmann 1857 herausgegeben; mit dem Namen Eicke und mit der Beziehung auf Falkenstein entweder vor dem sächsischen Weichbild, oder vor der kurzen Chronik, welche diesem mitunter als Einleitung dient.[2] Bei der s. g. Repchow'schen Chronik wird dem Repchow oder Ripchow nicht die Verfasserschaft zugeschrieben, sondern nur ein guter Rath an künftige Fortsetzer, keine Lügen zu schreiben. Homeyer hat dies mit einer Stelle der Reimvorrede zum Sachsenspiegel in Verbindung gesetzt, die Verläumdung durch Lügen für eine schändliche Rache erklärt; allein daß hier das einzig gemeinschaftliche die Mißbilligung von Lügen sei, springt in die Augen; Homeyer's Ansicht, Eicke sei dieser Stellen wegen als Verfasser beider Gedichte anzusehen, ist daher mehrseitig, so schon von Luden und neuerlichst sowohl von Pfeiffer als von Maßmann mit Recht verworfen worden.[3] Die Erzählung von

---

[1] Vergl. die Nachweisungen unter III.

[2] Dies Reimgedicht giebt die Weichbildausgabe in den Rechtsdenkmälern in einer älteren und einer neueren Form Sp. 5 — 8. In beiden Gestalten enthält das Gedicht keine Zeile, welche andeutet, daß es sich auf ein Rechtswerk beziehe, obwohl es mit dem Weichbild in Verbindung erscheint. Die Gründe, aus denen ich es als zu der Weltchronik vor dem Weichbildrechte gehörig ansehe, finden sich ausgeführt und belegt: de Spec. Sax. or. p. 8; Alter und Ursp. d. Sachsenspiegels S. 21 und 99. Gleichwohl hat man das Gedicht auch ohne die Chronik dem Weichbild vorangeschrieben. Um der Einwendung zu entgehen, weshalb man der praefatio rythmica über Abfassung des Sachsenspiegels Glauben schenke, Repchow aber nicht auch für den Verfasser des Weichbildes halte, sucht man damit zu entschlüpfen: das Gedicht habe einen Epilog zum Sachsenspiegel bilden sollen, und stehe in den Handschriften nur aus Verwechselung vor dem Weichbilde. Ich kann in dieser Hinsicht dem Eindrucke vertrauen, den die unbefangene Lesung machen wird, wofern man damit die Schlußstrophe der praefatio rythmica des Sachsenspiegels zu vergleichen sich die Mühe nehmen wird.

[3] Das Zeitbuch des Eike von Repgow. Herausg. von H. F. Massmann, 1857. S. 653.

Eicke's Verfasserschaft des Sachsenspiegels geben andere Quellen in völlig verschiedener Weise. Nach der Glosse zum Sachsenspiegel ist Eicke **Uebersetzer**, allenfalls auch Commentator eines Privilegiums Karls des Großen für das Sachsenland; die Weichbildglosse läßt den Sachsenspiegel schon unter Otto dem Rothen vorhanden sein; eine Form der Weltchronik vor dem Weichbilde führt ihn sogar auf Konstantin den Großen, als Bekehrer und Gesetzgeber der Sachsen, zurück.[4] Die Reimvorrede läßt Eicke ein von ihm selbst anfänglich lateinisch verfaßtes Werk ins Deutsche übersetzen. Die Zeugnisse für die herrschende Annahme haben also in Ermangelung unterstützender andrer Beweise schon dieser Widersprüche wegen gar keinen Werth.

2. Positive Beweise einer Existenz und Anwendung des Sachsenspiegels vor dem Interregnum fehlen durchaus. Geschichtswerke schweigen; selbst die Repchow zugeschriebene Weltchronik, während doch hier wie anderswo von Hoyer von Falkenstein wegen seiner Streitigkeiten mit der Aebtissin Sophie von Quedlinburg sehr viel die Rede war. Handschriften des Sachsenspiegels erscheinen frühestens in den letzten Jahren des dreizehnten Jahrhunderts; seitdem aber in Fülle und meist wohl erhalten, besonders in Stadtarchiven. Für das gänzliche Verschwinden früherer Handschriften, wenn sie existirt hätten, fehlt jeder zulängliche Erklärungsgrund.[5] Urkunden aus dem Laufe des drei-

[4] Das saechsiche Weichbildrecht. Bd. I. S. 32, Z. 26.

[5] Der Homeyersche Erklärungsversuch, die Reformation habe die Vernichtung mit den Klosterbibliotheken herbeigeführt, ist gewürdigt: Alter und Ursprung S. 90. Homeyer zählt, die deutschen Rechtsbücher S. 169, als noch übrig in älteren und neueren Formen hundertachtundachtzig Handschriften auf. Keine reicht nach äußeren Merkmalen weiter als höchstens in das letzte Jahrzehend des dreizehnten Jahrhunderts hinauf.

Welches Verhängniß soll nun gerade die vollständige Vernichtung aller älteren Exemplare aus zwei Dritteln eines Jahrhunderts herbeigeführt haben? Wenn ich, Alter und Ursprung S. 90, erwiderte, das Werk sei kein Buch für Klosterbrüder gewesen, so sollte damit nicht, wie die Duplik mir unterzulegen scheint, behauptet werden, es hätten sich gar keine Exemplare in Klosterbibliotheken finden, und mit diesen vernichtet werden können; gewiß hatte die Geistlichkeit Kenntniß des Buches, wie schon die articuli reprobati beweisen, aber der Hauptplatz desselben war doch jedenfalls in den Stadt- und Landgerichten, wie in den geistlichen oder weltlichen Herrschaftsgerichten, wo Recht daraus ertheilt wurde; daß aber deren Schriften einer planmäßigen Vernichtung in der Reformationszeit ausgesetzt gewesen seien, wird sich schwerlich wahr machen lassen; eine solche Vernichtung müßte auch so gut neue wie alte Exemplare getroffen haben.

zehnten Jahrhunderts ergeben nicht, daß man irgendwo ein geschriebenes Sachsenrecht gekannt habe; insbesondere hat Tittmann in seiner Geschichte Heinrich des Erlauchten Nichts bestätigendes auffinden können; alle Forschungen Schaumann's nach Beziehungen zwischen dem Grafen Hoyer von Falkenstein und Eicke, wie nach Dokumenten für die frühe Existenz des Rechtsbuches waren resultatlos. Die Reichsconstitution Friedrichs II. von 1235 sagt allgemein, daß Deutschland ohne geschriebenes Recht lebe. Dies hätte auf einem Reichstage, wo auch Sachsen vertreten war, nicht ausgesprochen werden können, wenn man hier nach dem Sachsenspiegel gelebt hätte, den die Tradition für die Uebersetzung eines Privilegiums Karls des Großen, also für ein wirkliches Reichsgesetz, hielt.

3. Die ältesten bekannten Formen des Sachsenspiegels wie alle der Vorrede sind ohne Unterschied hochdeutsch,[1] und zwar ein Hochdeutsch in Formen, die neuer sind, als das Mittelhochdeutsch der älteren Texte des s. g. Schwabenspiegels. Niedersächsische Prosa kommt überhaupt erst in dem vierzehnten Jahrhundert zum Vorschein.

4. Der s. g. Schwabenspiegel liebt es, seine Quellen anzuführen, nirgendwo aber sagt er, daß ihm ein sächsisches Rechtsbuch vorgelegen, was zu verschweigen er keinen Grund gehabt hätte, besonders da er selbst Eigenthümlichkeiten des sächsischen Rechtes anerkennt und mittheilt. Die im s. g. Schwabenspiegel benutzten Materialien liegen erkennbar vor; das daraus Geschöpfte findet sich theilweise auch im sächsischen Rechtswerke, aber unvollständiger und ungenauer, als es dem s. g. Schwabenspiegel seine Quelle geliefert hat.[2] Undenkbar ist, daß der

---

[1] Nur Ettmüller, des Fürsten von Rügen Wizlaws Sprüche 1852, hatte den Einfall, ein Stück der praefatio rythmica, als Eike von Repgowe Klage, in das Niedersächsische zu übertragen, damit doch ja an dieser juristischen und historischen Größe der niederdeutschen Literatur in dem dreizehnten Jahrhunderte auch das Klaglied schon seinen Vertreter habe.

[2] Ich erinnere hier an das von mir nachgewiesene Beispiel der sechs Weltalter aus den origines des Isidor die mit dem Kirchenvater Origenes verwechselt erscheinen. Wenn Homeyer meine Zurückführung auf diese Quelle als fern liegend behandelt, so bemühe er sich zu suchen, wo die Sache in den Werken des Kirchenvaters Origenes oder wo sie überhaupt vor den allgemein im Mittelalter gelesenen origines Isidor's vorkommt. Noch genauer als Kap. 2. des s. g. Schwabenspiegels stimmt mit Isidor das Lehenrechtbuch, Kap. 1.,

Verfasser des Schwabenspiegels den nirgendwo allegirten Quellen des Sachsenspiegels nachgespürt, und daraus seine Arbeit ergänzt habe.

---

welches die ächte Lehre Isidor's von sechs, nicht sieben, Weltaltern enthält; hier sind übrigens durch eine sehr oft begegnende ungeschickte Einfügung von Randglossen Verwirrungen entstanden, welche die folgende Synopsis auseinander legen wird.

Urtext.	Erster Glossator.	Zweiter Glossator.
1. Allererst suln wir merken, daȥ die Kiunige hant gesetzet siben herschilde. Der fiuret der Kiunig den ersten —; die semperen liute den sibenden.		
	1. Alse liuzel so man weiȥ, wenne diu welt sol zergan, da wir jezuo inne sin, also weiȥ man niut von keiner gewisheit, ob der sibende herschilt lehenrecht haben muoge.	1. wan daȥ ist diu sibende welt;
2. Die Kiunige hant gesetzet, swer mit dem sibenden herschilte ze tuonne habe, der sol lehenrechtes darben.		
	2. Diu erste welt huop sich an Adame —; diu sehste an Jesu Christo u. s. w. Daȥ ist diu sehste welt; da sin wir inne ane gewisse zal; wan Got wolte — nieman sagen, wenne diu welt ein ende habe.	
3. Pfaffen unde geburen — die suln alle lehenrechtes darben [wan alse wir harnach bescheiden].		

5. Was der Sachsenspiegel gegen den Schwabenspiegel Eigen-

2. nach Christes gebuerte ist diu gewisse zal tusend jar; darnach gat daz sibende tusend; darinne muoz diu welt zergan, oder darnach, swenne Got wil.

4. Lehent aber der herre dirren einem ein gut, der hat alse guot recht daran, alse der den rechten herschilt furet.

Hier ist das Kapitel in seinem jetzigen Zusammenhange ein Cento, der von vier Händen herrührt. Die erste Spalte giebt das Rechtsbuch aus erster Hand; die folgende eine Glosse, welche sich genau Isidor anschließt, der nur sechs Weltalter, das letzte von ungewisser Dauer, annimmt; in der letzten Spalte erscheint die spätere, im L. R. B. Kap. 1. adoptirte Korruption der Isidor'schen Abtheilungen, wonach mit Ablauf des tausendsten Jahres nach Christus eine siebente Welt ungewisser Dauer beginnt. Eine vierte und letzte Hand suchte dem durch n. 2. der dritten Spalte unterbrochenen Zusammenhang zwischen 3. und 4. des Urtextes durch die Verweisung auf 4. abzuhelfen, welche ich bei n. 3. in Klammern gesetzt habe. — Offenbar gehört die Lehre von den Heerschilden in das Lehenrecht, also auch in das Lehenrechtbuch, welches als ein ursprünglich selbstständiges Werk auftritt, und erst später als Zweiter Theil des Sachsenspiegels behandelt wurde. Diesem Charakter ist es gemäß, daß das süddeutsche Lehenrechtbuch im Eingangskapitel alle sieben Heerschilde beschreibt. Die Kapitel 2. und 3. des Landrechtbuches bilden ein Ganzes, dem das Dekret Gratian's, c. 2. C. XXXV. q. 5. zum Grunde liegt. Dies Kapitel ist eine Dekretale Papst Alexander's II. über Berechnung der Verwandtschaftsgrade, welche in §. 9. die sechs Verwandtschaftsgrade mit der Lehre der origines des Isidor von den sechs Weltaltern vergleicht. In dem Landrechtbuche steht nun, den Zusammenhang der Quelle unterbrechend, zwischen den Weltaltern der origines und der Lehre von der Sippzahl die in das Landrecht gar nicht gehörige Unterscheidung von sieben Heerschilden. Der sächsische Epitomator des Landrechtbuches hat dies dem Hauptstoffe fremdartige Glossem beibehalten; ein späterer Bearbeiter des Lehenrechtbuches, der dieses dem Landrecht als Ergänzung beifügte, wollte in dem fortan als Ganzes anzusehenden Werke eine Wiederholung vermeiden und verkürzte deshalb im Kap. 1. des Lehenrechtes die hier nothwendige Theorie von den Heerschilden, so daß sie aus dem ersten Theile als bekannt vorausgesetzt wurde, und die Form einer bloßen Bezugnahme annimmt. Es heißt nehmlich bloß: „Allererst sole wir merken, dat die herscilt an' me koninge beginne und in' me sevenden lent."

thümliches hat, das findet sich beinahe Alles in dem Weichbildrecht,[1] und zwar als dessen Hauptbestand, theilweise ausgeführter, als in dem Sachsenspiegel, der oft nur einen abstrakten Satz aus seiner Quelle entnimmt, und sich hier, wie dem s. g. Schwabenspiegel gegenüber, als Epitomator charakterisirt. Was Sachsen- und Schwabenspiegel gemein haben, davon kommt, bis auf ein paar Stellen der späteren Weichbildtexte, in dem Weichbilde Nichts vor. Es ist aber unerklärlich, wie Schwabenspiegler und Weichbildverfasser den Sachsenspiegel so sollten geplündert haben, daß grade der eine nahm, was der andere übrig ließ.

6. Aus näherer Zergliederung der ältesten übereinstimmenden Texte des s. g. Schwabenspiegels ergeben sich drei Hauptbestandtheile, welche über die sonst planlos erscheinende Materienfolge Auskunft geben: 1) als ältester Stamm Kollektaneen nach Ordnung der lex Bajuariorum;[2] 2) eine Darstellung des deutschen Gerichtsverfah-

---

[1] Einen synoptischen Beweis gebe ich: Alter und Ursp. S. 92, nach der von mir früher herausgegebenen Form des Weichbildrechtes, welche eine der reichhaltigsten ist.

[2] Homeyer bestritt meine Behauptung, weil solche Kollektaneen zur Lex Bajuariorum sich nirgendwo vorfänden. Als ich, Alter und Ursprung S. 18, dagegen fragte, wo die Werke der Juristen, aus denen die Pandekten kompilirt worden, geblieben seien, aus Schreib- oder augenblicklichem Gedächtnißfehler aber „zwei und dreißig" Juristen drucken ließ, ging sein Eifer meiner Unwissenheit zu Hülfe zu kommen so weit, daß er mich belehrte, ihm seien sogar **neun und dreißig Werke (!!)** von Juristen bekannt. Sachlicher könnte der Einwurf erscheinen, der Schwabenspiegel biete in dem von mir mit der lex Bajuariorum in Verbindung gebrachten Stücke weder eine Kontinuität des Anschlusses an diese, noch baierisches Volksrecht dar. Allein ich habe nirgendwo behauptet, der in Frage stehende Bestandtheil sei ein Commentarius perpetuus ad legem Bajuariorum, und auch nicht, er sei bestimmt gewesen, die lex Bajuariorum überhaupt zu erklären, sondern nur: in irgend einem Landgerichte Baierns, wahrscheinlich in Regensburg, habe ein Codex der lex Bajuariorum dazu gedient, Erfahrungen und praktische Bemerkungen, wie sie sich gelegentlich darboten, unter die Rubriken dieser lex einzutragen; diese seien nachher in der dadurch gegebenen Ordnung für sich zusammengeschrieben worden, und so erkläre sich eine auffallende Uebereinstimmung in der bloßen Materienfolge, besonders, wenn man erkennbare spätere Zusätze ausscheide. Dies stellt meine Synopsis, Alter u. Urspr. S. 80, dar. Um mich auch von diesem Felde zu vertreiben, wird mir vorgehalten, ich hätte nicht die von mir bezeichneten Kapitel des Landrechtbuches, sondern andere verwandten Inhalts, als Parallellen zu den Titelrubriken der lex Bajuariorum stellen sollen, womit dann freilich alle Uebereinstimmung in der Materienfolge zerfallen würde. So hätte ich z. B.

rens nach dem Plane des ordo judiciarius von Tankred; 3) ein Fragment von Kollektaneen zum dritten Buch der Kapitulariensammlung des Ansegis.[1] Diese sind später mit einander verbunden worden, zuletzt die Kollektaneen zu Ansegis, haben aber durch Zusammensteller und Abschreiber verschiedenartige Zusätze erhalten. Die größeren sind: 1) eine Reihe von Kapiteln, die besonders das Vormundschaftsrecht mit Berücksichtigung römischer Quellen behandeln, in Laßberg Kap. 45. bis 55., welche daher auch in einer den älteren Text darstellenden Wolfenbütteler Pergamenthandschrift fehlen; 2) das Reichsstaatsrecht im Kap. 118. bis 145.; 3) eine Sammlung von Beweisregeln, wahrscheinlich aus Schöffensprüchen gesammelt, Kap. 273. bis 322.; 4) übersetzte Titel der lex Bajuariorum Kap. 333. bis 342., und der lex Alamannorum, Kap.

---

nach Homeyer's Vorschlag auf Titel I. der lex Bajuariorum „de rebus ecclesiasticis," der in cap. 1. mit der Vergabung von Allodien an Kirchen anfängt, nicht die Vorrede des Landrechtbuches über das Verhältniß geistlicher und weltlicher Gewalt beziehen sollen, sondern das gegen das Ende vorkommende Kap. 323. Dies entspricht freilich dem Inhalt von C. 1. tit. I. der lex Bajuariorum mehr, aber es enthält eine größtentheils wörtliche Uebertragung aus der lex Alamannorum tit. 1. c. 1. und tit. 2., mithin unverkennbar einen ganz verschiedenen Quellenbestandtheil.

[1] Als Anfang dieses Stückes habe ich L. R. B. Kap. 248. erkannt. Der Inhalt betrifft den Landfrieden, wobei ich es hier einstweilen dahinstelle, ob die treuga Henrici regis, die Konstitution Kaisers Friedrichs II. von 1235, oder irgend ein älteres Reichsgesetz oder selbst ungeschriebenes Reichsrecht zum Grunde liege. Das Landrechtbuch beginnt: „vernemet den andren vride," und Wackernagel Kap. 205. bietet keine Variante. Die altfranzösische Uebersetzung giebt, Liv. II. chap. XXVII: „Or antandez d'une manière de paix." Die Lesart „andren vride" kann also als feststehend betrachtet werden; indeß vorher ist von keinem Frieden Rede gewesen. Das vorausgehende Kapitel handelt von Lernkindern. Diesen Mißstand bemerkte der norddeutsche Bearbeiter, und die entsprechende Sachsenspiegelstelle giebt deshalb ebenso ausnahmslos, II. 66., statt „den andern" die Worte „den alten" Frieden. Die Lesart des Landrechtbuches stellt sich aber nach meiner Unterscheidung als das ursprünglich Richtige dar; denn das dritte Buch des Ansegis fängt in Kapitel 1. mit der Ueberschrift „de pace" an; es wird also neben dem karolingischen Friedensgebot der deutsche Reichslandfriede ganz richtig als ein andrer Frieden bezeichnet. Nimmt man nun hinzu, daß in der Stelle eine wörtliche Uebersetzung von c. 11. der treuga Henrici regis vorkommt, so konnte diese Friedenskonstitution um die Zeit, in welche man die Entstehung des Sachsenspiegels verlegt, ganz unmöglich ein „alter Frieden" genannt werden, selbst wenn man Erlaß im Jahr 1224 und nicht, wie gewöhnlich, um 1230 annimmt.

323. bis 331. Andere Erweiterungen gingen hervor aus Benutzung einer theologischen Schrift David's von Augsburg, der das Thema der Vorrede geliefert hat, und der Predigten Berthold's von Regensburg. Dazu kamen noch, theilweise höchst abgeschmackte, Randglossen,[2] die spätere Schreiber oft, mit Verkennung der richtigen Stelle, in den Text gesetzt haben. Vieles der Art, bis zum Kapitel 219., mag einem Conrad von Lützelheim, einem Diakon, angehören, der für einen Herrn von Falkenstein einen Codex anfertigte, und sich rühmt, ihn vollbracht zu haben: „mit allen den dingen, als irz hie vor jueh sehent.“ Diesen „dingen“ glaube ich nicht mit Unrecht in den vielen stellenweise eingemischten Absurditäten zu begegnen, so wie theilweise in der Blumenlese aus Berthold's Predigten.

7. Die Arbeit Lützelheim's ward vollendet 1287; das Hauptwerk kann, wenigstens der staatsrechtliche Theil, nicht älter als 1275 sein.

8. Der s. g. Sachsenspiegel ist ein für das Bedürfniß der Landgerichte des nördlichen Deutschland vor 1283 verfaßter Auszug, mit bedeutenden Vermehrungen aus Weichbildrecht; anfänglich war er verfertigt unter Weglassung eines Mittelstückes, welches mit dem Reichsstaatsrecht beginnt, und bis zu den strafrechtlichen Kapiteln reicht; Kap. 118. bis 174. Abgesehen von dieser Auslassung und den Einschaltungen aus dem Weichbildrecht folgt der Sachsenspiegel der Ordnung des Landrechtbuches, die sich nicht aus einem eigenen Plan des Verfassers erklärt, Walter nennt sie „sehr verworren“, sondern zu deren Verständniß nur die Beschaffenheit der komponirten Bestandtheile den Schlüssel liefert.

9. Dem ersten sächsischen Epitomator ist ein anderer gefolgt, der das vorher übergangene Mittelstück excerpirt und mit neuen Zusätzen aus Weichbildrechten untermischt hat. Das süddeutsche Werk blieb aber fortdauernd im nördlichen Deutschland gebraucht[3] und hat successive in den Handschriften variirende Ergänzungen geliefert, bis es durch

---

[2] Z. B. S. 343: „Disiu reht sazte kiunig Karle ane den babest Leo von hunden und von vederspil.“

[3] Namentlich citirt wird das schwäbische Recht mit Beziehung auf eine Stelle aus L. R. B. Kap. 308., in der niedersächsischen Weichbildform von 1369 Art. II. Reste wörtlicher Benutzung dieses Kapitels werden in dem zweiten Bande der größeren Ausgabe andere ältere Formen ergeben.

Eintheilung des sächsischen Werkes in Bücher und Sonderung der Glossen von dem fixirten Texte verdrängt wurde.

10. Die Entstehung des Sachsenspiegels in den ersten Jahrzehenten des dreizehnten Jahrhunderts, jedenfalls aller staatsrechtlichen Sätze, ist eine historische Unmöglichkeit, weil darin erweislich erst nach dem Interregnum zur Ausbildung gekommene Verhältnisse als schon vorhanden erscheinen, und weil die früheren politischen Zustände mit dem Bilde, welches das Rechtsbuch darstellt, unvereinbar sind.[1]

11. Im Einzelnen lassen sich in dem Sachsenspiegel Verstöße nachweisen, die nur aus mangelhaftem Verständnisse der Quelle erklärbar werden.[2]

II. Zeitverhältniß des Buches der Könige neuer Ehe zu dem Schwabenspiegel.

In meiner Schrift „Alter Ursprung des Sachsenspiegels", S. 116, habe ich, was von Niemand vorher bemerkt worden, gezeigt, daß der Sachsenspiegel, III. 44, eine Stelle enthält, die das Buch der Könige neuer Ehe in einem Zusammenhange bringt, der keinen gegründeten Zweifel darüber läßt, daß hier dieses Geschichtswerk sowohl dem Sachsenspiegel als der entsprechenden Stelle des sächsischen Weichbildes, in meiner neuen Ausgabe, Art. 7., als Quelle gedient habe. Homeyer, Stellung des Sachsenspiegels S. 59, suchte mein daraus für die Priorität des Sachsenspiegels hergeleitetes Argument durch die Entgegnung zu entkräften, daß mit den Stellen des Sachsenspiegels und des Weichbildes eine Stelle in Albert von Stade genauer übereinstimme, als die von mir in

[1] Dahin gehören insbesondere die Nachrichten über die Kurfürsten und deren Erzämter. S. darüber Anl. A.

[2] Um dergleichen von mir beispielsweise hervorgehobene Verstöße dreht sich ein Haupttheil der mit Homeyer in den angeführten Schriften verhandelten Streitpunkte, die im Einzelnen sehr von einander abweichende Auffassungen zulassen, aber niemals das Ergebniß ändern werden, so lange nicht die Hauptgründe wider die Priorität des Sachsenspiegels entkräftet sind, und vor Allem noch solidere positive Beweise, als welche die praefatio rythmica darbietet, für Ecke's Verfasserschaft, für die ursprüngliche Beschaffenheit seiner Arbeit, die Sprache, in der sie geschrieben war, und die nähere Zeit ihrer Entstehung beigebracht werden können.

Bezug genommene Stelle des Königsbuches, daß also eher Albert von Stade aus dem Sachsenspiegel oder einer gemeinschaftlichen Quelle geschöpft haben könne, als der Sachsenspiegel aus jenem Buch der Könige. Professor Ficker findet sich nun zu dem wichtigen Anerkenntnisse genöthigt, die Uebereinstimmung des Sachsenspiegels mit dem Königsbuch sei bis auf den Wortlaut so treffend, daß an eine andere Quelle des Sachsenspiegels, als die von mir behauptete, nicht gedacht werden könne, S. 17. Die in Frage stehende Stelle betrifft den Ursprung der Weltmonarchien von dem babylonischen Reich, und die Zerstreuung der Flotte Alexander's des Großen nach seinem Tode, auf welche die Bevölkerung Deutschlands zurückgeführt wird.

Homeyer hatte als Abweichung des Sachsenspiegels von dem Königsbuche, die gegen dessen Benutzung zeugen sollte, unter andern hervorgehoben, das Königsbuch spreche von hundert Kielen, mit denen Alexander's Heer zu entrinnen versucht hätte, der Sachsenspiegel und Albert von Stade aber gäben dreihundert an. Diese Verschiedenheit besteht indeß nicht. Als ich meine Schrift „Alter und Ursprung u. s. w." verfaßte, hatte ich zwar eine Abschrift und selbst gemachte Vergleichungen des Buches der Könige alter Ehe, dagegen kannte ich das Buch der Könige neuer Ehe nur aus Handschriftenverzeichnissen. Professor Maßmann war so freundlich, auf meine Nachfragen über dieses Buch mir die Aushängebogen des damals noch nicht erschienenen dritten Theils seiner Kaiserchronik mitzutheilen. Diese lieferten mir die gesuchte Auskunft über den Handschriftenvorrath, und unverhofft einige Auszüge, unter denen mir sofort die in dem Sachsenspiegel wie im Weichbild benutzten Stücke in die Augen sprangen. Von den S. 119 meiner Schrift einander gegenüber gedruckten Stellen des Königsbuches und des Sachsenspiegels liegt den ersteren der Auszug bei Maßmann, S. 60 und 63, zu Grunde; S. 63 steht dort richtig „dri hundert", das „dri" aber gesperrt, was mich verleitete, es für eine Textergänzung des Herausgebers zu halten und deshalb wegzulassen. Seitdem hat meine nähere Kenntniß der Handschriften mich überzeugt, daß „drihundert" das Richtige ist; die Abweichung, auf welche Homeyer Gewicht legte, verschwindet also[1].

[1] Homeyer sagt: Professor Maßmann habe mich belehrt: daß ein Buch der

Eine andere Abweichung, die Homeyer betont, besteht darin, daß das Königsbuch zwölf der Schiffe Alexanders nach „Behaim" gelangen läßt, der Sachsenspiegel mit Albert von Stade nach „Rügen". Hier hat nun die von Professor Ficker gefundene Handschrift, von der ich mit ihm annehme, daß ihr hauptsächlich eine ältere Form des Sachsenspiegels zum Grunde liege, übereinstimmend mit dem Königsbuche „Behaim". Die Aenderung in „Rügen" stellt sich hiernach als eine spätere Verbesserung dar, zu welcher die Erklärung sehr nahe liegt, da es natürlich befremden mußte, Seeschiffe in Böhmen anlangen zu sehen.

Hiernach bin ich mit Professor Ficker vollkommen darüber einig, daß der Sachsenspiegel seine Stelle von dem Ursprung des Reiches zu Babylon und von der Bevölkerung Deutschlands durch Reste der Flotte Alexander's aus dem Buche der Könige neuer Ehe geschöpft habe. Dadurch aber wird die Frage entscheidend: sind die Bücher der Könige alter und neuer Ehe vor, mit oder nach dem Schwabenspiegel entstanden? Muß man gleichzeitige oder spätere Entstehung annehmen, und gehört in den Handschriften des sächsischen Rechtsbuches die betreffende Stelle zu der ursprünglichen Abfassung, so kann das sächsische Werk, wie ich es „Alter und Ursprung" a. a. O. schon behauptet habe, nur jünger als der sogenannte Schwabenspiegel sein.

Könige alter und neuer Ee „zu scheiden sei." Ich weiß nicht, woher diese Nachricht entnommen ist. Wäre mir die Verschiedenheit nicht schon bekannt gewesen, so hätte ich über das letztere Buch keine Erkundigungen eingezogen. In meiner Schrift, S. 116, sagte ich nur, eine freundliche Mittheilung des Professor Maßmann habe mich in den Stand gesetzt, einen neuen unmittelbaren Beweis für die Priorität des s. g. Schwabenspiegels beizubringen. Diese Mittheilung bestand eben nur in den Aushängebogen. Im Uebrigen hat Professor Maßmann damals, wie noch jetzt in seiner Ausgabe der s. g. Repchow'schen Chronik, S. 654, an der Kontroverse über das Zeitverhältniß der Rechtsbücher sich gar nicht betheiligt, und an dem was S. 116 u. folg. meiner Schrift vorkommt, weiter Nichts als den Inhalt seines eignen Buches zu vertreten. Von dem Buche der Könige neuer Ee kann Homeyer bei Abfassung seiner Erwiderung nicht mehr gewußt haben, als ich zu der Zeit, wo ich auf dasselbe meine Ermittelungen deshalb richtete, weil mir die Bekanntschaft mit dem Inhalte des Buches der Könige alter Ehe die Ueberzeugung gab, daß sich ein inneres Verhältniß zu den Rechtsbüchern darstellen müsse; gegentheiligen Falles würde Homeyer seine Widerlegung nicht auf eine durch mich veranlaßte, allen Handschriften widersprechende, falsche Lesart gegründet haben.

Nach Ficker soll ich S. 103 meiner Schrift darauf aufmerksam gemacht haben, das Königsbuch müsse bei Abfassung der Vorrede des Schwabenspiegels vorgelegen haben; ich hätte also das Buch der Könige für älter als den Schwabenspiegel gehalten. Davon steht aber in der angeführten Stelle meines Buches Nichts; ich sagte vielmehr, der Bearbeiter des Rechtsbuches habe das aus David von Augsburg entliehene Eingangsthema theils mit Auszügen aus Bertholds Predigten und theils mit eigenen Gedanken, entsprechend der Vorrede des Buches der Könige alter Ehe und der ihm angehängten Herrnlehre, erweitert. Mehr als eine Inhaltverwandtschaft des Geschichtsbuches und des Rechtsbuches wird hier also nicht behauptet. Dagegen erkläre ich S. 122 mit den klarsten Worten sowohl das Buch der Könige neuer wie das alter Ehe für jünger als den sogenannten Schwabenspiegel. Meine Worte lauten: **Beide Werke sind verfaßt mit Beziehung auf die Vorrede des Rechtsbuches** und auf die Stelle Kap. 2. lit. b.: „nach denselben geboten da habent imer mere die chunige unde alle die richter in der alte ē ir gerichte na genomen, unz her in die niuwen Ee." Man sollte doch meinen, es könne Niemand entgehen, daß ich das Buch für das jüngere halte, welches ich als verfaßt mit Beziehung auf speziell angeführte Stellen eines anderen bezeichne, und daß ich unmöglich annehmen kann, es habe den seine Abfassung veranlassenden Stellen schon vorgelegen. Daß nun wirklich das Verhältniß so ist, wie ich es S. 122 meiner Schrift behauptet habe, soll hier hinsichtlich des Buches der Könige neuer Ehe aus dessen Inhalt unzweifelhaft gemacht werden. Ficker S. 18 (130) gesteht, daß ihm für das Königsbuch nur sehr unzureichende Hülfsmittel zu Gebote gestanden haben. Ich entspreche daher gern seinem S. 8 geäußerten Wunsche durch nähere Mittheilungen.

Ich habe die Königsbücher als Exempelbücher bezeichnet, wie Könige und gute Richter Recht üben sollten. Diesen Charakter zeigt das Buch der Könige neuer Ehe durchweg nicht minder wie das der alten, indem es regelmäßig bei den Königen und Kaisern hervorhebt, ob sie gute und gewissenhafte Richter gewesen.

Die Beziehung wird aber noch augenscheinlicher durch andere untrügliche Merkmale.

1) Nach dem Landrechtbuch, Laßberg, Kap. 2. lit. b., enthält

der sogenannte Schwabenspiegel, oder wie das Werk sich selbst nennt, das Landrechtbuch, kein schlechtes Recht, weil es von „romschem phate" hergekommen ist. Darunter wird bekanntlich die falsche constantinische Schenkung an Pabst Sylvester oder das sogenannte pactum Constantini cum Silvestro papa verstanden. Dies pactum dachte man sich als eine Hauptrechtsgrundlage. Als solche bezeichnet es ausdrücklich das Landrechtbuch, Vorrede lit. f. und g., womit der prologus des Sachsenspiegels übereinstimmt, der albernerweise sogar Konstantin den Großen zu dem Gesetzgeber der Sachsen macht[1]. In dem Buche der Könige neuer Ehe wird nun dieses pactum in der verallgemeinernden Bedeutung eines geschriebenen Rechtes aufgefaßt und als besondere Richtertugend mehrfach hervorgehoben, daß ein Kaiser nach dem „phate", d. h. nach dem pactum, nicht nach Willkühr, gerichtet habe, was dann geschichtswidrig auch schon Kaisern vor Konstantin nachgerühmt wird; so dem Titus, den der Verfasser selbst sagen läßt: „nu richte ich doch nur nach der phat, die die kaiser und ich selber mit wiser maister helff gemachent hant"; den Trajan: „er richte wol nach phate dem herren und dem knechte". Er soll darauf gehalten haben: „welch richter von ihm gerichte hette, der müsse richten nach der phat". Von Konstantin selbst heißt es: „er behielt auch die phat wol". Allein schon bei Uebernahme der auf ihn gefallenen Königswahl läßt ihn der Verfasser die Römer vorher fragen: „welt ir mich lan richten nach

---

[1] Homeyer sucht gegen diesen Vorwurf den Verfasser des Sachsenspiegelprologs zu retten, indem er in der Stelle: „Constantin unde Karl an den Sassenland noch sines rechten tiut," das den als Accusativ des Singulars nur auf Karl beziehen will. Ich habe es für einen contrahirten Dativ gehalten, und auf Konstantin mit bezogen. Das ist aber nicht eine mir anzurechnende Sprachunkenntniß. Homeyer vergleiche nur die Stelle der Glosse, die er selbst in der Anmerkung mittheilt, um sich zu überzeugen, daß der Glossator es ebenso wie ich genommen hat. Noch klarer ist die Sache zu lesen in der erweiterten Chronik vor dem Weichbilde, S. 32 Z. 26 meiner Ausgabe, wo unter Constantin wörtlich vorkommt: „er bekart auch die Sachsen und gabe in ir privilegium, daz wir den sachsenspigel heisen, den sint Ecke von Repchow diuz machte, alz er in in latino vant." Einen weiteren Belag dazu giebt u. a. die Glosse zum Weichbild zu art. VII., meine Ausg. S. 213 Z. 36. Die mir vorliegende Pergamenthandschrift einer älteren Form des Sachsenspiegels, Breslau II., Q. 3, Homeyer's Verzeichniß Nr. 90., liest auch wirklich: „an dii Sachsenlant sines rechtes noch zuhet."

der phate, und went mir das swern?" König Theoderich, in dem Kapitel von Zeno, wird von Boetius und Seneca aufgefordert: „das er ansähe die phat, ob jemer dran stuonde, ob ain Kebskind des riches pflegen solte". Von König Arnulf wird berichtet: „er gebot bi der wide, daz man richti nach der phat, oder er liess si henken"; ebenso von Heinrich I., den das Buch irrig zu Rom weihen läßt: „der kaiser gebot allen richtern weltlichen, daz si nach der phat richtin, und wer das nit taete uber den wolt er richtin, als dy lantrechtbuoch seitin"; von Kaiser Heinrich II.: „do gebot er den fursten und allen richtern, daz si nach der phat richtin" u. s. w.

2. Nach Kap. 2. lit. b. haben die Könige alten und neuen Bundes immer mehr ihr Gericht nach den zehn göttlichen Geboten, welche die heilige Schrift aufbewahrt, genommen, und nach der Vorrede lit. c. soll der, welcher anders richte, als dies Buch lehre, wissen, daß Gott „zornlichen" über ihn richten werde an dem jüngsten Tage. Dem entspricht es, wenn u. a. Trajan das Lob erhält: „er was ein guoter richter; er richte nur nach der geschrift."

3. Das Buch der Könige setzt in vielen Stellen ein Landrechtbuch voraus, an dem viele Könige mit weiser Maister Rathe geneuert und gebessert hätten. Dies erklärt sich aus den öfteren Beziehungen des sogenannten Schwabenspiegels auf die Urheber einzelner Bestimmungen. Unter Trajan heißt es: „wir haben von Trajano an disem buoch und an andern buchern guote lantrecht."

Das Buch der Könige selbst kann hier nicht gemeint sein, denn wenn auch hier und dort Rechtssätze darin vorkommen, so sind es wenigstens keine, die sich auf Trajan zurück führen ließen, vielmehr ist es nur möglich, unter „diesem Buche" den sogenannten Schwabenspiegel zu verstehen, mit dem das Buch der Könige in den Handschriften immer als Einleitungswerk verbunden erscheint. Der Stelle des Königsbuches liegt in dem Landrechtbuche das Kap. 6. der Ausgabe von Laßberg zum Grunde. Hier wird das Edictum divi Hadriani einem „Meister Adrianus" zugeschrieben, mit dem Zusatz: „der hat der lantrechte vil gemachet." Der Verfasser des Rechtsbuchs hat den richtigen Kaiser mit einem vermeintlichen Rechtsgelehrten seines Namens verwechselt. Der Verfasser des Königsbuchs erkannte den Irrthum, weil überall

sonst die Könige oder Kaiser als Urheber der Lantrechte, und die weisen Meister nur als ihre Rathgeber vorkommen; er beging aber den neuen Fehler, daß er den Kaiser Trajan an die Stelle des ihm unbekannt gebliebenen und in der Reihe übergangenen Kaisers Hadrian setzte. Von dem Kaiser Justinian heißt es in der Einleitung des Geschichtsbuches am Schluß: „das was der Justianus (sic), der der lantrecht vil gemachet hat.“ Bestimmter lautet die Stelle in dem Buche selbst, unter der Rubrik „Justinianus“ dahin: „der was ain wise man der buoch; er nuwert alle lantrecht, dy vor im gemachet waren. Er machet von lantrecht ain buoch, das haisset instituta; das sprichet: „Der kaiser gesetz.“ Da vindet man inne gaistliche lantrecht und weltliche; siner lantrecht ist vil **in disem buch**, die ander künig nie gewandeloten; die hant sy sint gebessert und ouch me gemachet.“ Auch hier kann unter „disem buch“ nur das mit dem einleitenden Geschichtswerke verbundene Landrechtbuch des sogenannten Schwabenspiegels verstanden sein, nicht etwa das justinianeische Institutionenwerk, welches ja ganz dem Kaiser zugeschrieben wird. Es wird also in der Stelle völlig bestimmt der sogenannte Schwabenspiegel als schon vorhanden bezeichnet. Am Schlusse des Abschnittes über Justinian heißt es von ihm noch einmal: „er hat alle gericht gebessert mit sinen wizen und sinen lantrechten.“ Mit der Stelle ist zu vergleichen das Rechtsbuch Kap. 15. unter VIII: „disiu reht satzte der cheiser Justianus,[1] und ander guoter rehte vil.“

3. In der Vorrede des Rechtsbuches lit. f. und g. ist durch unrichtiges Einfügen des aus der Constitutio Friderici II. von 1220, Pertz leges II, 236 c. 7, geflossenen Satzes: dem Banne solle, wenn Jemand sechs Wochen darin sei, die weltliche Acht, wie umgekehrt der Bann in gleichem Falle auf die weltliche Acht folgen, der Irrthum entstanden, daß als Urheber dieser Bestimmung König Konstantin und Pabst Sylvester bezeichnet werden. Daß dem Kirchenbann die weltliche Macht zu Hülfe kommen, und daß diese auch den Königsbann hinzufügen könne, war freilich schon karolingisches Reichsrecht, die Frist von sechs Wochen aber eine auf Uebereinkunft Kaiser Friedrich's mit

[1] Also selbst die Verschreibung des Namens in der Einleitung des Königsbuchs findet sich in dem Landrechtbuche vor.

den geistlichen deutschen Fürsten beruhende Neuerung. Die Worte: „Ditze reht satzte sante Silvester der pabest und chunic Constantinus, sante Helenen sun“ paßten also nicht auf den Satz: „Als ein man in dem banne ist sehs wochen und einen tac“, wohl aber auf das, was ihm vorher geht, nehmlich auf die Erwähnung des Stegreifhaltens, indem wirklich das sogenannte pactum S. Silvestri papae et Constantini imperatoris in D. XCV. c. 14. §. 6. dem Kaiser die Worte unterschiebt: „tenentes frenum equi ipsius pro reverentia B. Petri stratoris officium illi exhibuimus.“ An die Erwähnung Sylvester's und Konstantin's schließt sich nun das in den Text gerathene spätere triviale Glossem: „dise zwene satzten disiu reht, und ander reht ein michel teil an disem buche.“ So bildete sich das Mißverständniß, die „römische phat“ sei eine allgemeine Grundlage für geistliches wie für weltliches Recht.

Diese in dem Landrechtbuch aus bloßem Schreiberunverstand hervorgegangene Verwirrung hat nicht blos den Sachsenspiegel verleitet, im Prolog Konstantin zum Gesetzgeber der Sachsen zu machen, sondern findet sich auch getreulich aus dem Landrechtbuche geschöpft in dem Abschnitte des einleitenden Königsbuches „von dem jüngeren Constantino“ wieder, in der Stelle: „doch hetten dy haidenschen kunig vil lantrecht gemachet, die Constantinus do bestaete und noch staete sint. Der babst und der kunig die sazten ain gut lantrecht, das ê nicht was: so ain man als lange in dem banne ist sehs wochen und ainen tag, so sol in der weltlich richter zu achte tuon; als er als lange in der achte ist, so sol in gaistlich gericht ze banne tuon u. s. w.“ Der Zusatz des Landrechtbuches, Pabst und Kaiser hätten viel anderes Recht gemacht, ist ausgemalt in der vorhergehenden Erzählung: „was davor lantrecht bi andern kunigen wort gemachet, das leite der kunig dem babste fur und andren wisen luten; da namen si uss, das der cristenheit wol kam, und [was] dy haiden anhorti das taten sie under.“

4. Von vielen sonstigen Beweisen, die die Abfassung des Buchs der Könige neuen Bundes **nach** dem sogenannten Schwabenspiegel verrathen, kann ich hier absehen, weil die folgende Stelle aus dem Abschnitte „von dem Kunig Pipino [und Karlen]“ jeden Zweifel niederschlägt. Die Erzählung von Ludwig's Bestimmung zum Nachfolger

in dem Kaiserthum durch Kaiser Karl enthält wörtlich: „er sazte nach der fursten rat, wem er die kur befulhe. Si sazten den rat an in, wan er was wise. Der kaiser sprach: also mir gevallet wol, wir geben die wal drin erzbischoffen und vier layen fursten. Es geviel den herren wol. Welhiu ampt die suln hau, und wer si syen, **das sait uns das lantrechtbuoch beschaidenlich.** Hier wird also ausdrücklich auf das Landrecht des sogenannten Schwabenspiegels, Kap. 130., als ein vorhandenes Werk in spezieller Beziehung hinverwiesen.

Nicht anders steht es mit dem Zeitverhältnisse des Rechtsbuches zu dem Buche der Könige alten Bundes, welches sich durch die Vorrede und die abschließende Herrnlehre als ein Werk aus einem Gusse zu erkennen giebt. Auch hier fehlt es nicht an unbestreitbaren Beziehungen auf das Landrechtbuch als ein schon vorhandenes Werk, deren Nachweis ich jedoch einem anderen Orte vorbehalte. Die Ficker'sche Handschrift giebt nach seinen Mittheilungen nur einen unvollendet gebliebenen, den Charakter verwischenden Auszug dieses Königsbuches, der bei Nabuchodonosar abbricht, und des wesentlichen Anschlusses an das folgende Rechtsbuch durch die Herrnlehre entbehrt.

III. Aeltere Formen des Sachsenspiegels.

Es sei mir vergönnt, hier folgende Aufschlüsse mitzutheilen, zu denen mich der Insbrucker sogenannte Deutschspiegel veranlaßt.

Von den wenigen Sachsenspiegelhandschriften ohne Bucheintheilung, welche durch diesen Mangel einen älteren Ursprung verrathen, im Ganzen weiß ich von sechs, gehört die Hälfte Schlesien an. Unter diesen, die mir augenblicklich alle vorliegen, sind zwei durch ihr Alter besonders der Berücksichtigung werth. Ich unterscheide sie nach dem Homeyerschen Verzeichnisse mit Nr. 89. und 90.

Das Eigenthümlichste der Insbrucker Handschrift ist ihre Entkleidung von Beziehungen auf das Sachsenland. Dies ist aber keine isolirte Erscheinung. Gerade die vorerwähnten Handschriften liefern dazu Beläge. Die Handschrift Nr. 89. giebt hinter der Rubrik auf fol. 1. Col. 1, in Z. 1: „Hie beginnet die vorrede dez buches daz lantrecht

beizet", die rhythmische Vorrede des Sachsenspiegels: „Ich zimmere so man saget bi wege", liest aber fol. 2. Col. 2. Z. 19 nicht, wie andere Handschriften: „Got hat die Sachsen", sondern: „Got hat die dutschen wol bedacht", und übergeht auch die Verse 175 bis 182 des Homeyerschen Textes. Die erstere Variante hat Homeyer auch noch in einer Handschrift des Löwenberger Stadtarchives, also wieder in Schlesien, gefunden. Das Reimgedicht schließt bei Vers 260 des Homeyerschen Textes; es hat also die Schlußstrophe über den Grafen Hoyer von Falkenstein und Eicke von Repchow's Autorschaft nicht. Die Handschrift ist sehr rein, ohne Randbemerkungen, durchaus von einer Hand geschrieben, die dem Ende des dreizehnten oder spätestens dem Anfange des vierzehnten Jahrhunderts angehört.

Die Handschrift Nr. 90. verräth etwa das nämliche Alter, ist aber bei weitem minder regelrecht. Es finden sich oben und an den Seiten viele Randzusätze späterer Hand, zum Theil halb verloschen, zum Theil durch Beschneiden der Blätter etwas verstümmelt, mit Verweisungszeichen, die oft ungewiß machen, wo der Zusatz oder die Verbesserung hingehöre. Außerdem sind Ergänzungen auf Pergamentstreifen geschrieben, die theilweise, jetzt wenigstens, auf unrechten Blättern sitzen.

Ein Theil der Aenderungen am Rande enthält in schwarzer Dinte eine Verbesserung der Rubriken und Angaben zu Spezialüberschriften für ungetheilte längere Abschnitte. Konstruirt man nach diesen Verbesserungen den Text mit den Rubriken, so stellt sich in Bestandtheilen, Abtheilungen und Ueberschriften eine solche Uebereinstimmung mit Nr. 89. dar, daß eine gemeinschaftliche Quelle beiden Handschriften zum Grunde gelegen haben muß; jedoch nicht unmittelbar, denn die Vorlage des unkorrigirten Textes von Nr. 90. muß bereits Zusätze und Aenderungen enthalten haben. Näher der Quelle von Nr. 89. hat jedenfalls die Handschrift gestanden, welche bei der Revision und der Verbesserung von Nr. 90. zur Vergleichung gedient hat. Die beiden Handschriften geben bis zu Sachsenspiegel III., 25. im Wesentlichen den Text, wie ihn die Glosse anerkennt, insbesondere enthalten sie die meisten der Zusätze in dem ersten Buche, durch welche der glossirte Text gegen die Quedlinburger Handschrift bereichert erscheint. Vom III. 23. an antizipiren die Breslauer Texte verschiedene Stellen, die in den glossirten Texten da vorkommen, wo die Quedlinburger Handschrift aufhört, werden aber auch lückenhaft in Vergleich

mit dem glossirten Texte selbst, und bei III. 32., wo, wie ich annehme, bei dem Reichsstaatsrechte ein späterer Sammler das norddeutsche Werk in Nachtragform aus dem von dem ersten Bearbeiter des süddeutschen Werkes planmäßig überschlagenen Mittelstück, Laßberg Kap. 118. bis 174., ergänzt hat, gehen die Breslauer Handschriften in ihren Bestandtheilen und ihrer Ordnung sehr erheblich auseinander, nehmen aber beide einen ganz fragmentarischen Charakter an, insbesondere fehlen in Nr. 90. fast alle das Reichsstaatsrecht betreffende Artikel, Wahl und Weihe des Königs, königliche Gewalt, Kurfürsten, königliches Hofgebieten u. s. w. Nur die Stelle von dem Frohneboten, III. 56., die Nr. 89. nicht hat, findet sich zum Theil am unteren Rande ergänzt.

Diese Erscheinung ergiebt zunächst, daß die den beiden Handschriften gemeinsame Grundlage eine solche gewesen sein muß, in welcher der ergänzende Nachtrag, III. 32. u. s. w., noch fehlte.

Dann aber bleiben zwei Annahmen zu Erklärung der Verschiedenheiten möglich. Entweder 1) ist der Nachtrag von verschiedenen Händen vor und nach gesammelt, und hat sich erst durch wiederholte Vervollständigung aus dem süddeutschen Original diesem wieder in dem erkennbarem Zusammenhange angenähert, den die Quedlinburger Handschrift und die glossirten Texte zeigen; oder 2) es haben die Urheber der Texte Nr. 89. und 90. zwar beide einen mit der Quedlinburger Handschrift übereinstimmenden Nachtrag vor sich gehabt, jedoch denselben sorglos und mit willkührlicher Auswahl des ihnen wichtig Erscheinenden benutzt. Dieser letzteren Annahme bin ich geneigt den Vorzug zu geben, weil sich die Quedlinburger Handschrift, Art. 143. ff., und der glossirte Sachsenspiegel, III. 52. ff. im Allgemeinen strenger dem Gang des süddeutschen Originals anschließen, als bei successiven daraus geschöpften Nachträgen der Fall sein würde.

Es kommt nun darauf an, das Verhalten der beiden Breslauer Handschriften zu der Beziehung des norddeutschen Werkes auf das Sachsenland näher zu bestimmen. Hier ist vor Allem der sogenannte prologus: „Des heiligen geistes minne, die sterke meine sinne" beachtenswerth. Dies prosaische Stück muß man für einen wirklichen Theil der ersten Bearbeitung halten, was sich von den willkührlich behandelten Reimvorreden, einer herkömmlichen Buchverzierung, die dem Schreiberwitz freien Raum ließ, nicht behaupten läßt. Der sogenannte tex-

tus prologi: „Got der da ist beginn“ u. s. w. gehört schon zu dem Buche selbst, und hängt mit der Stelle von den zwei Schwertern I. Art. 1., zusammen. Der prologus dagegen ist der Ort, wo der Verfasser sagen mußte, welches Recht und zu welchem Zwecke er es schreiben wolle. Hier lesen die meisten Handschriften: „Gott — sterke meine sinne, dass ich recht und unrecht der Sassen bescheide nach Gottes hulden.“ Beide Breslauer Handschriften lassen aber die Erwähnung der Sachsen weg. In Nr. 90. ist das gewiß nicht ein absichtliches Beseitigen des sächsischen Ursprunges, denn die rythmische Vorrede enthält sowohl die Strophe: „wem lieb, wem leit“ u. s. w., wo dem Buch der Name Sachsenspiegel beigelegt wird, wie die Schlußstrophe über Eicke's Autorschaft, und obenein steht vor dem prologus die Rubrik: „Dis buch ist genant spigel der Sachsen“. Aber auch für Nr. .89 bezweifle ich ein absichtliches Verstecken des sächsischen Ursprunges. Ohne Anstand giebt der Urheber des Textes die Stellen I. 19.: „Drierhande recht behilden di Sassen“, I. 29. „an eigene und an huben mac sich der Sachse verswigen“, I. 34., §. 3.: „swenne der kunig ufle sechssische art kumt“, II. 13.: „Schildet ouch ein Sachse ein urteil“, III. 70., wo sich Sachsen und Wenden gegenübergestellt werden. Dagegen findet sich Deutschland statt Sachsen II. 12., §. 11.: „Swenne si den kunig erst ervreischen in dutscher art“ und II. 25., §. 2.: „daz sal im der Kunig richten, so er erst kumet in dutschlant“; Sachsen ist weggelassen; II. 66., §. 1.: „Nu vernement den alden vride, den die kaiserliche gewalt gestetiget hat mit der fursten rate“. Hier überall stimmt Nr. 90. mit den gewöhnlichen Handschriften. Die Stelle, auf welche man für den ursprünglich sächsischen Charakter des Werkes ein freilich ungerechtfertigtes Gewicht zu legen pflegt, III. 62., von den Pfalzen, Erzbisthümern und Bisthümern in dem Sachsenlande, fehlt in beiden breslauer Handschriften. Uebrigens ist die allgemeine Beziehung auf Deutschland auch den glossirten Sachsenspiegeltexten nicht fremd; es heist z. B. III. 50.: „Swar die düdesche man sinen lif oder sine hant verwercht.“ Homeyer hat nur zwei Varianten, welche das „dudesche“ auslassen.

Die Vermuthungen nun, die sich aus diesen Handschriftergebnissen ziehen lassen, sind:

Ist auch kaum zu bezweifeln, daß die Bearbeitung des Landrecht-

buches das Bedürfniß des nördlichen und östlichen Deutschlands in's Auge gefaßt hatte, so kann doch keineswegs für ausgemacht angesehen werden, daß dies von Haus aus speziell für das Sachsenland geschehen sei. Es kann mindestens ebensowohl die allgemeine Beziehung auf Deutschland das Ursprüngliche gewesen sein, wie umgekehrt die Beziehung auf Sachsen für vertilgt gelten. Ersteres hat für sich, daß es an Gründen zu einer absichtlichen Aenderung, wenigstens für Schlesien, dem die von mir benutzten Handschriften angehören, fehlt, da man hier sich offen zu sächsischem Rechte hielt, und da die Mehrzahl schlesischer Städte nach Magdeburg ihren anerkannten Rechtszug hatte. Gegen die Absichtlichkeit spricht insbesondere, daß sich Spuren ursprünglicher Fassung erhalten haben, die einer Beziehung auf Sachsen entbehren. Ueber die Art, wie nun das süddeutsche und das sogenannte sächsische Rechtsbuch in Ursprungsverhältniß stehen, läßt sich die folgende Muthmaßung wagen. Der sogenannte Schwabenspiegel war über das benachbarte Böhmen, womit Schlesien und die Niederlausitz in mehrfachen Beziehungen standen, verbreitet, und ist daher auch später für Böhmen übersetzt. In Böhmen aber, wie in Schlesien, hatte sächsisches Weichbildrecht schon Eingang gefunden. Hier also war der Boden, wo sich für die eigenthümliche Mischung des aus süddeutscher Quelle geschöpften Landrechtes und des Magdeburger Schöffenrechtes, die den Charakter des sogenannten Sachsenspiegels bildet, alle nöthige Elemente begegneten. Die Verbindung selbst, mithin das norddeutsche Rechtsbuch, dürfte am ersten einem städtischen Schöffen Schlesiens zuzuschreiben sein. Das sächsische Schöffenrecht mit dem Rechtszug nach Magdeburg oder Halle wurde den schlesischen Städten von ihren Landesherren zugestanden auf Grund von Weisthümern, die sie selbst einholten, und die bis über die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts hinaus in lateinischer Sprache gegeben wurden, theils weil diese überhaupt noch Geschäftssprache war, theils weil die deutsche Sprache für den Darstellungszweck der nöthigen Ausbildung entbehrte, und weil auch die sächsischen originalen Weisthümer nach Gegenden gingen, wo man entweder den Dialekt, oder wie in Polen, selbst die Sprache nicht verstanden haben würde. Die deutsch verfaßten Magdeburger Schöffenrechte sind nicht, wie man oft irrig glaubt, von dort ausgegangene offizielle Rechtsbelehrungen für bestimmte Städte. Indeß in Magdeburg selbst entstanden durch Schöffen oder

Fürsprecher zu ihrem Privatgebrauche Aufzeichnungen der Gerichtspraxis, in deutschen Zusammenstellungen, die allmählig vermehrt wurden und in Umlauf kamen. Solche Aufsätze waren ein wichtiger Erwerb für die nach Magdeburg kommenden Urtheilsboten aus Städten, die nach sächsischem Weichbild lebten. Sie wurden mit nach Hause gebracht und in die Landesmundart umgesetzt, von lokalen Zusätzen aber möglichst frei erhalten, weil diese den Zweck, der Magdeburger Entscheidungen sich zu versichern, vereitelt haben würden. Daher erklärt sich, daß die sächsischen älteren Weichbildformen, deren ich gegen fünfzehn, meist aus Schlesien, gesammelt, ziemlich bis auf ein geringes Mehr oder Minder dieselben Bestandtheile, aber eine sehr verschiedene Ordnung, haben. Den eigentlichen Kern dieser Weichbildrechte bildeten praktische, von dem Magdeburger Schöffenstuhl adoptirte Rechtssätze. Allmählig aber kamen auch doktrinelle Anmerkungen hinzu, und Aufsätze über die Entstehung des Weichbildrechtes, über den Rechtszug nach Magdeburg, die Art des Verfahrens u. s. w. Auch diese wanderten nach auswärts, wo man sie mit den eigentlichen Schöffenrechten in verschiedener Weise verband. Der Regel nach geschah dies so, daß man das Neue hintenan schrieb. Daher ist es gerade Schlesien, welches uns die Weichbildformen liefert, in denen die doktrinellen Artikel dem sogenannten Magdeburg-Breslauer Schöffenrechte nachfolgen. Das Weichbild in den neueren Formen, sowohl der glossirten, als einer ihr vorhergehenden noch ungedruckten, die besonders in dem Meißnischen und Thüringischen Verbreitung hatte, sind dagegen von Magdeburg selbst ausgegangen, wo man mit Zuhülfenahme anderer Werke, selbst des sogenannten Schwabenspiegels und des Königsbuchs, gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts ein Rechtsbuch vorherrschend doktrinellen Charakters durch Voranstellen allgemeiner Grundsätze und geschichtlicher Auseinandersetzungen zu Stande brachte, noch ehe hier der sogenannte Sachsenspiegel Eingang fand. Dieser, mit Weichbildrecht stark ausstaffirt, muß von außen, vielleicht gar von Schlesien, importirt sein. Dies macht es begreiflich, wie die Glossatoren des Weichbildrechtes sich in das Rechtswerk vorherrschend sächsischen Charakters und sein Verhältniß zu ihren eigenen Produktionen nicht zu finden wußten. Ueber die Entstehung kamen die wunderlichsten Vorstellungen in Umlauf. Zu Magdeburg selbst erfand man die abentheuerlichsten Mährchen auf un-

klarer historischer Grundlage, mit der sichtlichen Intention, die Wichtigkeit des Schöffenstuhles in ein recht glänzendes Licht zu setzen und sein Alter so hoch als möglich hinaufzuschrauben. Dahin gehören die Geschichten von Nimrod als Urheber des Weichbildrechtes, die ungeschickt erfundenen Privilegien der Ottonen, und vor Allem das abentheuerliche Pfalzgericht, was der rothe Otto an dem Ende des Doms gemacht haben soll, denn im Ernst wird Niemand glauben, daß ein solches Pfalzgericht mit Kurfürsten, Domprälaten und Männern von Schartau jemals gehalten worden sei, noch gehalten werden konnte. Die einfache Tendenz ging dahin, Appellationen von dem Schöffenstuhl, wie sie nach Reichsrecht an den König wohl zulässig gewesen wären, durch die Vorspiegelung von der Existenz eines ausschließend kompetenten, in der That aber ganz unzugänglichen Pfalzgerichtes auszuschließen. Die spezielle Beziehung des norddeutschen Rechtsbuches auf das Sachsenland, die Fiktion der Urheberschaft des Grafen von Falkenstein, der Leistungen Eicke's von Repchow, und die entsprechenden Textänderungen mögen gleichfalls von Magdeburg herstammen, wo die Rechtsgelehrten sich glossirend des ihnen zugeführten Rechtsbuches ebenso bemächtigten, wie der Ergebnisse eigener Gerichtspraxis. Gewißheit darüber zu erlangen, wird niemals möglich werden, da man schon in dem Gewebe von Wahrheit und Dichtung zu Anfang des vierzehnten Jahrhunderts nicht mehr Bescheid wußte, ob man Konstantin, Karl den Großen, die Ottonen, den in Hinblick auf das decretum Burchardi Wormatiensis hinzu erfundenen professor theologiae, doctor legum und quaestor sacri palatii Burchard von Mangelfeld, Eicke von Repchow, oder Gercke von Gertaw in dem angehäuften schriftlichen Rechtsstoffe als den Urheber vor sich habe. Die gänzliche Konfusion der Glossatoren in diesen Dingen kann nur die Ueberzeugung begründen, daß man ganz auf den Streit über die Autorschaft benannter Individualitäten verzichten muß. Die wissenschaftliche Forschung kann allein fruchtbringende Ergebnisse liefern, wenn sie den inneren Verhältnissen der Quellen nachgeht, und bei dem Rechte, wie es sich nach den Rechtsbüchern darstellt, genau zusieht, ob es sich auch in den wirklichen Hergängen durch andere Zeugnisse bestätigt findet; denn in den Rechtsbüchern kommt gar vieles vor, was entweder zur Zeit ihrer Zusammenstellung schon veraltet war, oder über-

haupt nie praktisch gewesen ist, noch werden konnte. Bringt diese Methode auch die Rechtsalterthümer um viele ihrer Kuriositäten, z. B. das Köpfen der Könige mit einer goldenen Barte, den Waizenberg mit den an Stangen aufgehängten gefüllten Beuteln und dergleichen, so wird dagegen die Einsicht in die wahrhaft nationale Staats- und Rechtsentwickelung desto gesunder und fruchtbringender werden.

IV. Verhältniß der Insbrucker Handschrift zu Sachsen- und Schwabenspiegel.

Die Insbrucker Handschrift, auf welche Professor Ficker zuerst die Aufmerksamkeit der Forscher gerichtet hat, ist eine Pergamenthandschrift in Quartformat, von achtzig Blättern, aus zehn Quaternionen und zwei Blättern bestehend, einige Blätter fehlen; in Columnen von 30 bis 39 Zeilen. Auf das Fragment des vorangeschickten Buches der Könige alter Ehe kommen ungefähr dreizehn Blätter. Ein Abdruck des ganzen Rechtsbuches in den Typen, worin Professor Ficker nur magere Auszüge giebt, würde wenig umfangreicher geworden sein, als die 176 Seiten starke Abhandlung in den Sitzungsberichten der Akademie. Gegründet auf einen solchen Abdruck konnte die Untersuchung erheblich kürzer, und jedenfalls bei weitem verständlicher werden, als in ihrer jetzigen Form, welche auch den sehr Wenigen, die einen bedeutenden Apparat besitzen, nur ein allgemeines Urtheil erlaubt, da im Einzelnen überall die nöthigen Anhaltpunkte fehlen.

Die Handschrift stellt eine Verbindung von Sachsenspiegel und sogenanntem Schwabenspiegel dar, so daß Ordnung und Inhalt des sächsischen Rechtsbuches die Grundlage bilden.

In dem Werke sind Beziehungen auf Deutschland überhaupt nicht wie in den von mir unter II. besprochenen Handschriften nur zufällig erhalten geblieben, sondern es ist absichtlich alles entfernt, was das Rechtsbuch als ein für Sachsen bestimmtes charakterisiren könnte; insbesondere ist die praefatio rythmica dem entsprechend stellenweise umgedichtet, und dadurch ein Belag dazu geliefert, wie solche Reimereien bei Anfertigung von Handschriften verschieden nach dem Zweck verwendet zu werden pflegten. Die Reimvorrede fängt an:

„Got hat teutze lant wol bedacht“
u. s. w.

Die Verse Homeyer V. 150 und folgende:
„Diȥ recht ne han ich selve nicht underdacht,
iȥ haben von aldere an unsich gebracht
Unse gute vorvaren“
u. s. w.

sind näher mit der Vorrede des Landrechtbuches, Kap. 1. lit. b., durch die Aenderung in Uebereinstimmung gesetzt:

„Eȥ habent die chunige an uns pracht
mit waiser maister lere.“

Die Stelle V. 175:

Weme lieb, weme leit,
vrome unde salicheit
ist hir an gewachsen.
Spiegel der Sachsen
sal diȥ buch sin genant
u. s. w.

wird dahin umgesetzt:

„Nu solt ir hören hie zehant
wie ditz buoch ist genant:
Spiegel aller taeutzher laeute;
Daȥ ich ew hernach bedeute!

Die Stelle von Jesi's Miselsucht, V. 233 und folgende, ist nach dem Buche der Könige weiter ausgeführt; die Schlußstrophe über Eike und den Grafen von Falkenstein aber weggelassen.

In der Behandlung des Textes ergiebt sich ein Unterschied, wonach zwei Theile anzunehmen sind, von denen auf den ersten Blick scheinen könnte, sie hätten verschiedene Bearbeiter, oder wenigstens sei der zweite Theil eine spätere Ergänzung. Der erste Theil endigt vor Sachsenspiegel II. 13., also da, wo der Sachsenspiegel nach Weglassung des an seinem Schlusse III. 52., nachgeholten, mit dem Reichsstaatsrecht beginnenden Mittelstücke, Kap. 118. bis 173., bei den Worten, Kap. 174.: „Nu vernement umbe ungerihte“ u. s. w. wieder anfängt, mit dem Landrechtbuche parallell zu laufen.

Der erste Theil des Deutschspiegels charakterisirt sich durch folgende Besonderheiten:

1. Es muß demselben eine der Quedlinburger conforme Handschrift zum Grunde gelegen haben, da die im ersten Buche des glossirten Sachsenspiegels vorkommenden erheblichen Zusätze in der Insbrucker wie in der Quedlinburger Handschrift, soweit ich aus der bei Ficker S. 25 gegebenen Synopsis entnehmen kann, fehlen.

2. Die nehmliche Synopsis ergiebt eine Ergänzung der norddeutschen Vorlage aus dem süddeutschen Landrechtbuche, die fast alles enthält, was der norddeutsche Bearbeiter unbenutzt gelassen hatte, und zwar in der Ordnung des Landrechtbuches selbst. Insbesondere sind nachholend eingeschaltet die Laßbergischen Kapitel 6—9., 13., 15., 16., 22., 31., 36., 37., 39., 40., 56—66., 76., 87., 90., 106., 107., 110., 111., 115. Aber auch in den dem Sachsenspiegel mit dem Landrechtbuche gemeinschaftlichen Stellen hat letzteres Zusätze und Aenderungen geliefert.

3. Die Abtheilungen nach Artikeln oder Kapiteln sind denen, wie sie das Landrechtbuch in den Normaltexten der Laßbergischen Ausgabe darbietet, conform gemacht, und sogar die Rubricirungen mit den dort begegnenden meist übereinstimmend. Zufall kann dies nicht sein, weil die Rubriken des Landrechtbuches den Inhalt des Textes oft sehr unvollkommen wiedergeben, insbesondere das, was in einer Stelle nur nebenbei vorkommt, mit Hintansetzung des Hauptinhaltes hervorheben.

In dem zweiten Theile, den Rest des Landrechtes und das Lehenrecht enthaltend, kommen:

1. Rubriken nur noch zweimal vereinzelt vor, nach Laßberg Kap. 271. und 272.

2. Der benutzte Sachsenspiegeltext muß ein den glossirten entsprechender gewesen sein; denn es enthält die Handschrift die Sachsenspiegelstellen, die hinter dem Schlusse der Quedlinburger Handschrift vorkommen.[1]

3. Die Ergänzung durch Landrechtkapitel hört beinahe gänzlich auf. Eine Ergänzung in der Stelle Sachsenspiegel III. 63., §. 2., kombinirt aus L. R. B. Kap. 129. von den Worten an: „als si darinne

[1] Ficker S. 66.

sint sehs wochen" u. s. w. und Kap. 137. b. c., ist ungeschickter Weise, wo es in den hierunter folgenden Textworten der Gedankenstrich anzeigt, zwischen den Vor- und Nachsatz geschoben, so daß letzterer, der den Schluß des Abschnittes bildet, dadurch alle Satzform verliert.

„Ban schadet der sele, unde nimt doch niemanne den lif, — noch ne krenket niemanne an lantrechte noch an lenrechte, dar ne volge des koninges achte na."[1]

Als Quelle des Einschiebsels hat Professor Ficker nur Kap. 137. b. c. erkannt, nicht Kap. 129, dem der in demselben voranstehende Satz nachgebildet scheint. Der erste Satz des Einschiebsels verhält sich zu dem Landrechtbuche, wie folgt:

L. R. B. Kap. 129.	Deutschspiegel.
Alse man den kunig kiesen wil, daz sol man tuon ze Frankenfurt; und lat man die fursten niut in die stat, so mugen si in mit rehte kiesen vor der stat; unde alse si den kunig gekiesent, so sol er die stat — ze ahte tuon — und alse si sehs wochen in der ahte sint, so sol si der bischof von Megentze ze banne tuon; [alse si darinne sint sehs wochen und einen tac so suln si mit rehte alle pischofe ze banne tuon; und wil der kunk er mac si bringen in des pabest ban.]	So der man in dem banne ist sechs wochen und me, so sol man in ze aechte tuon; mit dem rechte sol man in nach der aechte ze pannen tuon.

Der Deutschspiegel entnimmt also ohne Anschluß an den Wortlaut aus Kap. 129. im Allgemeinen das Verhältniß von Bann und Acht, und schließt daran wörtlich die Stelle Kap. 137. b. c.: „Hat ein herre ein houbstat, daz ist da bistum inne sint" u. s. w.

Der Satz von den sechs Wochen könnte zwar auch eine Benutzung von Landrechtbuch Vorrede lit. f. sein, aber wahrscheinlicher ist

[1] Im Deutschspiegel schließt die Stelle: also hievor gesprochen ist; noch ne krenket u. s. w.

mir die Rücksichtnahme auf Kap. 129., weil dies dem nehmlichen Stücke des Landrechtbuches angehört, und hauptsächlich, weil es den Umfang der Wirksamkeit des Bannes behandelt, wie Kap. 137. lit. b. den Umfang der Wirksamkeit einer im weltlichen Gerichte erfolgten Aechtung.

Es erscheinen also zwei Stellen, die sich in dem Landrechtbuche an verschiedenen Orten dem Vorhergehenden richtig anschließen, aus diesem Zusammenhange herausgerissen, und mit der Stelle Sachsenspiegel III. 63., §. 2. in einer Weise verbunden, welche den grammatischen Zusammenhang vermissen läßt. Dies führt am natürlichsten zu dem Schlusse: Das Landrechtbuch habe den Stoff von Randglossen zu der Sachsenspiegelstelle geliefert, die sich bei weiterer Abschrift nur an unrechter Stelle in den Text verirrt hätten. Hiernach könnte es nicht bezweifelt werden, daß der sogenannte Deutschspiegel das jüngste der drei Rechtsbücher sei.

Professor Ficker dagegen sucht für seine Ansicht: der Deutschspiegel stehe zwischen Landrechtbuch und Sachsenspiegel in der Mitte, grade in der vorliegenden Stelle einen Beweis. Er vermuthet nehmlich: die eingeschachtelte Stelle sei ein für künftige stärkere Verarbeitung und Erweiterung des Sachsenspiegels von dem Deutschspiegler vorläufig am Rande notirtes Material gewesen, welches ein Abschreiber sorglos eingeschaltet habe. Zu Unterstützung dieses Behelfs muß die Behauptung S. 34 dienen: Kap. 137. b. c. stehe im Schwabenspiegel am unrechten Orte, denn die Stelle unterbreche ungehörig das Thema von dem Hofhalten des Königes. Ich selbst habe schon früher die Stelle des Landrechtbuches für ein Glossem erklärt,[2] aber auch gezeigt, wie dieses Glossem sich den Worten des Kap. 137. unter a): „in allen steten da bistum inne sint“ anschließe.[3]

Professor Ficker giebt S. 34 eine synoptische Uebersicht der Stellen des Sachsenspiegels und des Landrechtbuches von dem Hofhalten des Königes, welche die Priorität des Sachsenspiegels bestätigen soll. Auch ich hatte den Zusammenhang der Stellen über das Hofhalten schon früher beachtet, und war zu dem umgekehrten Ergebnisse gelangt,

[2] de spec. sax. orig. p. 267.

[3] Wie Kap. 137. a. von dem Verhältniß des Königs zu Bischofstädten spricht, so behandelt lit. b. das Verhältniß der Landesherrn, welche bischöfliche Städte haben, zu anderen Gerichten dieses Landes.

indem ich in einer besonderen, von Ficker ignorirten Abhandlung meiner Schrift: Alter und Ursprung S. 109, darzulegen suchte: der süddeutsche Text stehe, wenn man nur richtig die Einschiebsel späterer Hand aussondere, in einem ganz planmäßigen Zusammenhange, dem sächsischen Epitomator dagegen sei dieser abhanden gekommen. Es ist dies nicht nur in den Stellen über das Hofhalten, sondern in dem ganzen reichsstaatsrechtlichen Abschnitte der Rechtsbücher erkennbar, wie näher in der Anlage E. synoptisch dargelegt werden soll.

Eine zweite Stelle, in welcher der Deutschspiegel mit dem Landrechtbuche von dem Sachsenspiegel abweicht, hat Professor Ficker ein scheinbar so erhebliches Argument gegen die Priorität des Landrechtbuches geliefert, daß ich eine nähere Beleuchtung nicht umgehen kann.

In der Stelle Laßberg 136. von den sächsischen Erzbisthümern heißt es hinsichtlich der Suffraganbischöfe:

„der bischof von Maginze hat vier.“

In der darauf folgenden Aufzählung stehen aber nur drei. Der Sachsenspiegel III. 62., §. 2. berichtigt den Fehler, indem er vor dem Bischofe von Paderborn, den, wie es die Zahlangabe zeigt, nur aus Schreiberversehen ausgefallenen Bischof von Verden einschaltet. Einige Handschriften des Landrechtbuches haben durch Verwandlung von „vier“ in „drei“ den Fehler nur bemäntelt. Der sogenannte Deutschspiegel hat „vier“ und die Auslassung des Landrechtbuches. Hier meint Ficker: wäre der Deutschspiegler auf die Autorität des Schwabenspiegels von dem Sachsenspiegel abgewichen, also des Unterschiedes sich bewußt gewesen, so hätte ihm auch der Irrthum in der Zahlangabe nicht entgehen können, und er würde „drei“ aus „vier“ gemacht haben. Man müsse mithin annehmen, das Landrechtbuch beruhe auf einer Abschrift des Deutschspiegels, in welcher der Bischof von Verden aus bloßem Versehen ausgelassen, aber das „vier“ richtig wiedergegeben worden sei. Der Zusammensteller des Landrechtbuches habe den Fehler gedankenlos wiederholt. Allein in den beiden von mir beschriebenen Breslauer Handschriften, Homeyer 89. und 90., fehlt, wie ich schon oben bemerkt habe, die ganze Stelle von den Erzbisthümern. Hatte nun der Anfertiger des Deutschspiegels gleichfalls ein bei dieser Stelle lückenhaftes Exemplar des Sachsenspiegels, und ergänzte er die

Notiz aus dem Landrechtbuche, so hat es gar nichts Auffallendes, daß die Auslassung in der süddeutschen Vorlage von ihm unbemerkt blieb.

Da der sogenannte Deutschspiegel in der Verbindung von Bestandtheilen aus zwei anderen Rechtsbüchern zeigt, daß er kein originales Werk ist, so hängt die Bedeutung des Fundes gänzlich davon ab, Entstehungsort, Entstehungszeit und Quellen der Arbeit richtig zu bestimmen.

Für den **Entstehungsort** hält Ficker Augsburg. Hierfür hat er jedoch keine anderen Gründe, S. 167, als:

1) die Berücksichtigung städtischer Verhältnisse deute auf den Ursprung in einer Stadt;

2) es seien keine Anhaltpunkte vorhanden, sich für eine andere süddeutsche Stadt als Augsburg zu entscheiden;

3) für Augsburg spreche die Verwandtschaft mit dem dortigen Stadtrechte;

4) in Augsburg sei nach Merkel's Annahme der Schwabenspiegel verfaßt. Da dieser nun eine weitere Verarbeitung des Textes der Insbrucker Handschrift enthalte, so werde die Entstehung des letzteren an dem nehmlichen Orte wahrscheinlich.

Die ersten beiden Argumente kann ich übergehen. Auf das dritte Argument bemerke ich: 1276 gab König Rudolf den Augsburgern, welche beschlossen hatten, eine amtliche Sammlung ihres Rechtes anzulegen und sie für die Zukunft fortsetzen zu lassen, ein Privilegium, durch welches er den beabsichtigten Aufzeichnungen den Glauben öffentlicher Urkunden beilegte, und die besonderen Gewohnheiten, welche die Sammlung ergeben werde, für ein bindendes städtisches Recht erklärte. Schriftliches Material zu einem Augsburgischen Stadtrecht mag hiernach für die Zeit vor 1276 wohl schon vorhanden gewesen sein, bekannt aber ist nur die Sammlung, welche nach diesem Jahre, also auch nach dem um 1275 verfaßten Landrechtbuche, unternommen und allmählig vermehrt wurde.

Die ganze Verwandtschaft des Augsburger Stadtrechtes mit dem Landrechtbuche, und den letzterem entsprechenden Stellen in der Insbrucker Handschrift reduzirt sich bei näherer Ansicht darauf, daß in den Stellen, die man mit einander in Beziehung zu stellen sucht, die nehmlichen Gegenstände vorkommen, z. B. die Gerichtsbarkeit der Burggrafen über Maaß und Gewicht, die Morgengabe, die Nothwehr, das

Bereden des Todtschlägers mit Kampfe, die Pfändung um Schuld, der Verkauf der Pfandstücke und das Hausen des Geächteten.

Was aber von diesen Dingen in dem Augsburger Rechte gesagt wird, ist von dem, was das Landrecht und die Insbrucker Handschrift darüber haben, sowohl nach Fassung als theilweise auch nach dem Inhalte verschieden. So beispielsweise kann der Frau die Morgengabe nach L. R. B. Kap. 10. von dem Manne gegeben werden: „des morgens an dem bette, oder so er ze tische get, oder ob dem tische“, nach dem Augsburger Rechte, S. 101, aber nur: „des morgens an dem bette, ê daz er von ir chome“; die Bestimmungen über das Verfahren mit den Pfandstücken bestätigen zu L. R. B. Kap. 102. die Bemerkung: „Ez ist etwa gewonheit, daz man anders damit wirbet.“ Es sind nur einzelne Sätze und Ausdrücke, die zusammentreffen; weit natürlicher aber schließt man daraus, es habe den Verfassern des Augsburger Stadtrechtes das schon früher verfaßte Landrechtbuch vorgelegen, und sie hätten sich in ihren spezielleren Bestimmungen seiner Fassung angeschlossen, als umgekehrt, das Landrechtbuch, welches wiederholt auf die Verschiedenheit der Gewohnheitsrechte aufmerksam macht, habe seine gemeinrechtlich sein sollenden Lehren aus verlorenen Materialien eines jüngeren einzelnen Stadtrechtes geschöpft. Ueber das Leibgedinge enthält das Augsburger Stadtrecht Bestimmungen auf mehr als vier Seiten der v. Freibergischen Ausgabe, S. 95 bis Ende 99, in denen dem Inhalte nach auch einiges von demjenigen vorkommt, was das kürzere Kap. 36. des Landrechtbuches darüber enthält, aber weder die Ordnung der Sätze, noch die Fassung irgend einer einzelnen Stelle ist so übereinstimmend, daß man sagen könnte, es habe einer der Verfasser beider Werke das andere seiner Arbeit zum Grunde gelegt.

Die Insbrucker Handschrift Kap. 36. weicht nur unbedeutend von dem Landrechtbuche ab, die erstere ergiebt sich indeß durch das Fehlen von Worten, die in den Zusammenhang gehören, als ein unvollständiges Excerpt aus dem letzteren, wie die folgende Gegenüberstellung ergeben wird:

L. R. B.	Insb. Handsch.
Wil der daz guot ane werden durch ehafte not, der ez da gewunnen hat, und hat er anders guotes	Wil er auch daz guot ane werden der ez da gewunnen hat

niht wan desselben guotes, er wirt es mit rehte wol ane, daz in die libe niht geirren mugen; wellen aber si in irren, so chom [erg. er] fur sinen rihter und clage im daz; der rihter sol den liben fur gebieten, und sol in danne gebieten, daz si daz lipgedinge dem herren ufsenden; der sol damit tuon swaz er welle, von dem erz da gewan.[1]

Tuont si dez niht gerne, der rihter sol si dez noeten u. s. w.

die liebe mugen in irren niht;

er noet si mit gerihte, daz sie muezzen dem herren die leibgeding aufgeben u. s. w.

Die Kapitel 42. der Insbrucker Handschrift und des Landrechtbuchs stimmen unter sich, haben indeß mit der Stelle des Augsburger Rechtes, S. 56 und 57, Nichts gemein, als daß sie die Fälle des schweren Straßenraubes, welche das Landrechtbuch mit der Insbrucker Handschrift den „rechten", das Augsburger Recht abweichend den „üblen" Straßenraub nennen, so wie es reichslandfriedensrechtlich war, aufzählen, und daß sich die darüber vorgetragenen Grundsätze der ersteren beiden Rechtsbücher theilweise in dem Augsburger Rechte, jedoch in anderer Ordnung, mit Nebenbestimmungen und mit großen Verschiedenheiten, sowohl der Wendungen als der Ausdrücke, wiederfinden. Ebenso selbstständig ist das Augsburger Recht S. 108, Abs. 3. von L. R. B. Kap. 13. und Insbrucker Handschrift 17. Alle drei Stellen handeln von den zeugnißunfähigen Leuten, aber das Augsburger Recht hat eine von den Rechtsbüchern ganz abweichende Art der Ausführung; läßt Einiges weg, was diese haben: die Weiber, die gerichtlich erklärten Ver-

[1] So ist, glaube ich, statt: „der ez" nach der von Wackernagel aus Bc. angegebenen Variante zu verbessern. Dies bestätigt die altfranzösische Uebersetzung „et li sires an puet ordiner à son voloir."

schwender,[1] die Ketzer und die Ausnahme hinsichtlich der Weiber bei Ehesachen, wogegen Anderes zugesetzt wird: die Leute über neunzig Jahre, die des Nachtschachs Ueberführten und die Einschränkung hinsichtlich der Tauben.[2]

Wenn Merkel in L. R. B. Kap. 56. die Worte: „guote gewonheit der ein teil an disem buoch stet“, eine Hinweisung auf Benutzung des Augsburger Stadtrechtes finden will, so sollte er doch nur andere Stellen des Landrechtbuches vergleichen, die über den Sinn der Verweisung keinen Zweifel lassen, z. B. Kap. 2. lit. b., Kap. 44., 102., 168. u. s. w. Von einem Stadtrechte wäre es sehr ungeeignet gewesen, zu sagen, daß „ein Theil“ ihres besonderen Rechtes ihnen von den Kaisern gesetzt sei, da die Städte ihr ganzes eigenthümliches Recht auf kaiserliche Privilegien zurückführten. In Kap. 56. und 44. ist dann auch nicht blos von Stadtrecht, sondern zugleich von guter Gewohnheit überhaupt, und nicht von dem Rechte einer einzelnen Stadt, sondern von besonderen Stadtrechten im Allgemeinen Rede, in Kap. 168. a. nicht einmal von Stadtrechten, sondern nur von „guoter Gewohnheit“.

Wollte man aus bloßer Inhaltverwandtschaft und übereinstimmenden einzelnen Ausdrücken, Wendungen oder Sätzen auf Entstehung einer Quelle aus der anderen und den Herkunftort schließen, so müßte das Gemeinsame in der Entwickelung des deutschen Rechtes ganz beseitigt werden. Ueberdies aber könnte man ebensogut dem Sachsenspiegel oder dem Weichbildrechte ihre Heimath in Augsburg anweisen; denn es finden sich in dem Augsburger Rechte Stellen, die mit jenen Rechtsbüchern viel mehr Uebereinstimmung haben, als irgend etwas, was man in dem Landrechtbuche glaubt als dem Augsburger Rechte entliehen ansehen zu

[1] Lassb. c. 13. ist „so toup“ Schreibfehler statt „tump,“ wie andere Handschriften richtig haben.

[2] Nicht blos in den besprochenen Stellen, sondern auch in anderen, die eine noch nähere Verwandtschaft zwischen dem Landrechtbuche und dem Augsburger Rechte zeigen, z. B. S. 67 Schlußabsatz vergl. mit L. R. B. Kap. 256., S. 71 Schlußabsatz und S. 72 bis an Abs. 3. von den Pfaffen, die Weinhäuser besuchen, S. 91 vom Erbgute vergl. mit L. R. B. Kap. 26., S. 113 Züchtigungsrecht des Lehrmeisters und L. R. B. Kap. 247. u. s. w., hat das Augsburger Recht dem Zwecke seiner Aufzeichnung entsprechend eine konkretere Verarbeitung gemeinrechtlicher Sätze, welche es ganz ungeeignet gemacht haben würde, vorzugsweise für ein Buch benutzt zu werden, welches besondere Gewohnheiten nur nebenbei andeuten wollte.

können. Beispielsweise erwähne ich die Klage mit Anfang S. 60, Abs. 4., verglichen mit Weichbildrecht Art. 129., 132., §. 2. und Ssp. II. 36, und das Finden gestohlenen Gutes in eines Mannes „Kaelr oder gadem“, verglichen mit Weichbildrecht Art. 89. und Ssp. II. 35.

Das vierte Argument für die Augsburger Herkunft des Insbrukker Textes beruht auf einer Kombination der Annahme Merkel's über die Augsburger Herkunft des s. g. Schwabenspiegels mit der eigenen des Professor Ficker, das Landrechtbuch sei eine vervollständigende Verarbeitung seines Deutschspiegels. Merkel's Annahme ist eine ganz vage Vermuthung, die, abgesehen von der vorhin schon widerlegten Behauptung einer inneren Verwandtschaft, darauf gestützt wird, daß in dem Landrechtbuch neben Benutzung der lex Alamannorum auch übersetzte Titel der lex Bajuariorum vorkommen. Dies soll seine Veranlassung darin haben, daß in der Diöcese Augsburg schwäbische und baierische Landestheile enthalten waren. Allein das Landrechtbuch ist nicht mit Rücksicht auf einen bestimmten Theil Deutschlands verfaßt, sondern es wollte, nach der ausdrücklichen Erklärung des Verfassers, nur ein allgemeines Reichsrecht aufstellen.[3] Die übersetzten Titel der lex Alamannorum und der lex Bajuariorum sind eine Abweichung von diesem Plane; indeß sie finden sich auch nur in den späteren Vermehrungen des Werkes, die Titel der lex Alamannorum mit einigen eingeflochtenen Zusätzen[4] in Kap. 323. bis 331., die Titel der lex Bajuariorum in Kap. 333. bis Kap. 345.,[5] Kap. 365. und 366.[6] Die lex Bajuariorum ist wörtlich stärker als die lex Alamannorum benutzt. Kap. 323. lit. a. ist der Text der lex Alamannorum Tit. I. c. 1. aus der entsprechenden Stelle der lex Bajuariorum ergänzt;[7] David von Augsburg, aus welchem das Thema der Vorrede entliehen ist, und der Bru-

---

[3] L. R. B. c. 2. lit. b. „darumbe haizet ditz buoch daz lantrehtbuoch, daz alle diu reht, diu an disem Buoche sint, daz diu uber alliu lantreht und gewer sint nah gesribenem rehte.“

[4] Das Nähere giebt de speculi saxonici origine p. 228.

[5] de spec. sax. orig. p. 229.

[6] de spec. sax. orig. p. 231.

[7] Die lex Alam. giebt „testes sex vel septem adhibeat,“ das Landrechtbuch nach der lex Bajuariorum a. a. O. „testes adhibeat sex, vel amplius si voluerit“: unde man sol an den brief setzen sehs geziuge oder siben, oder me ob man wil.“

der Berthold, dessen Predigten an den verschiedensten Stellen Auszüge zur Verzierung des Werkes geliefert haben, lebten beide in Regensburg; man kann daher mit weit mehrerem Fuge, wie von mir geschehen ist, Entstehung an diesem Orte, als in Augsburg vermuthen; auch abgesehen von meiner Behauptung, der Grundbestandtheil des Buches bestehe in einer Kollektaneensammlung zur lex Bajuariorum.

Professor Ficker verknüpft die Merkel'sche Annahme mit seiner eigenen: das Landrechtbuch habe die in dem Insbrucker Texte bezweckte aber nicht vollendete Vervollständigung des Sachsenspiegels durchgeführt. Der Verfasser des Landrechtbuches muß sogar nach Ficker's Darstellung zu diesem Zweck auf den Sachsenspiegel zurückgegangen sein, denn er hat nach S. 175 weniger geschickt als sein Vorgänger den sächsischen Ursprung der Vorlage zu verdecken gewußt. Mit diesem Vervollständigungsplane reimt es sich aber durchaus nicht, daß ein höchst beträchtlicher Theil des Sachsenspiegels, der in dem Deutschspiegel vorkommt, im s. g. Schwabenspiegel **fehlt**, und daß das Fehlende grade Sätze sind, die sich entsprechend in dem Weichbildrechte finden.

Das Verhältniß Berthold's von Regensburg zu den Rechtsbüchern betreffend, nimmt Ficker an, Berthold habe aus dem Insbrucker Texte für seine Predigten geschöpft. Von diesem Gedanken hätte ihn leicht die Vergleichung meiner de spec. sax. or. gegebenen Nachweisungen zurückbringen können, da sie augenscheinlich machen, daß die Vorrede des Landrechtbuches gerade umgekehrt großentheils Berthold entliehen ist. Prof. Ficker sagt: es sei ihm Berthold nicht zur Hand gewesen. Gegenwärtig sind Berthold's Predigten, ohne die sich über die Redaktion des Landrechtbuches ein solides Urtheil gar nicht fällen läßt, weil er an sehr verschiedenen Orten desselben Zusätze zu dem eigentlichen Rechtsstoffe geliefert hat, durch eine von Göbel gegebene sehr gute Uebersetzung nach der schönen Heidelberger Handschrift noch leichter zugänglich, als sie es früher schon durch die von Klink in der Ursprache herausgegebenen Auszüge waren.[1] Da ich indeß den Besitz des Werkes noch weniger bei Lesern voraussetzen kann, die nicht selbst über den Gegenstand schreiben wollen, so gebe ich unter den Anlagen nach der Göbel'schen Uebersetzung einen synoptischen

---

[1] Die Nachweisungen s. de spec. sax. or. p. 4 not. 2.

Abdruck einiger Hauptstellen, welche über die Originalität Berthold's jeden Zweifel entfernen werden.

Was über die Entstehungszeit des s. g. Deutschspiegels S. 160 bis 165 unsicher conjekturirt wird, liefert Nichts beachtungswerthes, als das Anerkenntniß, daß die Stellen von den Kurfürsten, den Erzämtern derselben und der Stellung des rheinischen Pfalzgrafen **Hauptanhaltpunkte** geben müssen. Dafür sind sie auch bei meinen Untersuchungen anerkannt worden, wie die erste unter den Anlagen näher dokumentiren wird.

Von eigener Untersuchung der Quellen hat sich Ficker in Hinweisung auf die „ohne Zweifel höchst gründliche Zusammenstellung" dispensirt, welche Merkel 1849 versprochen hat. Ich begnüge mich daher meinerseits, die Ergebnisse zu erwarten, welche daraus zum Vorschein kommen werden. Seit 1852 warte ich auch schon auf die versprochene Begründung der Kritik, welche der Anonymus des literarischen Centralblattes unter dem 31. August über meine Schrift de speculi saxonici origine ausgesprochen hat.

Zum Schlusse stehe hier meine eigene Vermuthung über Entstehungszeit, Herkunft und Zweck der Insbrucker Handschrift.

Die Schriftzüge wie die Sprache weisen mit Bestimmtheit auf das vierzehnte Jahrhundert hin. In die Universitätsbibliothek zu Insbruck ist der Codex wahrscheinlich aus der Burg zu Insbruck gekommen, dahin aber schwerlich von Augsburg; vielmehr scheint mir das wahrscheinlichste, daß dies ganz singuläre Vorkommen des norddeutschen Rechtsbuches in dem südlichen Deutschland eben den Weg genommen habe, über welchen nach meiner Ansicht möglich ist, daß der Schwabenspiegel erst nach Schlesien und dann verarbeitet nach Magdeburg gelangt sei. Bekanntlich hatte ein Theil der böhmischen Städte sächsisches Weichbildrecht, benutzte also, wie es im vierzehnten Jahrhundert allgemein war, dieses in Verbindung mit dem Sachsenspiegel. Tyrol aber stand im vierzehnten Jahrhundert zu Böhmen in naher politischer Beziehung; bis 1335 durch Heinrich, der mit Anna von Böhmen vermählt war, und nach Wenzel's Tode den Namen eines Königes von Böhmen führte, später unter dessen Tochter Margaretha, genannt Maultasch, von 1329 bis 1342 vermählt mit dem böhmischen Prinzen

Johann, Bruder Kaiser Karls IV., und gestorben in der Residenz Insbruck 1366. Daß durch diese Verbindungen eine Sachsenspiegelhandschrift sich nach Tyrol verlieren konnte, ist sehr erklärlich. Die vielen in den Sachsenspiegel aufgenommenen Sätze aus dem Weichbildrechte, welche den süddeutschen Stadtrechten homogen waren, konnten sehr wohl dem sächsischen Rechtsbuche neben dem in Tyrol gangbaren s. g. Schwabenspiegel einen eigenthümlichen Werth geben, der, wie es scheint, auf den Gedanken geführt hat, das Buch durch Entfernung der sächsischen Beziehungen und durch Ergänzung aus dem Landrechtbuche unmittelbar für Tyrol brauchbar zu machen. Die Ergänzungen sind aber nur bis Ssp. II. 13. regelmäßig durchgeführt, sogar unter Entlehnung der Rubriken; von da an hört die regelmäßige Vergleichung und Ergänzung auf, **aus dem einfachen Grunde**, daß die Versetzung des Mittelstückes L. R. B. Kap. 118. bis einschließlich 173., von Ssp. II. 12. an das Ende Ssp. III. 52. dem Bearbeiter den bis dahin in die Augen fallenden Parallelismus unkenntlich machte, da das, was hinter L. R. B. Kap. 117. folgt, ganz von dem, was im Sachsenspiegel II. 13. folgte, abwich.

Es klärt also die Insbrucker Handschrift nicht, als verbindendes Mittelglied, wie Ficker glaubt, die Verwandtschaft von Sachsenspiegel und s. g. Schwabenspiegel auf, sondern hat einen höchst untergeordneten Werth für die Texteskritik beider Rechtsbücher, der erst dann völlig hervortreten würde, wenn die Mittel zur Textberichtigung aus reinen Handschriften erschöpft wären, und noch erhebliche Schwierigkeiten übrig ließen.

Anlagen.

A. Reichsstaatsrecht der Rechtsbücher.

A. Das Reichsstaatsrecht findet sich in dem sogenannten Schwabenspiegel Kapitel 118. bis einschließlich 144. Es knüpft sich hier in der meiner Ansicht nach dem ordo judiciarius von Tancred nachgebildeten Darstellung des Gerichtsverfahrens an das kurz vorhergehende Kapitel 114., nach welchem ein gescholtenes Urtheil von Stufe zu Stufe an den höheren Richter gezogen werden soll, bis zuletzt an den König. Das sächsische Rechtsbuch bringt die entsprechenden Stellen erst gegen das Ende, Cod. Quedl. 143.; Ssp. III. 52., hinter dem Wehrgelde der Vögel und anderer Thiere. Das sächsische Weichbildrecht berührt einiges Staatsrechtliche an Stellen, deren Ordnung in den älteren Formen sehr verschieden ist, weshalb ich hier nur den glossirten Text berücksichtige; nehmlich den Ursprung des deutschen Reiches Art. 7., die Rechtsstellung des Königs Art. 8., die Königswahl bei Gelegenheit der Beschreibung des fingirten Pfalzgerichtes zu Magdeburg Art. 13., §. 1., und das Verhältniß des Pfalzgrafen am Rhein zum Könige Art. 8.

Aus sämmtlichen hier bezeichneten Quellen ergiebt sich meiner Aufstellung nach eine Reichsverfassung, wie sie erst unter König Rudolf I. in der Wirklichkeit vorhanden war.

Hauptsächlich ist es die **Wahl des Königs** durch drei geistliche und vier weltliche dazu besonders berechtigte Fürsten, von der ich behaupte, daß sie erst in dem Interregnum, bei der zwiespältigen Wahl von Richard und Alfons, ihren Anfang genommen habe, und erst durch die Wahl von Rudolf I. ein wirkliches Reichsrecht geworden sei.

Meine Ausführungen darüber befinden sich de spec. sax. orig. S. 245 bis 261, und in Einzelheiten näher begründet: Alter und Ursprung S. 7 bis 18. Homeyer's Einwürfe liefert seine Schrift: die Stellung des Sachsenspiegels S. 93 bis 104, wo S. 101 bis 104 die Replik auf meine deutsche Schrift bilden.

Die beiden sogenannten Spiegel, L. R. B. Kap. 130., Ssp. III. 57., §. 2., wissen übereinstimmend von drei geistlichen und vier weltlichen zur Königswahl besonders berechtigten Fürsten; das Weichbild erwähnt für seinen beschränkteren Zweck, die Bildung des Pfalzgerichtes, nur die drei, welche von den Laienfürsten die ersten an der Kur seien.

Bei der Benennung der drei geistlichen Fürsten erhält Mainz in dem L. R. B. die erste, Trier die zweite Stelle, in der älteren Form des sächsischen Landrechts, Cod. Quedl. 147., wird Trier die erste, Mainz die zweite Stelle gegeben; die späteren Formen haben dies mit dem L. R. B. übereinstimmend geändert. Beide Bücher stimmen überein in der Anknüpfung des Wahlrechtes an die Reichserzämter; von den geistlichen Wahlfürsten gedenkt nur das L. R. B. des Erzkanzleramtes, welches Mainz zugeschrieben wird. Die weltlichen Erzämter führen beide Rechtsbücher bei Pfalz, Sachsen und Brandenburg übereinstimmend an, und lassen das Schenkenamt als viertes folgen. Dies Schenkenamt legt der Sachsenspiegel dem Könige von Böhmen bei, sagt aber, er habe keine Kur, weil er kein deutscher Mann sei. Das L. R. B. in dem Laßbergischen Texte giebt dem Schenken die vierte Kur, läßt aber seinen Namen weg. Im Lehenrechte Kap. 8., wo sich das Kurfürstenverzeichniß im Uebrigen gleichförmig wiederholt, ist als Schenk der Herzog von Baiern genannt, jedoch noch erkennbar ausradirt.

Andere Handschriften bieten viele Verschiedenheiten dar; die Zürcher Handschrift stimmt im L. R. B. mit Laßberg, giebt aber in einer Randglosse späterer Hand dem Herzoge von Baiern Schenkenamt und vierte Kur; im Lehnrechtbuch findet sich für den Schenken eine Lücke. Die meisten Handschriften, darunter die Ambraser, haben den Herzog von Baiern als Schenken; für den König von Böhmen führt Wackernagel, Kap. 110., n. 29, nur die erste gedruckte Ausgabe an. Auch die von mir verglichene Uber'sche Handschrift hat den Herzog von Baiern. Die altfranzösische Uebersetzung I., 128., hat: „li rois de Bahaignie", im Lehenrecht aber, ch. VII., erscheint „li dus de Bevyers".

Das L. R. B. läßt die Kurfürsten nach Stimmenmehrheit wählen; das sächsische Rechtsbuch sagt, sie sollen nicht „nach ihrem Muthwillen wählen“, sondern die Gesammtheit der Fürsten haben eine Vorwahl, und sie üben nach deren Ergebniß ihr förmliches Stimmrecht.

Homeyer, S. 93, ist mit mir darüber einig, daß ein ausschließliches Wahlrecht von sieben Kurfürsten vor Ende des dreizehnten Jahrhunderts noch nicht feststehe, auch darin, daß im zwölften Jahrhundert eine geschlossene Zahl bestimmter Fürsten mit irgend einem bestimmten Vorrecht noch nicht erkennbar sei, daß sich also dasselbe erst in dem Laufe des dreizehnten Jahrhunderts gebildet haben könne. Hierfür nimmt er zwei Entwickelungsstufen an: Auftreten einer Anzahl von Fürsten anfänglich als Vorwähler unter ihren Genossen, dann als alleinige Wähler. Daß der Sachsenspiegel der ersteren Auffassung näher als das L. R. B. stehe, soll für sein höheres Alter zeugen.

Den von Homeyer bezeichneten Entwickelungsgang, insbesondere einen bestimmt hervortretenden Einfluß der linksrheinischen Erzbischöfe, so wie einiger später zu den Kurfürsten gezählten Laienfürsten auf die Wahl, hatte ich selbst de spec. sax. orig. p. 253 schon anerkannt und historisch zu begründen versucht.

Ich theile auch die Ansicht, daß seit die geschlossene Zahl von sieben Wählern sich festgestellt hat, damit sofort nicht ein Ausschluß der übrigen Fürsten von Betheiligung an der Wahlangelegenheit verbunden gewesen sei, daß man vielmehr die Kurfürsten anfänglich nur als Stimmführer betrachtet habe, welche in dem Sinne ihrer fürstlichen Genossen handeln mußten. Dies erkennt aber das L. R. B. in einer noch praktischeren Weise als der Sachsenspiegel an, denn es sagt ausdrücklich: die Kurfürsten von Mainz und Pfalz sollten nicht blos ihre Gesellen bei der Wahl, sondern nach ihnen auch der anderen Fürsten, so viele sie dazu willig machen könnten, zu einem Gespräche, also nicht zu einer bloßen Solennität, sondern unverkennlich wohl zu einer vorherigen Verständigung, nach Frankfurt entbieten.

Damit zerfällt die Behauptung, der Sachsenspiegel sei Vertreter einer älteren, das Landrechtbuch einer neueren Ansicht, was übrigens sehr wohl sein könnte, auch wenn man mit mir den Sachsenspiegel als später verfaßt annimmt.

Homeyer stellt dann S. 94 eine Anzahl von Zeugnissen zusam-

men, deren Zweck im Allgemeinen dahin zu gehen scheint, darzuthun, daß das besondere Wahlrecht der sieben Kurfürsten älter sei, als von mir behauptet wird.

Hier beruft man sich auf eine angebliche Bulle Pabst Urbans IV. vom 31. August 1263. Man hat darin eine päbstliche Anerkennung des Wahlrechtes der sieben Kurfürsten finden wollen; so neuerlichst noch Lorenz: die siebente Kurstimme, S. 14, und Bährwald: die Echtheit und Bedeutung der Urkunde König Rudolfs, betr. die baierische Kur, S. 54.

Allein ein apostolisches Schreiben, nicht eine Bulle, „Datum apud Urbem veterem 2. Kal. Septembris,“ Rayn. t. XIV., pag. 90., ed. Col. 1692, enthält nur eine Citation Richard's in dem Streit mit Alfons über den beiderseitigen Anspruch auf Kaiserkrönung; ein zweites, bei Raynaldus undatirt mitgetheiltes Schreiben, a. a. O. p. 92, giebt eine Zusammenstellung der beiderseitigen Parteibehauptungen. Ein päbstlicher Spruch ist nie erfolgt. Richard's Tod und die Wahl Rudolf's erledigten die unausgetragene Sache.

Bei Rudolf's Wahl nun machten sich die früheren Wähler von Alfons dasjenige aus den Behauptungen ihrer Gegner zu Nutze, was ihnen dienlich war, insbesondere, daß die sieben Fürsten, welche über die Wahl zwiespältig geworden, als geschlossene Siebenerzahl das Wahlrecht wirklich hätten. Die darauf gegründete Wahl Rudolf's blieb von den übrigen Fürsten unwidersprochen, und seitdem erhält dadurch dasjenige, was bei dem Wahlzwiespalt über Richard und Alfons geschehen und einseitig behauptet worden war, eine wirklich reichsrechtliche Bedeutung.

Wenn nun gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts das Wahlvorrecht auf eine antiqua consuetudo zurückgeführt wird, so ist das nicht buchstäblich zu nehmen. In gewisser Hinsicht aber ist es in der That richtig, denn die späteren Kurfürsten hatten schon vor Anfang des dreizehnten Jahrhunderts Hauptrollen gespielt.

Unter den Zeugen für die antiqua consuetudo, die Homeyer anruft, starb der Kardinal Hostiensis vor Rudolf's Wahl, Thomas von Aquin ein Jahr später, die Chronik des Martinus Polonus reichte ursprünglich nur bis 1271. Wenn nun bei diesen Autoren die Wahl durch sieben Kurfürsten schon behandelt wird, so würde

dies ein vor Rudolf schon vorhandenes Reichsrecht nur beweisen, wenn man Gewißheit darüber hätte, daß die Handschriften und Ausgaben von Interpolationen frei seien, was sich indeß bei so weit verbreiteten, viel abgeschriebenen und verschiedenartig später verarbeiteten Werken schwer annehmen läßt, und was ohne umfassende kritische Grundlagen, die den allgemeinen Homeyer'schen Allegationen gänzlich abgehen, unmöglich festzustellen ist. Hiervon abgesehen konnten aber auch alle drei Autoren von den Parteibehauptungen der Wähler Richard's Kenntniß haben, und dieselben vorgreifend als ein schon wirklich begründetes Reichsrecht darstellen. Noch weniger entscheidet ein in Bezug genommenes Gedicht Reinmar's von Zweter, der lange an Ottokar's Hofe lebte. Reinmar zeichnet sieben Fürsten aus, als edelste und beste des Reiches, an denen alle seine Würde stehe, und denen es daher wohl gebühren würde, ihm Könige zu wählen. Den König von Böhmen stellt er dabei an die Spitze der Laienfürsten. Wer kann hierin mehr finden, als ein werdendes besonderes Wahlrecht dieser sieben Fürsten, dessen faktischen Anfang ich ja selbst schon auf das Jahr 1257 zurückführe.[1] Damit kommt man indeß immer noch nicht auf sieben reichsrechtlich anerkannte Wahlfürsten vor der Zeit des Interregnums, in welcher der gemeinen Annahme nach Eike von Repchow geschrieben haben muß. Weiter zurückgehende Zeugnisse, unter denen hervorgehoben werden ein Schreiben des päbstlichen Legaten Kardinal Hugo an die Bischöfe von Schwerin und Lübek von 1251, ein Brief zweifelhafter Aechtheit des Pabstes Innozenz von 1247, Gervasius Tilburiensis und Arnold von Lübek ergeben mehr nicht, als daß einigen Fürsten bei der Wahl ein vorwiegendes Recht zugeschrieben worden sei, aber keine abgeschlossene Wählerzahl. Am gewichtigsten könnte das Zeugniß Albert's von Stade zum Jahr 1240 scheinen. Albert starb zwischen 1261 und 1264, hatte also die Wahlvorgänge von 1257 noch erlebt, welche der Ausgangspunkt für das spätere Reichsrecht geworden sind. Hiernach also ist auch auf ihn für die Verhältnisse **vor** dem Interregnum kein entscheidendes Gewicht zu legen. Indeß ich muß die Authentizität der Stelle Albert's entschieden in Zweifel ziehen. Sie

---

[1] Alter u. Urspr. S. 21.

kommt vor bei der Erzählung: Pabst Gregor habe die Wahlfürsten ohne Erfolg angegangen, für Friedrich II. einen anderen König zu wählen.[1] Hier heißt es, nachdem die abschlägliche Antwort der Fürsten berichtet worden: „Electio enim ad istos dinoscitur pertinere: ex praetaxatione principum et consensu eligunt imperatorem Trevirensis, Moguntinus et Coloniensis; Trevirensis enim licet de Alemannia non sit, ratione antiquitatis eligit“ u. s. w. Den im Druck ausgezeichneten Worten entspricht der Schluß im Ssp. III., 57.; das Voranstellen von Trier vor Mainz hat auch der Cod. Quedl., während es, wie oben bemerkt ist, später geändert wurde.

Zu der Stelle bemerkt Schilter am Rande, in anderer Schrift als derjenigen der Randsummarien: Nota. Die Stelle verläßt die sonstige annalistische Form der Darstellung, und kann ohne Störung des Zusammenhanges fehlen. Ueber die noch bekannten Handschriften Albert's giebt vollständig Lappenberg Auskunft.[2] Albert hat einen Fortsetzer für die Jahre 1264 bis 1324 erhalten. Die von Flacius Illyricus herrührende Pergamenthandschrift zu Wolfenbüttel enthält den Text mit dieser Fortsetzung, letzterer von etwas größerer Hand. Ein Auszug hat in Quedlinburg existirt, ist aber verloren. Das Werk ist also von fremden Händen nicht unberührt geblieben. Eine Handschrift eines Grafen von Ranzau hat Reiner Reineccius 1587 herausgegeben. Diese Ausgabe, wie die Schilter'sche, enthält eine große Anzahl fremdartiger Stücke, welche die Annalen an oft ganz ungeeigneten Stellen unterbrechen. Es kommt sogar nach dem Jahr 1151 vor: 1) eine series imperatorum, p. 275; 2) eine genesis astronomica, p. 276; 3) der genesis gegenüber eine Stammtafel der Billunger; 4) die Wundergeschichte der heiligen Hildegard, S. 177. Die Ausgabe von Reineccius giebt noch ein Gespräch zwischen Firri und Tirri, die sich Räthsel aufgeben, sammt einem Wegweiser von Stade nach Rom. Die wirkliche Chronik ist höchst kompendiarisch. Wo liegt hier irgend eine Bürgschaft, daß Albert von Stade selbst das angerufene Zeugniß geschrieben habe??

Nach Homeyer müßte Albert von Stade in der dem Sachsen-

---

[1] Schilter scriptores p. 312.
[2] Pertz Arch. VI. 326. 547.

spiegel unverkennbar konformen Bemerkung über die Kurfürsten diesen oder etwa eine gemeinsame Quelle benutzt haben, da man Eike als Verfasser des Rechtsbuches früher setzt. Auch das ist völlig unwahrscheinlich. Die Stelle von den Kurfürsten behandelt den Gegenstand selbstständig, besonders wird ausführlich im Anschluß an die Fabeln der gesta Trevirensia gerechtfertigt, wie der Erzbischof von Trier, obwohl er nicht de Alemannia sei, an die Spitze der geistlichen Kurfürsten komme. Der Quedlinburger Text beschränkt sich darauf, Trier obenan zu stellen. Verbindet man dies mit der Thatsache, daß in Quedlinburg der Albert von Stade erwiesenermaßen früher im Auszuge existirt hat, so wird man, denke ich, mir gerne darin beipflichten, daß alle Wahrscheinlichkeit für die Benutzung des Albert'schen Werkes und seiner etwaigen Interpolationen in dem sächsischen Rechtswerke spreche, umsomehr, als die umgekehrte Annahme in Widerspruch mit Allem steht, was sich über die Entstehung der Kurfürstenwahlen geschichtlich beglaubigt findet. Daß Albert von Stade's Werk in dem Sachsenspiegel benutzt sei, behauptet auch schon Johann Friedrich Böhmer: regesta imperii inde ab anno 1198 usque ad annum 1254, p. LXIX.

In Beziehung auf Homeyer's Duplik, S. 99—104, möchte ich mir nur die folgenden bestimmt formulirten Fragen erlauben:

1) Wo findet sich außer den als nicht beweisend oben abgelehnten Zeugnissen vor dem Interregnum in gleichzeitigen Quellen die Spur einer Siebenerzahl?

2) Welcher Böhmenkönig hat bis dahin erweislich das Schenkenamt geübt, von diesem Erzamte den Titel geführt, oder als deutscher Mann sich in der Lage befunden, daß bei ihm überhaupt an ein Kurrecht gedacht werden konnte, wenn es Grundsatz war, daß man ein deutscher Mann sein mußte, um mit zu wählen?

Nur bei vollständigem Beweis der hier in Frage gestellten Thatsachen kann ich einräumen, Eike von Repchow oder irgend ein Anderer habe **vor** Rudolf von Habsburg, oder allenfalls **vor** 1257, Verfasser von Sachsenspiegel **III.** 57., **§.** 2., sein können. Weniger wäre gegen die herkömmliche Meinung von Entstehung des Sachsenspiegels aus diesem historischen Standpunkte einzuwenden, wenn für den reichsstaatsrechtlichen Theil **III.** 52. und ff., nachträgliche Abfassung unter Rudolf von Habsburg zugegeben würde.

B. Nach III. 52. hat der Gewählte, wenn er auf den Stuhl zu Aachen kommt, königliche, und wenn er vom Pabste geweiht ist, des Reichs Gewalt mit dem kaiserlichen Namen. Hat der Eike von Repchow, welcher 1233 urkundlich als noch lebend vorkommt, das Reichsstaatsrecht geschrieben, so könnte das aus natürlichen Gründen schwerlich vor 1198 geschehen sein. In der langen Zeit, die man nach 1298 noch für Eike von Repchow's Leben annimmt, hatte Deutschland einen einzigen anerkannten Herrn nur zweimal, vom 11. November 1208, wo Otto IV. nach Ermordung Philipp's von Schwaben allgemein von den Fürsten anerkannt wurde, bis in das Jahr 1211, wo schon ein Theil dieser Fürsten zu Friedrich II. überging, der den 5. Dezember 1212 von ihnen wiederholt zu Frankfurt gewählt wurde, den 9. Dezember 1212 zu Mainz die Krone empfing, und den 25. Juli 1215 zu Aachen den Thron bestieg; dann von dem Tode Otto's IV., 19. Mai 1218, bis zum 23. April 1220, wo Friedrich II. zu Frankfurt seinen Sohn Heinrich von der Gesammtheit der Fürsten zum römischen Könige wählen ließ. König Heinrich regierte bis Juli 1235, wo ihn der Vater entsetzte und ihn lebenslänglicher Gefangenschaft übergab. Vor 1224 Abfassung des Sachsenspiegels anzunehmen, hindert die Benutzung der treuga dieses Königes, welche höchstens soweit zurückdatirt werden kann. Wie soll man es sich nun vorstellen, daß der Verfasser eines Reichsstaatsrechtes seiner Zeit, der, wie Ssp. III. 57. zeigt, der Beschaffenheit der Verhältnisse auf den Grund zu kommen suchte, nirgendwo, sei es einen streitigen Besitzstand der Reichsgewalt, oder die Theilnahme eines römischen Königes daran neben dem Kaiser durchblicken läßt? Erst unter König Rudolf wurde eine solche Schilderung der Wirklichkeit entsprechend.

C. Der Sachsenspiegel wiederholt III. 60., §. 1.: „Nen vanlen ne mut he, nehmlich der König, ok ledig hebben jar unde dach“, den Satz, welcher in dem Landrechtbuche dem Herkommen seit Rudolf von Habsburg entsprechend, Kapitel 121., gelehrt werden konnte. Daß er dagegen für die Zeit der Hohenstaufen im dreizehnten Jahrhundert nicht zutreffend war, beweist das Herzogthum Schwaben, welches König Philipp von 1198 bis an seinen Tod, Friedrich II. von 1212—1216, und Friedrich's Sohn, Heinrich, von der Zeit seiner Krönung zum

römischen Könige, 1220, bis zu seiner Entsetzung, 1235, in eigener Hand behielt.

Homeyer bemerkt S. 101: Der Böhmenkönig Wenzel II. habe seit 1285 kurfürstliche Rechte geübt; insbesondere habe er 1290 und 1292 s. g. Willebriefe ausgestellt. Meine Bestimmung der Entstehungszeit des Sachsenspiegels lasse also hinsichtlich der böhmischen Kur den nehmlichen Widerspruch mit den historischen Verhältnissen bestehen, wegen deren ich die Richtigkeit der Angabe des Sachsenspiegels, der Böhmenkönig habe als undeutscher Mann keine Kur für die Zeit Eike von Repchow's, als unrichtig bezeichne. Darauf ist zu erwidern: 1) König Wenzel hat sich im Januar 1285 mit König Rudolf's Tochter Jutta zu Eger vermählt, und dort von ihm die böhmische Königskrone erhalten. Keins von beiden ist ein kurfürstliches Recht, und andere kurfürstliche Rechte waren 1285 nicht auszuüben; 2) inwiefern die Zustimmung zu Verfügungen über große Reichslehen schon unter Rudolf von Habsburg ein anerkanntes besonderes Kurfürstenrecht gewesen sei, oder nur eine thatsächliche Vorsicht, von welcher das später anerkannte Herkommen der kurfürstlichen Willebriefe seinen Ausgang genommen, lasse ich hier dahingestellt, denn der ganze Homeyer'sche Einwurf beruht lediglich auf dem Irrthum, ich habe Abfassung des Sachsenspiegels im vierzehnten Jahrhundert behauptet. Nachdem nun von mir nachgewiesen worden ist, daß ich bereits in meiner lateinischen Schrift das Rechtsbuch als 1283 schon vorhanden anerkannt habe, dürfte diese Argumentation gegen meine Behauptungen wohl gänzlich ausgeschieden werden müssen.

Es wird dann aber noch 3) a. a. O. die Bemerkung gemacht: es könnten „die in den Volkskreisen lebenden Ansichten mit den wirklichen durch die Machtverhältnisse bestimmten Vorgängen nicht ganz zusammentreffen.“ Soll damit die Geschichtswidrigkeit der Sachsenspiegelstelle über die böhmische Kur für die Zeit Eike von Repchow's beschönigt werden, so fragt sich doch ersten Ortes, woher kam überhaupt den Volkskreisen die Idee von den im Sachsenspiegel bestimmt benannten sieben Fürsten, als ausschließend zu einer besonderen Art der Theilnahme an der Wahl berechtigt, und was veranlaßte dabei die Untersuchung, ob der Böhmenkönig in diesen engeren Kreis von Wahlfürsten gehöre?

Der erste Böhmenkönig, der bei den deutschen Königswahlen eine Rolle spielte, war Ottokar's des Ersten Vater, Przjemisl, der von 1197 bis 1230 regierte, und von beiden Seiten her slavische Eltern hatte. Seine Theilnahme hatte die Wahl Philipp's von Schwaben zum Gegenstande. Diese Wahl ging nicht von Kurfürsten aus, sondern sie beruhte auf Verhandlungen mit einer großen Anzahl von Reichsfürsten, für welche verschiedene Fürstentage u. a. zu Erfurt, Arnstadt und Ichtershausen gehalten wurden. Schon vorher hatte Philipp die oberdeutschen Fürsten für sich gewonnen. Einige Nachrichten gehen zwar dahin: die Wahl sei den 6. März 1198 in Mühlhausen oder in Arnstadt erfolgt; allein gewiß ist nur, daß an verschiedenen Orten Philipp die Anerkennung der Fürsten erlangte, welche sich auf seine Seite gestellt hatten, so daß es durchaus zweifelhaft bleibt, ob überhaupt ein solenner Wahlakt vor der Krönung statt gefunden hat, welche den 8. September 1198 zu Mainz der Erzbischof Aimo von Tarantaise verrichtete.

Während Philipp anfänglich für die Anerkennung seines bei Kaiser Heinrich's VI. Lebzeiten zum Thronfolger bestimmten Neffen, Friedrich's, warb, dann aber sich bestimmen ließ, die Krone selbst zu nehmen, hatte der Erzbischof Adolf von Köln sich mit dem Erzbischofe Johann von Trier in Einvernehmen gesetzt, und auf den 1. März 1198 zu dem Zwecke der Wahl einen allgemeinen Fürstentag nach Köln ausgeschrieben, der aber fast nur von niederrheinischen Fürsten besucht wurde; der Erzbischof Konrad von Mainz befand sich damals in dem heiligen Lande. Zu Köln unterhandelte man mit dem Herzoge von Zähringen, dem man die Wahl zugedacht hatte; nachdem sich dieser indeß mit Philipp verständigt und zurückgezogen hatte, kam nach Ostern auf einem Fürstentage zu Andernach die Wahl Otto's von Braunschweig zu Stande. Przjemisl hatte an den Verhandlungen über die Wahl Philipp's noch keinen Theil genommen, ließ sich indeß hinterher für seine Anerkennung gewinnen, wohnte der Krönung in Mainz bei, erlangte dafür von Philipp die Ertheilung der Königswürde, und steht in dem Schreiben an den Pabst Innozenz III., Leges II. 201., als rex Boemiae an der Spitze der weltlichen Fürsten, die sich, nach einer zu Nürnberg gehaltenen Reichsversammlung, zu der geschehenen Wahl bekannten. Als Wähler unter

den Laienfürsten, ohne irgend einen Unterschied hinsichtlich der Art der Theilnahme an dem Wahlakte zu machen, führt das Schreiben hinter dem Könige von Böhmen nicht nur die Herzoge von Sachsen und Baiern und den Markgrafen von Brandenburg auf, die mit Böhmen wirklich in späterer Zeit Kurrechte erlangt haben, sondern auch die Herzoge von Oesterreich, Meran und Lothringen, sowie die Markgrafen von Mähren und Ronsperg, von denen keiner je zu der Kur gelangt ist. Das Schreiben der Wähler Otto's an den Pabst, Leges II. 204., hat von den späteren geistlichen Kurfürsten nur der Erzbischof Adolf von Köln gezeichnet; indem Johann von Trier zur Partei Philipp's übergetreten war, und der Erzbischof von Mainz sich noch fortwährend in dem Orient befand; von den Laienfürsten, die sich in der Folge ein ausschließendes Kurrecht aneigneten, bekannte sich nicht ein Einziger zu der Wahl.

Namentliche Unterzeichner sind nur der Herzog Heinrich von Brabant und der Graf Heinrich von Kuke. Das Schreiben selbst enthält nicht die entfernteste Andeutung eines besonderen Wahlrechtes, wie auch das Schreiben der Wähler Otto's nur ganz im Allgemeinen spricht von: „optimatibus et principibus imperii, ad quos de jure spectat electio.“

Wie nun aus diesen Vorgängen „die in den Volkskreisen lebenden Ansichten“ die Theorie des Sachsenspiegels von der Königswahl durch Kurfürsten ohne eine wunderbare providentielle Kraft sich hätten construiren können, ist mir zur Zeit noch unbegreiflich. Will nun Homeyer S. 100 meiner „sichtlich schwachen Argumentation“ auf Grund solcher unerfindlicher Volksansichten „vollends jeden Halt“ absprechen, so bin ich der vielangepriesenen Gründlichkeit in der Widerlegung meiner obigen Aufstellungen gewärtig, einstweilen aber berufe ich mich auf das Zeugniß erprobter Historiker, von denen ich, außer Joh. Friedr. Böhmer in den regesta ab anno 1198 usque ad annum 1254 p. LXIX. unter Albertus Stadensis mich begnüge anzuführen: Stälin würtemb. Gesch. II. S. 649, wo es im Wesentlichen richtig heißt: „erst in das dritte Viertel des dreizehnten Jahrhunderts fällt das Hervortreten sieben ausschließlich berechtigter Churfürsten; früher bestund keine genaue Bestimmung über die Wahlherren; solche waren im Allgemeinen die Reichsfürsten, welche ursprünglich mit dem

Volke, das nach den Stämmen in Herzogthümer eingetheilt war, bei der Wahl Rathes pflogen."

Hinsichtlich der Erzämter, mit denen das Kurrecht der Laienfürsten in den Rechtsbüchern verknüpft erscheint, sagt Scheidt in den Orig. Guelf. III. 19.: „Archiofficia imperii ante interregni tempora nunquam in alicujus principis hereditaria possessione fuerunt, sed qui in curia Caesaris potiores erant Magnates, prouti vel aetate conspicui erant, vel sapientia et rerum gestarum gloria inter suos eminebant, vel etiam gratia Caesaris prae reliquis multum valebant ad haec munia pro arbitrio imperatoris admittebantur, iisque hoc modo et ratione fungebantur, ut jus nullum exinde in eorum provincias translatum sit."

Den historischen Zusammenhang der Erzämter mit den Wahlfunktionen habe ich erörtert: de speculi sax. orig. p. 257 in der Note.

Der Frage, ob zur Zeit des Interregnums ein Wahlrecht von sieben Kurfürsten in irgend einer Weise, sei es als Recht der Vorwahl, oder als ausschließendes Wahlrecht schon anerkannt gewesen, läßt sich auf historischem Grunde noch näher treten.

Auf einem zu Mainz den 12. März 1256 gehaltenen Städtetage wurde von den Theilnehmern beschlossen: würden die „principes,[1] ad quos spectat regis electio" sich nicht über eine Wahl einhellig vereinigen, so wolle man keinen der Gewählten anerkennen.

Auf den Tag vor Johann dem Täufer 1256 hatten die Fürsten ein Gespräche nach Frankfurt vereinbart, wo die Wahl vor sich gehen sollte. Der rheinische Städtebund beschloß den 26. Mai, diesen Wahltag zu beschicken, um dort über die promotio pacis zu unterhandeln. Diese hing hauptsächlich davon ab, daß durch eine unangefochtene Königswahl das Reich wieder einen obersten Richter erhalte. Der Beschluß erwähnt, daß man neuerlichst, „nuper", an die Fürsten über diese Angelegenheit geschrieben habe. Kam damals sieben Fürsten eine Leitung der Wahl oder gar ein bevorzugtes Wahlrecht schon zu, so wäre es natürlich gewesen, daß man die Schreiben grade an diese Wahlfürsten gerichtet hätte. An andere Fürsten konnte höchstens die Bitte ge-

[1] Principes den Städten gegenüber heißt überhaupt: die Fürsten, nicht: diejenigen unter den Fürsten.

richtet werden, auf die Wahlangelegenheit mit den ihnen zustehenden Mitteln einzuwirken, um Zwiespalt zu verhüten. So geschah es indeß nicht. Man erfährt über den Erfolg der Anschreiben die Antworten einiger der angegangenen Fürsten, welche den städtischen Botschaftern auf einem den 5. August 1265 zu Würzburg gehaltenen Städtetag zugingen; nehmlich des Herzoges Albert von Sachsen, des Markgrafen Johann von Brandenburg und auch des Herzogs Albert aus dem Hause Braunschweig, welches bekanntlich erst im achtzehnten Jahrhundert zu der Kurwürde gelangt ist.

Das Schreiben Albert's von Braunschweig ist dem des Herzogs von Sachsen gleichlautend, und auch das Schreiben des Markgrafen von Brandenburg bietet nur geringe Verschiedenheiten dar.

Der Herzog von Sachsen und der Herzog von Braunschweig schreiben: sie seien mit den andern Fürsten einig in den Bestrebungen zur reformatio pacis, und dächten „ad praesens" daran, einen tüchtigen Mann zu dem Königsberufe der Friedenshandhabung zu finden, wie z. B. der Markgraf Otto von Brandenburg sei, der wohl nicht umhin könne, die Wahl anzunehmen.[2] Der Markgraf Johann meldet, man werde wohl „postposito omni dubio" seinen Bruder Markgraf Otto wählen.

Endlich schreibt auch Markgraf Otto selbst: er wage nicht „instantiae et consilio principum et aliorum amicorum" und „divinae voluntati" zu widerstehen; „quin corpus et animam ad honorem regalem offeramus." Er schließt daran die Bitte an die Städter: „ut ad curiam in Frankenfurth in festo beatae virginis celebrandam ita decenter veniatis, ut et, si inter aliquos ibidem discordia, quod absit, oriatur, pars cui infertur injuria vestro possit auxilio roborari."

Der Städtetag schloß hierauf wiederholt das Abkommen, keinen der Gewählten anzuerkennen, wofern die Wahl zwiespältig ausfallen werde.[3]

Aus diesen Hergängen ist zunächst zu entnehmen, daß unter den genannten norddeutschen Fürsten eine Uebereinkunft bestanden haben muß, welche ihren dem Inhalte nach konformen Antworten an den

---

[2] Leges II., 378.
[3] Leges II., 380.

rheinischen Städtebund zum Grunde lag, und daß der Herzog von Braunschweig bei der Wahlangelegenheit von dem Herzoge von Sachsen und den Brandenburger Markgrafen noch als völlig gleichberechtigt behandelt wurde. Es zeigt sich dann weiter aus dem Schreiben des Markgrafen Otto selbst, wie aus dem wiederholten Beschluß der Reichsstädte, daß schon damals eifrig Gegenpläne müssen betrieben worden sein, die einen feindlichen Ausbruch befürchten ließen.

Daß nun 1257, als wirklich die Wahl zwiespältig ausfiel, grade die sieben später als Wähler anerkannten Reichsfürsten allein als Herren der Wahl auftreten, und Fürsten fehlen, deren hervorragende Theilnahme nach der Geschichte früherer Wahlen erwartet werden konnte, erklärt sich einfach aus den Zeitverhältnissen.

Der Herzog Albrecht von Braunschweig war damals in schwerer Fehde mit den von Asseburg begriffen, an der sich der Graf Konrad von Eberstein und der Erzbischof Dieterich von Mainz betheiligt hatten. Beide hielt er zu der Zeit der Wahl gefangen. Er würde Otto von Brandenburg gewählt haben, mit des Bewerbers Richard Golde aber sollte die Auslösung des gefangenen Erzbischofes statt finden.

Unter diesen Verhältnissen konnte Albert keine Wahl nach seinem Sinne erwarten, überhaupt aber nicht wünschen, das Deutschland wieder einen unzweifelhaft anerkannten Herrn erhalte, der ihn zur Rechenschaft hätte ziehen müssen. Es ist also sehr wohl begreiflich, weshalb er jeder Theilnahme an dem Wahlgeschäfte fern blieb.

Unter den norddeutschen Fürsten, die man in früherer Zeit als Haupttheilnehmer an der Wahl erblickt, fehlte diesmal der mächtige Markgraf von Meißen, Heinrich der Erlauchte, weil auch er, mit Albrecht von Braunschweig verbündet, in offenem Kriege über den Besitz der Landgrafschaft Thüringen mit Sophie von Brabant stand, die für die Rechte ihres Sohnes Heinrich stritt.

Schwaben befand sich in gänzlich aufgelöstem Zustande.

Oesterreich hatte nach dem Aussterben der Babenberger Herzoge der König Ottokar von Böhmen usurpirt; dieser selbst betheiligte sich nur an der Wahlangelegenheit, um wo möglich selbst die Krone zu erhalten oder bei dem entgegengesetzten Falles unvermeidlichen Zwiespalt für seine Zwecke völlig freie Hand zu behalten.

Als der einzige namhafte Laienfürst, der sich bei der Wahl nach

dem Tode Heinrich's VI. auf die Seite Otto's von Braunschweig stellte, erschien oben der Herzog Heinrich der Kriegerische von Brabant. Sein Enkel Heinrich III. aber war zur Zeit der Wahl nach Wilhelm's von Holland Tode im Streit mit der Geistlichkeit, und durch den Bischof zu Lüttich mit dem Kirchenbann belegt.

Die kleineren Laienfürsten scheuten entweder, wie die Mehrzahl der Bischöfe, durch Parteinahme in Angelegenheiten verwickelt zu werden, oder sie fanden auch in der Fortdauer eines anarchischen Zustandes Vortheil für ihre erstrebte Unabhängigkeit und für ihre Usurpationen an Reichsgut.

Im Allgemeinen herrschte daher nach dem Tode Wilhelm's von Holland eine solche Gleichgültigkeit gegen die Wiederbesetzung des Thrones, daß es dringender Ermahnungen des Pabstes Alexander IV. an die deutschen Fürsten bedurfte,[1] um Schritte zu bewirken, damit das deutsche Reich wieder ein Haupt erhalte.

Unmittelbar hieran betheiligt waren unter den deutschen Fürsten nur die drei rheinischen Erzbischöfe, deren altherkömmliche Thätigkeit bei dem Krönungsgeschäfte sie an die Spitze des deutschen hohen Klerus gebracht hatte, und die sehr wohl den Vortheil kannten, der ihnen aus der Wahlangelegenheit erwachsen mußte; nächstihnen aber die rheinischen Pfalzgrafen, deren besondere Würde auf der Erhaltung der Reichseinheit beruhte.

Der Herzog von Sachsen konnte diesen rheinischen Fürsten nicht das Feld allein lassen; darum erschien er selbst zur Wahl; die brandenburgischen Markgrafen, nachdem die Aussicht für Markgraf Otto geschwunden war, begnügten sich, ihrem Verbündeten Vollmacht zu geben.

Es ist also lediglich ein Produkt von Zeitverhältnissen, daß 1257 **zum erstenmale** die spätere Siebnerzahl hervortritt. Hätten die zurückbleibenden Fürsten eine Ahnung der wichtigen Rechte gehabt, welche sie durch ihre Nichttheilnahme aus Händen gaben, so würde sicher der Kreis der Wahlherren ein erheblich weiterer geblieben sein.

---

[1] Leibnitzii Cod. dipl. prodr. n. 13. p. 10.

B. Verhältniß des Magdeburger Schöffenrechtes zu dem Sachsenspiegel.

Gaupp hat meiner „angeblich neuen Entdeckung“ über das Alter des Sachsenspiegels in seinen germanistischen Abhandlungen 1852, S. 110, einen Artikel gewidmet, aus welchem ich S. 110 bis 118 übergehe, weil ich es für uns Beide schicklicher finde, dergleichen Allgemeinheiten dem jungen Deutschland[1] zu überlassen. Daß Gaupp mir die zu Untersuchungen der vorliegenden Art erforderliche Gemeinschaft des geistigen Bewußtseins versagt, darf mich nicht abhalten, auf den Theil seiner Einwürfe zu antworten, welcher die wissenschaftlich erhebliche Frage über das Verhältniß des Weichbildrechtes zu dem Sachsenspiegel betrifft.

In dem Stadtarchive zu Breslau findet sich ein von Gaupp, das alte Magdeburgische und Hallische Recht, 1826, S. 50, beschriebenes Manuscript auf einem großen Pergamentblatte, in zwei Kolumnen abgetheilt, welches ausgebreitet das Ansehen von zwei aufgeschlagenen Folioblättern hat. Einen Abdruck des Textes hat Gaupp S. 230 geliefert. Einen anderen Abdruck gab Stenzel in seiner und Tschoppe's Urkundensammlung Nr. 364.

Die Handschrift beginnt ohne Anrede oder Prolog mit dem Texte „Do man Magdeburg besatzete“ u. s. w. Die Vorderseite schließt mit dem Vermerk:

„Daz recht habent gegeben die biderven schephenen und die ratman van Magdeburg deme edelen vursten, herzogen heinriche und sinen burgeren von brezlauwe, und wollen in daz helfen balden, swar so sie is bedurfen; und havent iz getan

[1] Unter diesem jungen Deutschland hat neuerlichst ein Dr. Boehlau, krit. Zeitschr. B. 5. S. 37, seine Vorgänger durch einen Angriff auf die Rechtsdenkmaehler des deutschen Mittelalters zu übertreffen gesucht. Für meinen Antheil an der Herausgabe muß ich aus Anstandsgründen mich begnügen zu konstatiren, daß ich von dem Artikel Kenntniß genommen habe, jedoch in dem Inhalte keinen Stoff zu einer weiteren Berücksichtigung finde.

durch bete herzogen heinriches und der burgere von brezlauwe. Und iz wart gegeben nach gotes geburt uber dusent jar und zwei hundert jar und ein und sestich jar. Bi den geziten was schephene her Brun, und her Goteche und her Bertold, und her Alexander, her Nicolaus, her heine, her Reineche, her Betheman. Und iz was do Ratman her burchart, her Verdach, her Tideman, her hoger, heyno, bertram, thydeman, Ulrich."

Der Text enthält u. a. einige Absätze, die sich mit geringen Varianten wörtlich in dem Sachsenspiegel wieder finden.

Ist diese Handschrift aus dem Jahre 1261, und nimmt man an, was ich meinerseits nicht bestritten habe, jedoch keineswegs zugebe, die entsprechenden Stellen seien nur dem Sachsenspiegel entlehnt, nicht umgekehrt aus einer gemeinschaftlichen Grundlage geflossen, so fiele meine Behauptung, der Sachsenspiegel sei erst nach dem Interregnum aus dem süddeutschen Land- und Lehenrechtbuche hervorgegangen. Es käme also darauf an, sich zu entscheiden, ob man das Manuscript dem Jahre 1261 vindiziren kann.

An dem Pergamente hängen gegenwärtig zwei Siegel: eins mit der Umschrift: „Sigillum Burgensium in Magdeburch", das andere mit der Umschrift: „Sigillum henrici dei gracia ducis Slesie."

Wegen des Schlußvermerks und dieser Siegel hält Gaupp das bisher beschriebene Manuscript für ein von Magdeburg nach Breslau gesendetes Originalweisthum, welchem zum Zeichen seiner Bestätigung das Siegel des Herzogs beigedruckt worden sei, und nennt die am Schlusse der Vorderseite vorkommenden Namen Unterschriften der Magdeburgischen Schöffen und Rathmänner, S. 50. Auf der Rückseite des Pergamentblattes findet sich eine Reihe von Abschnitten, die in dem Abdrucke bei Gaupp, S. 244, mit §§. 65. bis 79. bezeichnet sind.

Der Inhalt des Manuscriptes ist wiederholt in einer Urkunde des Herzogs Heinrich IV. von Breslau, abgedruckt bei Gaupp, 250.

Der Eingang der Urkunde beginnt: „In nomine dei eterni. Amen. Omnibus Christi fidelibus, presentem paginam inspecturis, Heinricus, dei gratia, Dus Slesiae" u. s. w.

Es wird dann gesagt, da des Herzogs Vater bei Einrichtung der

Stadt Breslau, „in locatione nostrae civitatis Wrat.", derselben: „quasdam constitutiones et jura Magdeburgensia", für Gegenwart und Zukunft zu bewilligen beschlossen habe, so genehmige der Herzog omnia jura, praedicta jura seu constitutiones Magdeburgenses, bestätige dieselben, und habe sie hierunter einrücken lassen.

Hiernach folgt der Inhalt der Vorderseite des oben beschriebenen Pergamentblattes, bis an den Schlußvermerk: „Daz recht habent gegeben" u. s. w., der weggelassen ist. Sodann fährt der Text der lateinischen Urkunde wörtlich in folgender Weise fort: „Hec sunt Jura que in Instrumento autentico felicis memoriae patris nostri Ducis Heinrici conscripta diligenter invenimus, et per eundem indulta civibus antedictis; que cum per negligentiam aut ignaviam eorum, qui pro tempore fuerant, essent defective propter cedulae brevitatem inscripta, obmissis quibusdam articulis, que Jus predictum nichilominus contingere videbantur, **predicti nostri cives**, cupientes hujusmodi supplere defectum, obmissos ejusdem juris articulos, indiscretis usi consiliis taliter suppleverunt, ut jus, quod in originali extitit praetermissum, in alio latere instrumenti ejusdem temere ducerent inscribendum; propter quod, indignacionis nostre **sentientes** indicia, nostreque postremum gracie **reformati**, petierunt instantius, ut omnia **ipsorum** jura, que ab utraque parte **conscripserant**, unius literae continencia concludere dignaremur. Nos itaque, ipsorum precibus pium praebentes assensum, quod in prioribus **patris nostri litteris** fuerat praetermissum, et suprascriptum incongrue, scripturis sequentibus integramus."

Hier sind nun die auf der Rückseite des oben beschriebenen Pergamentblattes enthaltenen Zusätze eingeschaltet.

Darauf setzt sich die Bestätigungsurkunde fort in den Worten:

„Universa igitur suprascripta jura atque statuta, prout praesenti pagine sunt inscripta, principali beneficiencia confirmamus" u. s. w.

In meiner lateinischen Schrift, p. 41, habe ich bestritten, daß jenes Manuscript ein von Schöffen und Rathmannen zu Magdeburg nach Breslau gesendetes originales Weisthum sei, und behauptet, die Scriptur sei in Breslau selbst verfertigt, wahrscheinlich um die Zeit, wo Herzog Heinrich IV. die Bestätigung ertheilte.

Ich berief mich unter anderen Gründen[1] darauf, daß die Bürger von Breslau, wie der Bericht in der oben aus der Bestätigungsurkunde mitgetheilten Stelle ergiebt, die Urkunde vor ihrem Herzoge nicht als ein Magdeburger Original ausgegeben, sondern geradezu erklärt hätten, daß Vor- und Rückseite des Pergamentes von ihnen selbst zusammengeschrieben sei. Dies sagt das „conscripserant“, wozu die entsprechenden Nominative in dem oben mitgetheilten Auszuge durch den Druck ausgezeichnet sind.

Homeyer erklärte, S. 26, meine Behauptung: die Breslauer Bürger hätten Inhalts der Urkunde des Herzogs bekannt, beide Seiten selbst geschrieben zu haben, für „irrig“; sie hätten nach der Urkunde nur das, was „in originali“ weggelassen war, „in alio latere“ ergänzt, und gebeten, dasjenige, was „von zwei Theilen, ab utraque parte, her“ aufgeschrieben war, in eine Urkunde zusammenzufassen. Wer aber mit einiger Aufmerksamkeit die betreffende Stelle der Urkunde durchliest, dem wird, wenn ihm nicht die Elemente der Grammatik abhanden gekommen sind, nicht entgehen können, daß sich zu dem entscheidenden Verbum **„conscripserant“** in dem Texte kein anderes Subjekt als **„predicti nostri cives“** findet; das „ab utraque parte“ aber kann unmöglich die Magdeburger als Schreiber des Originals auf der Vorderseite und die Breslauer als Schreiber der Zusätze auf der Rückseite bezeichnen sollen, denn der ganze Absatz erwähnt der Magdeburger nicht mit einem einzigen Worte; vielmehr lassen sich die partes nur von den Seiten der schedula verstehen, die unmittelbar vorher als originale und aliud latus instrumenti unterschieden waren, und denen die „unius literae continentia“ entgegengesetzt wird. Auf wen paßt auch wohl die Entschuldigung der Unvollständigkeit des Textes der Vorderseite damit, die Eintragung sei „propter scedulae brevitatem“ defekt, und zwar „per

[1] In der Schrift de spec. sax. orig. p. 41. folgt durch Versehen in der Zählung auf „Tertio“ in Z. 3 „Quinto,“ Z. 8, und es schließen dann die Argumente, Schlußabs. a. a. O. mit „Septimo.“ In meiner deutschen Schrift, S. 25, Abs. 2, berufe ich mich auf die schon früher gegen die Originalität geltend gemachten sieben Gründe. Der Homeyer'schen Duplik, S. 24, Abs. 2, verdanke ich jetzt die Belehrung, daß jener Gründe nur sechs waren. Der Text wird noch einige beifügen, die ich aus Vorsicht zu zählen diesmal unterlasse, umsomehr, als der Irregularitäten so viele vorliegen, daß es in nutzlose Breite führen würde, sie aufzählen zu wollen.

negligentiam aut ignaviam eorum, qui pro tempore fuerunt", anders als auf die Personen, die das Schreibgeschäft in Breslau selbst besorgt hatten; denn kam von Magdeburg eine am Schlusse vollzogene Urkunde, an der etwas zu fehlen schien, wer berechtigte dann die Breslauer zu der Annahme, es sei „propter schedulae brevitatem" ein Defekt entstanden, und wie hätten sie, indem sie die Bestätigung eines vom Magdeburger Schöffenstuhl empfangenen originalen Weisthums nachsuchten, die negligentia aut ignavia der Schöffen ihres Oberhofes anklagen können?

Doch wie verhält sich Gaupp zu der Frage, welche auf sich zu nehmen Homeyer ihn, S. 24, gewissermaßen veranlaßt? Des Irrthumes in dem Referate beschuldigt er mich nicht, wie es von Homeyer geschehen ist; im Gegentheil, er räumt ein, S. 120, daß die von mir hervorgehobenen Worte „etwas Auffallendes an sich tragen." Es freut mich wenigstens dies Anerkenntniß, da Gaupp, als er ein Buch über die Urkunde von 1261 schrieb, und darin die Urkunde abdrucken ließ, in jenen Worten noch Nichts auffallendes gefunden hat. Er sagt jetzt: „Wenn aber jene hervorgehobenen Worte von Anfang an wirklich so gelautet haben, und wenn bei den beide Seiten des Instrumentes beschreibenden Personen durchaus nur an die Breslauer gedacht werden dürfte, — wie dies allerdings nach der Wortfassung am nächsten zu liegen scheint, — so würde eben jene bisher herrschend gewesene Ansicht, nehmlich von der originalen Magdeburger Herkunft, aufgegeben werden müssen." Nun meint er aber: das ganze Gewicht falle auf das böse Wort „conscripserant", und hier nehme er keinen Anstand zu behaupten, daß dasselbe auf Rechnung, entweder einer Ungenauigkeit des Concipienten der Urkunde zu stellen, der mit dem „conscripserant" den allgemeinen Begriff unseres „Man" verbunden, oder auf ein Versehen des Abschreibers, der „conscripta erant"[1] in „conscripserant" umgewandelt haben könne.

Daß auf das „conscripserant" nicht allein das Gewicht falle, habe ich oben schon angedeutet, und werde es noch näher begründen.

---

[1] Sprachlich richtig hätte jedenfalls geschrieben werden müssen: „conscripta essent," oder: „omnia ipsorum jura ab utraque parte conscripta."

Gaupp stellt indeß auch in einem besonderen Nachtrage seiner Schrift, S. 207, auf, die von ihm mitgetheilte Scriptur sei die „echte Originalurkunde“, welche Herzog Heinrich ausgestellt habe. Wenn nun gegen mich aus dem argumentirt wird, was entweder der Conzipient dieser Urkunde gegen das wirklich Ausgedrückte habe ausdrücken wollen, oder was der Expedient durch Schreibfehler aus dem von Gaupp nicht eingesehenen Concept anstatt des richtigen Textes in die Urkunde gebracht habe, so bekenne ich meinerseits, daß mir für eine solche Art der Kritik die „Gemeinschaft des wissenschaftlichen Bewußtseins“ völlig abgeht.

Doch ich will nicht bei den mißlichen Worten stehen bleiben, die man mit sprachwidrigen Interpretationen, oder ganz ununterstützten Hypothesen zu beseitigen sucht. Gaupp hat auch noch unter fünf Nummern, S. 123, andere Argumente wider mich vorgebracht, deren Erörterung wissenschaftlich von allgemeinerem Interesse sein wird, weil dabei die Art des Verfahrens bei Uebertragung von städtischen Mutterrechten auf auswärtige landesherrliche Städte in Frage kommt.

Ich habe gegen die Annahme: die Urkunde sei ein von Magdeburg übersendetes Weisthum, geltend gemacht:

a) es fehle der Urkunde die bei Mittheilungen nach Außen übliche Eingangsanrede;

b) die Schrift enthalte keine Datirung vom Jahre 1261, sondern nur einen historischen Vermerk über die Entstehung des in dem Scriptum aufgezeichneten Rechtes;

c) es fehle der commemoratio sigillorum, welche bei unter Siegel ertheilten Urkunden niemals zu unterbleiben pflege.

Meine positive Vermuthung ging dahin, die Urkunde sei 1283 in Breslau geschrieben, um die Bestätigung des Herzogs zu erlangen. Es soll nun:

1. Aus meinen Schriften nicht erhellen, wie ich mir den Hergang eigentlich vorstelle. Gaupp sagt selbst, S. 120, er habe schon auf gewisse Dunkelheiten aufmerksam gemacht, welche über der oben mitgetheilten Bestätigungsurkunde Heinrich's hinsichtlich der Zusätze auf der Rückseite des Instrumentes schwebten. Regelwidrigkeiten haben jedenfalls stattgefunden; es kann also von mir nicht verlangt werden, daß ich mehr behaupte, als wozu sich historische Indizien vorfinden. So

ganz nackt, wie Gaupp versichert, habe ich indeß meine Annahmen nicht hingestellt. Nach p. 43 de speculi sax. orig. dachte ich mir den Zusammenhang, wie folgt:

Die Breslauer hatten über das von Heinrich's Vorgänger ihnen verliehene Recht in der That eine oder wahrscheinlicher verschiedene Urkunden besessen, die jedoch durch Sorglosigkeit der Aufbewahrer abhanden gekommen sein mochten. Gegen Heinrich beriefen sie sich auf das ihnen verliehene Recht, und dieser verlangte jetzt, daß sie, wie es herkömmlich war, bei ihm die Bestätigung einholten. Die aus dem Mangel einer zur Bestätigung vorlegbaren Urkunde entspringende Verlegenheit beseitigte man dadurch, daß man in Eile aus einer Magdeburger Weichbildform eine Zusammenstellung machte, die mit dem oben mitgetheilten Vermerk über die Entstehung, wozu die Namen irgend einem beliebigen Schöffenanschreiben entnommen wurden, abschloß. Da es aber ungewöhnlich war, Urkunden auf der Rückseite zu beschreiben, so mußte man in der Mitte einer Stelle abbrechen, setzte die Fortsetzung auf die Rückseite, schob aber die Regelwidrigkeit einer Nachlässigkeit derjenigen zu, die früher mit der Sache zu thun gehabt. Ich habe also sowenig behauptet, es hätten die Breslauer 1261 gar keine Urkunde erhalten, als angenommen, sie sei bei Seite geschafft worden, um ihr eine andere zu substituiren. Die S. 122 aufgestellte Alternative, auf welche Gaupp seine Gegenargumentation gründet, ist also unzutreffend. Nur das lasse ich hier dahin gestellt, ob den Breslauern direkt von den Magdeburger Schöffen der Inhalt des fraglichen Dokumentes als Weisthum zugesendet worden sei. Diese Frage werde ich unten besonders besprechen müssen.

2. Mein Erklärungsversuch soll nicht ersehen lassen, weshalb nicht die Breslauer, wenn die zur Bestätigung von ihnen eingereichte Urkunde erst 1283 angefertigt worden sei, die auf die Rückseite geschriebenen Zusätze gleich in den Text aufgenommen hätten. Dieser Einwand ist nur scheinbar. Die betreffende Klausel der Bestätigungsurkunde ergiebt, daß der Herzog mit seinen Bürgern gespannt war. Sie können mit der verlangten Vorlage ihrer Urkunde gezögert haben, und als der Herzog dringend wurde, weil es an Zeit zur gänzlichen Umgestaltung fehlte, das von mir angenommene Auskunftsmittel ergriffen haben. Dies ist besonders alsdann nicht unwahrscheinlich, wenn man sich vielleicht

vorher zu dem Zwecke der Anfertigung auf irgend einem Wege das mit den nöthigen Siegeln künstlich versehene Pergament verschafft hatte, und wenn man dies, nachdem es sich als zu kurz ergeben hatte, nicht sogleich durch ein anderes ebenso zugerichtetes ersetzen konnte. Ich bezweifle übrigens aus anderen Gründen sehr, daß die von Gaupp für das Original gehaltene Urkunde wirklich dasjenige Pergament sei, welches Herzog Heinrich zum Zwecke der Bestätigung vorgelegen hat. Von einem solchen scriptum, welches des Herzogs nur in dritter Person mit den Worten „deme edelen vursten herzogen heinriche" gedenket, worin er selbst nicht in irgend einer Weise sich als den Verleiher des Magdeburgischen Rechtes kund giebt, welches vielmehr für ein von der ersten bis zur letzten Zeile in Magdeburg geschriebenes Dokument ausgegeben wird, hätte doch Heinrich IV. ganz unmöglich in der betreffenden Bestätigungsklausel sagen können: „in Instrumento autentico felicis memoriae patris nostri ducis Heinrici", wenn ihm auch ohne allen entsprechenden Vermerk das Siegel Herzog Heinrich's III. angehangen hätte. Den Känzleistyl an dem breslauer Hofe lernen wir ja ganz genau, in seiner vollen Umständlichkeit, nicht blos für die Zeit Heinrich's IV. aus seiner eigenen Bestätigungsurkunde kennen, sondern ebenso für die Zeit seines Vorgängers aus der lateinischen Urkunde über Bewidmung Breslau's mit Magdeburger Recht, welches er konfirmirte, und welches, wie es bei solchen landesherrlichen Konfirmationsurkunden von jeher üblich war, seiner Bestätigungsurkunde dem vollen Inhalte nach eingerückt wurde.

Denken wir uns nun anstatt des jetzt vorliegenden Pergamentblattes, eine ganz formgerecht angefertigte, nicht kolumnenweise, sondern durchgeschriebene, mit lateinischem prologus und gleicher Vollziehungsklausel versehene Urkunde in dem Namen Heinrich's III., in der üblichen Weise besiegelt, welcher der Weichbildtext inserirt war,[1] so konnte, wenn dabei das Versehen der Auslassung, sei es wegen Raummangel oder aus irgend einem anderen Grunde, stattgefunden hatte, die Herstellung eines anderen gleich vorlegbaren Originals in der That solche

[1] Auf eine solche Einrückung deuten klar die Worte: „Haec sunt Jura quae in instrumento autentico felicis memorie patris nostri Ducis Heinrici conscripta diligenter invenimus, que cum essent defective propter scedule brevitatem inscripta u. s. w."

Schwierigkeiten haben, daß man es vorzog, sich, nach wahrgenommenem Verstoß, mit den Zusätzen auf der Rückseite zu behelfen, und sie in der Art zu beschönigen, welche von dem Herzoge Heinrich angegeben wird.

Die Bewidmung landesherrlicher Städte mit anderen Stadtrechten geschah in der Regel so, daß der Landesherr ein eigenes Privilegium gab, und entweder auf das Recht einer bestimmten anderen Stadt, oder auf das Recht einer solchen und daneben auf das Recht anderer Städte seines Landes, oder anderer Städte überhaupt, als Subsidiarquelle verwies. Hiermit war nicht selten die Feststellung eines Rechtszuges an einen bestimmten Schöffenstuhl als Oberhof verbunden. Es blieb in solchen Fällen Schöffen und Rath der privilegirten Stadt überlassen, mit den auswärtigen Schöffenstühlen, deren Recht ihnen bewilligt worden, unmittelbar in Verbindung zu treten, und sich von dort die nöthigen Weisthümer zu verschaffen. Nur ausnahmsweise geschah das Einholen des fremden Rechtes durch die Vermittelung des eigenen Landesherrn, der alsdann die Mittheilung unter eigener Beglaubigung machte, oder die seinige mit einem entsprechenden Vermerk der auswärtigen beifügte.

Auch Herzog Heinrich III. begnügte sich 1261 seiner Stadt Breslau auf deren Bitte das Recht der Stadt Magdeburg im Ganzen, ohne irgend eine Bezugnahme auf eine bestimmte Aufzeichnung, mit gewissen in seinem Privilegium ausgedrückten Modalitäten zu bewilligen.[1] Im Uebrigen gab er seinen Bürgern anheim, Alles, was zu dem Wohl der Stadt gereiche, auf Grund dieser Bewilligung herbeizuschaffen und anzuordnen.[2]

Die Lübecker hatten eine offizielle Zusammenstellung ihres städtischen Rechtes unter dem Titel der justitia Lubecensis, wobei ich die Nachricht, sie sei bereits von Heinrich dem Löwen bestätigt worden, dahin gestellt sein lasse. Später wurde in Lübeck auch ein Musterkodex in niedersächsischer Sprache für solche Städte angefertigt, deren Schöffen das Lateinische nicht hinreichend geläufig sein mochte. Dieser Kodex kam aus dem Eigenthum des Magistrates zu Lübeck nach Kiel, wo er

---

[1] Einen Abdruck der Urkunde giebt Gaupp S. 331.

[2] „petentibus nostris civibus jus civitatis Magdeburgensis — desideratum jus — concedimus dari pariter et indulgeri; annuentes eis, omnia, quae ad civitatis honorem sunt instruere desuper et fundare."

sich vermuthlich noch jetzt befindet.[3] Vor demselben befindet sich ein von 1240 datirtes unausgefülltes lateinisches Formular des amtlichen Schreibens,[4] mit welchem man auf Verlangen beglaubigte Exemplare an auswärtige Städte zu versenden pflegte.

Die Magdeburger können eine solche abgeschlossene Sammlung zu Mittheilungen nicht besessen haben, denn von sämmtlichen an verschiedenen Orten gebrauchten sächsischen Weichbildtexten sind, ehe sich der Text in 136 Artikeln mit der glossa vulgata fixirte, sämmtliche mir aus eigener Benutzung bekannte handschriftliche Formen nach Umfang, Abtheilungsweise, Reihenfolge der Artikel, Sprachformen, Inhalt und Satzverbindung so stark verschieden, und von dem in der ersten Lieferung der Rechtsdenkmäler dargestellten glossirten Texte so wesentlich abweichend, daß sich ein gemeinschaftlicher Grundtext gar nicht gewinnen läßt. Unmöglich aber ist annehmbar, der Magdeburger Oberhof habe bei seiner weitreichenden Wirksamkeit für jede Mittheilung sich der Arbeit einer besonderen Redaktion unterzogen. Die Einsicht und Vergleichung der Handschriften macht vielmehr evident, daß die verschiedenen Weichbildformen nur aus Privatsammlungen verschiedener Urheber hervorgegangen sind, und daß man das eine Exemplar zu Ergänzung oder Berichtigung eines anderen zu verwenden pflegte, entweder, indem man Randglossen machte, die ein späterer Abschreiber bald hier bald dort in den Text schob, oder, indem man das, was man in anderen Aufzeichnungen Neues fand, an dem Ende des eigenen Exemplares hinzuschrieb. Mehrfach finden sich Artikelfolgen verwandter Exemplare in umgekehrter Ordnung, was sich allein daraus erklärt, daß man bei Vervollständigung des eigenen Exemplars aus einem mit Nachträgen versehenen mit Eintragung des hintersten Artikels anfing, und so nach vorwärts fortschritt, bis man auf den dem eigenen Schlusse entsprechenden Artikel kam, und voraussetzen zu können glaubte, das Vorhergehende werde übereinstimmen.

Den Magdeburger Schöffen war eine offizielle Zusammenstellung ihres Rechtes entbehrlich, denn wo sie die lebende Ueberlieferung verlassen haben möchte, stand ihnen jederzeit die Einsicht der Konzepte ihrer Sprüche und Bescheide zu Gebot, nach Außen hin scheinen sie es

[3] Er ist beschrieben bei Hach, das alte lübische Recht S. 48.

[4] Abgedruckt bei Hach, S. 169.

aber für vortheilhaft gefunden zu haben, sich auf Rechtssprüche und Belehrungen bei bestimmten Anfragen zu beschränken, weil sie dadurch als normirender Oberhof am sichersten waren, unentbehrlich zu bleiben.

Das angeblich Magdeburg-Breslauer Originalweisthum von 1261 bricht mitten in einer möglicherweise dem Sachsenspiegel entlehnten Stelle über das Verfahren bei der Forderung zum gerichtlichen Kampfe, Sachsenspiegel I. 63., §. 1., ab; die Fortsetzung, Sachsenspiegel I. 63., §. 2., bildet den Anfang der dem Herzoge Heinrich IV. auffällig gewordenen Zusätze auf der Rückseite des ihm zur Bestätigung vorgelegten Instrumentes. Die Stelle von dem Kampfrechte kommt auch in anderen alten Weichbildformen, fast wörtlich mit dem Sachsenspiegel übereinstimmend, vor; sie ist selbst in der glossirten Form, Art. 35., stehen geblieben; es bleibt daher problematisch, ob hier ein Bearbeiter des Sachsenspiegels oder ein Sammler des Weichbildrechtes aus dem anderen Werke geschöpft habe. Dagegen ist der §. 58. des Magdeburg-Breslauer Rechtes von der Gerade augenscheinlich aus einer schon erweiterten Form des Sachsenspiegels, I. 24., §. 3., geflossen, denn die meisten übrigen Weichbildformen, auch der glossirte Text, Art. 23., bieten hier die erheblichsten materiellen Varianten dar. Um also an der Magdeburger Originalität der Breslauer Schöffenrechtsurkunde festzuhalten, müßte man von der abenteuerlichen Voraussetzung ausgehen, der Magdeburger Oberhof habe es für seine Autorität nicht kompromittirend gefunden, eine defekte Kompilation aus eigenem Rechte und aus Sachsenspiegelstellen, planlos zusammengestoppelt, mit Unterschrift und Siegel beglaubigt, amtlich an Rath und Schöffen der Hauptstadt eines anderen Landes zu verkaufen!

3. Ich habe die äußere Formlosigkeit des vermeintlichen Dokumentes von 1261 gerügt. Dagegen bemerkt Gaupp, Studien S. 124, in solchen Urkunden seien keineswegs überall dieselben Formen beobachtet worden. In der Urkunde sind aber gar keine Formen beobachtet.

Es hat mich sehr überrascht zu lesen, daß Gaupp in das vollständigste Präteritum gestellte Notizen, wie: „Bi den geziten was schepene her Brun“ u. s. w., oder: „Zu denselben geziten warin zu Breslau Ratmann“ u. s. w., für die eigenen Unterschriften der genannten Schöffen und Rathmänner, so wie demgemäß die Schriftstücke für

amtlich vollzogene originale Schöffenbriefe hält, z. B. altes Magdeburger Recht S. 30, 35 u. s. w.

An anderem Orte, das alte Magdeburger Recht S. 57, hat Gaupp die „im Mittelalter sehr gewissenhaft beobachteten diplomatischen Formen solcher Geschäfte" geltend gemacht.

Meines Wissens pflegten die Schöffen überhaupt nicht zu unterschreiben, sondern es wurden wohl die Theilnehmer an einem Bescheide namentlich aufgeführt, und die Vollziehung erfolgte durch Anheftung des Siegels. So lautet der Schluß des Hallischen Schöffenbriefes an Herzog Heinrich I. für Goldberg, Gaupp S. 229: „Datum Hallis anno domini MCC° tricesimo quinto. Haec nomina scabinorum, qui praesentem paginam compilaverunt: Bruno u. s. w. Praedicti scabini praesentem paginam appositione sigilli Burgensium muniunt et confirmant."

Die Magdeburger gaben ihre Weisthümer nach Breslau noch in der zweiten Hälfte des vierzehnten Jahrhunderts lateinisch; so das Weisthum über ihr Dienstmannenrecht von 1369, wo der Schluß lautet:

„In hujus testimonium evidens — hoc scriptum nostro appendenti sigillo roboratum est. Anno domini MCCC° LX° nono, ipso die beati Matyae apostoli."

Das daran hängende Siegel trägt die Umschrift:

„S. SCABINORUM DE MAGDEBOURCH."

Die Breslauer selbst ertheilten ebenso ihre Weisthümer im vierzehnten Jahrhundert in der lateinischen Geschäftssprache, z. B. 1314 und 1315 an Glogau, Tschoppe und Stenzel n. CXVI., CXVIII.

Ebenso empfingen sie die Antworten schlesischer Städte, z. B. 1302 von Liegnitz, Gaupp S. 337, 1352 von Olmütz, 1372 von Glogau. Die Urkunden liefert Gaupp selbst S. 336 ff., wo er aus seinen Abdrücken lernen kann, wie die gewissenhaft beobachteten diplomatischen Formen der städtischen Amtskorrespondenzen beschaffen waren.

Damit beantwortet sich leicht die Frage: ob ich auch bei dem Magdeburg-Görlitzer Rechte von 1304, S. 269, eine Fälschung behauptete. In dem Görlitzer Kodex hat die Handschrift den Schlußvermerk: „Nach Gotis geburt ubir Tusent jar unde driehundert jar, unde in dem vierden are, an Allerheiligen tage, so ist diz Megedeburshe recht gegebben

von den sheppben zu Megedeburg den burgeren zu Gorlitz mit gutem willen. Des ist gezug Bertold Ronebiz ein ritter" u. s. w.

Von einer Fälschung kann natürlich keine Rede sein, denn hier ist nicht, wie in Breslau, eine Urkunde als authentisch zu einem bestimmten Zwecke produzirt worden. Ebensowenig aber halte ich die Namen für Unterschriften Magdeburger Schöffen, sondern ich finde in der ganzen Stelle nur eine historische Nachricht. Die weder als Schöffen, noch als Rathmänner, sondern nur als Zeugen qualifizirten Namen sind eher auf Görlitzer als auf Magdeburger zu beziehen. Die hier genannten Personen mögen als Zeugen unter einer Urkunde benannt gewesen sein, welche die Rezeption des Magdeburger Rechtes zu Görlitz, und die Verpflichtung, dorthin den Rechtszug zu nehmen, betroffen hat. Dies war bei derartigen Reversen üblich, wie z. B. der Revers der Stadt Liegnitz für Breslau von 1302, Gaupp S. 338, zeigt. Daß die Magdeburger Schöffen, wie der Görlitzer Vermerk sagt, das vorangeschriebene Weichbildrecht gegeben hätten, ist ein sehr leicht erklärliches Mißverständniß. Es lautet u. a. die oben angeführte Liegnitzer Urkunde: „qui, nehmlich Rath und Bürgerschaft zu Breslau, nobis — dederunt jura Megedeburgensia, quod nos non debemus nec possumus eadem praefata jura dare nec vendere alicui civitati alienae et externae, sed tantummodo dare debemus nostris Hominibus in nostro territorio constitutis, quod vulgariter wichbilde." Fand sich in dem von Görlitz für Magdeburg ausgestellten Revers diese übliche Klausel, so konnte das jura Magdeburgensia in Verbindung mit dem darauf folgenden vendere leicht von geschriebenen Exemplaren des Rechtes gedeutet werden. Das dare jura Magdeburgensia bedeutet aber nur so viel, wie die in gleichem Sinne vorkommende ministratio jurium, nehmlich das Ertheilen von Urtheilssprüchen nach Magdeburgischem Rechte, und das vendere jura Urtheile gegen Gebühren geben, wie aus W. R. art. 99. klar wird, und sehr bekannt ist.

Daß die Magdeburger Schöffen keine Weichbild-Codices gaben oder verhandelten, sondern wie ihr dare jura Magdeburgensia beschaffen war, lehrt das Weisthum an Breslau von 1369. Hier bezeugt der Magdeburger Schöffenstuhl, Breslau sei von unvordenklichen Zeiten her dem magdeburgischen Rechte unterworfen gewesen: „**ita videlicet,**

quod, quandocunque ambiguitatis quid super jure civili Magdeburgensi apud vel inter cives Wratislaviae civitatis exortum fuerat, recurrendo ad nostram civitatem diffinitam sententiam ab antecessoribus nostris et a nobis hucusque obtinebant; atque inter varias nostri juris sententias, ipsis olym datas et transscriptas, dedimus eis etiam ipsis item Jus nostrae Civitatis in haec verba" u. s. w.

Hier folgt dann nicht etwa ein Urtheil in einer bloßen Parteisache, welches bekanntlich von Urtheilsboten eingeholt und bezeugt zu werden pflegte, sondern das angeführte Weisthum über das spezielle Recht der Dienstleute. Geht man von dem oben aufgeklärten Mißverständnisse aus, so fällt alles Befremdende bei der Beschaffenheit der in dem Codex enthaltenen Weichbildform weg; soll sie aber eine offizielle Mittheilung vorstellen, so kann man nicht genug über die augenfälligen Unordnungen, Doppelartikel, Plagiate aus dem Sachsenspiegel u. s. w., erstaunen.

4. Gegen den Magdeburger Ursprung des vermeintlichen Schöffenrechtes von 1261 hatte ich auch sprachliche Gründe geltend gemacht, wegen deren Gaupp mich zur Rechenschaft fordert, woher ich mir zutraue, über das im zwölften Jahrhundert in Breslau oder Magdeburg gesprochene Deutsch zu urtheilen.

Meine nähere Darlegung über das Sprachliche in dem streitigen Dokumente behalte ich einem anderen Orte vor, einstweilen berufe ich mich auf das Urtheil eines Kenners, dem Gaupp den Rang auf diesem Gebiete nicht streitig machen wird, des verstorbenen Professors von der Hagen, der mir die bestimmteste Versicherung gab, der von Gaupp abgedruckte Text, von dem ich damals noch selbst wenigstens das Jahr 1283 als Entstehungszeit annahm, könne nicht vor dem vierzehnten Jahrhundert geschrieben sein. Jetzt habe ich selbst, theilweise aus anderen Gründen, die volle Ueberzeugung, daß die Scriptur sogar erst aus der zweiten Hälfte des vierzehnten Jahrhunderts herrühren kann, und daß sie ihre äußere Einrichtung nur dem Anschluß an die Confirmationsurkunde Herzogs Heinrich IV. verdankt. Einstweilen hebe ich nur andeutungsweise den sehr spät auftretenden Gebrauch von großen Anfangsbuchstaben bei Nomina appellativa hervor, der sich mit dem Aufkommen der Kurrentschrift verbreitete, zuerst indeß auf Sub-

stantiva personalia beschränkt erscheint. Solcher Initialen treffe ich in dem Gaupp'schen Abdruck mehrere, obwohl nur noch ausnahmsweise, nämlich Ratman, §. 2., 3., und Richtaere, §. 17. Dem dreizehnten und Anfange des vierzehnten Jahrhunderts ist diese Schreibweise noch völlig fremd. Nach dem Stenzel'schen Abdrucke läßt sich nicht urtheilen, da er in dieser Hinsicht völlig modernisirt hat. Näheres wird hoffentlich eine spezielle Untersuchung ergeben, zu der ich noch nicht gelangen konnte. Gaupp's Urtheil über solche diplomatische Aeußerlichkeiten dürfte wenig Gewicht haben; wie u. a. seine Meinung an den Tag legt, der mit Pergamentblättern gemischte, vormals Heinrichau'sche Papier-Codex in Kursivschrift, Homeyer's Verz. 85, sei 1306 geschrieben.

5. Bei meiner Behauptung, die dem streitigen Schriftstücke anhängenden Siegel seien kein Beweis der Authenticität, habe ich den Aufsatz, den Laßberg Kap. 369. unter I. seiner Ausgabe des Landrechtbuches, wohin er nicht gehörig ist, eingeschaltet, sehr wohl vor Augen gehabt, verschiebe hier indeß auch diesen Punkt auf einen Augenschein, der mir noch nicht möglich war. Gaupp kann aber in Hoffmann's Geschichte der Stadt Magdeburg die Abbildung der Siegel, sowohl des Schöffenstuhles, als des Rathes der Stadt Magdeburg, abgebildet finden, und wird sich vor Allem erst eine Erklärung ausdenken müssen, weshalb nicht das Schöffen-, sondern blos das Rathssiegel an einem Schöffenrechte hängt. Wo die Schöffen kein eigenes Siegel führten, da bedienten sie sich zwar des Rathssiegels, unterließen aber nicht, dies in der Vollziehungsklausel, wie die Hallenser 1235, als sigillum Burgensium besonders zu bezeichnen, da es zu den konstanten diplomatischen Formen des Mittelalters gehörte, es ausdrücklich anzugeben, wenn man in Ermangelung eines eigenen Siegels sich eines fremden bedient hatte.

Hiernach kann ich bei einer im dreizehnten Jahrhundert stattgefundenen Irregularität getrost Jedem, der nicht in Rechthaberei befangen ist, das Urtheil darüber anheimstellen, ob er den Gaupp'schen Erklärungsversuch, den er selbst für nichts Weiteres ausgegeben hat, „da das Gebiet der Wahrscheinlichkeiten, nach seinen eigenen Worten, S. 59, von dem der Möglichkeiten so weit übertroffen wird", oder meine

Vermuthungen annehmlicher finden wolle. Befriedigten auch letztere nicht, so würden doch meine Gründe gegen die Authentizität nicht das Geringste an ihrem Gewicht verlieren.

C. Walter über das Alter des Sachsenspiegels.

Der Schluß der Vorrede zu Walter's deutscher Rechtsgeschichte ließ erwarten, der Verfasser werde das ihm voreilig in dem literarischen Centralblatte gespendete Lob des Ignorirens in einer neuen Ausgabe durch die That widerlegen, und die von mir angeregte Streitfrage über das Ursprungverhältniß des süddeutschen und sächsischen Land- und Lehenrechtes, wenigstens ihren Hauptmomenten nach, darlegen. Statt dessen finde ich zu der Textstelle über das Alter des Sachsenspiegels, §. 320., S. 1, außer Homeyer's älteren Ausführungen in seiner Sachsenspiegelausgabe nur die Aufsätze von Sachße und Gaupp angeführt. Zu der Stelle über das Alter des Schwabenspiegels wird §. 325., Note 3, gesagt: „Die hin und wieder vorgekommene Meinung, daß der Schwabenspiegel älter sei, ist widerlegt von Homeyer, Sachsenspiegel II. 1., S. 91—97; Merkel Alemanni [sic], p. 94. Dieselbe ist jedoch mit neuen Gründen wieder von Daniels 1852 und 1853 vertheidigt, allein von Homeyer 1852 und 1853 entschieden widerlegt." Die nähere Nachweisung der betreffenden Schriften fehlt hier und in dem Autorenverzeichniß vor dem Werke; Philipp's auf den der Literatur wegen zwar nicht an dieser, wohl indeß an anderen Stellen, aushülfsweise verwiesen wird, ist, wie oben S. 4. gerügt worden, über die Titel vollständig im Unklaren. Gegen die Angabe, ich hätte: „die hin und wieder vorgekommene" ältere Meinung vertheidigt, muß ich mich förmlichst verwahren; denn ich vindizire nicht, wie früher geschehen, dem s. g. Schwabenspiegel ein höheres als das herkömmlich angenommene Alter, sondern bestreite umgekehrt das Alter, welches man bisher dem Sachsenspiegel zugeschrieben hat.

Es möge auf sich beruhen, wie diese Ungenauigkeiten zu erklären sind. Wichtiger für die Sache erscheint die Unsicherheit, die in Walter's eigenen Aufstellungen hervortritt, wenn die beiden Ausgaben seiner Rechtsgeschichte verglichen werden.

Die erste Ausgabe, §. 297., wies dem Sachsenspiegel die scharf begränzte Entstehungszeit zwischen 1231 und 1235 an. Die Note 1. zu der betreffenden Stelle gab dafür drei Anhaltpunkte.

Zuerst wurde die wörtliche Benutzung der treuga Henric. regis, Sachsenspiegel II., 66., geltend gemacht, und dieser das Entstehungsjahr 1230 angewiesen. Walter folgte hier der Autorität von Perz, von dessen Vermuthung er meinte, sie werde durch seine eigenen Bemerkungen **„glänzend gerechtfertigt."** Jetzt heißt es: „Die treuga ist wahrscheinlich um 1224 verfaßt." Für diesen Meinungswechsel wird nur allegirt: „Homeyer gegen Daniels S. 23." Den Titel der Schrift erfährt man nicht; es ist gemeint: Homeyer, die Stellung des Sachsenspiegels, 1853, wo der Verfasser nicht S. 23, sondern S. 22, sich für die Entstehung der treuga um das Jahr 1224 ausspricht. Gründe, welche die nach Walter's früherer Ansicht glänzend gerechtfertigte Vermuthung von Perz widerlegten, giebt Homeyer indeß nicht, sondern beruft sich seinerseits nur S. 73, Note 32 a. a. O., auf die Autorität der ungedruckt gebliebenen, 1841 von der Berliner Juristenfakultät gekrönten Preisschrift eines bald nachher verstorbenen Candidatus juris Funke, welcher Entstehung um 1224 „sehr wahrscheinlich" gemacht habe.

Zweiter Anhaltepunkt für Walter war die Benutzung der sententia Friderici II. de cambiis von 1231 in Sachsenspiegel II. 26., §. 5. Gaupp monirte gegen Walter: die bezogene Quelle rühre nicht von Friedrich II. her, sondern von Heinrich VII.; der Sachsenspiegel sage nur: man solle keine Pfennige schlagen, anderen gleich, es sei denn daran ein Unterschied. Die Verordnung König Heinrich's enthalte aber zunächst Bestimmungen über Wechselgeschäft und Silberhandel. Bei neuen Denaren fordere sie ein Gepräge, welches sie auf den ersten Anblick von den Denaren anderer Münzherren unterscheide. Hiernach hat sich der Satz der ersten Ausgabe der Rechtsgeschichte: „Zweitens **ist** der Sachsenspiegel jünger als 1231, **weil** er II. 26., §. 5., **augenscheinlich** Friderici II. (sic) sententia de cambiis vor Augen hatte, in der neuen Ausgabe dahin modificirt. Viertens **scheint** der Sachsenspiegel II. 26., §. 5., zunächst durch Heinrici regis mandatum de cambiis et denariis „in Saxonia" a. 1231 (Perz II. 281.), veranlaßt zu sein.

Der dritte Anhaltepunkt für Walter's frühere Zeitbestimmung

war Sachsenspiegel II. 13., §. 7., wo die Häresie mit der Strafe des Feuertodes bedroht wird. Walter bestritt, daß in Deutschland diese Strafe vor 1231 reichsrechtlich gewesen, mit Berufung auf die treuga Henrici regis, welche c. 21. nur eine arbiträre Strafe festsetze. In der neuen Ausgabe ist dieses Argument gegen Entstehung vor 1231 stillschweigend beseitigt. Beruht dies etwa auf dem Gegenargumente bei Gaupp, S. 109, der wegen der Lesart: Swelk kerstenman oder wif ungelovig ist, **unde** mit **tover** umme gat oder mit vorgiftnisse" u. s. w. meint, es werde ja in der Stelle der Feuertod nicht auf bloßen Unglauben, sondern nur auf Verbindung desselben mit Zauberei gedroht? Dann wäre jedenfalls das Feld zu leicht geräumt, denn es giebt nicht nur Handschriften, welche oder statt unde geben, sondern die erstere Lesart wird auch durch die völlig konforme Stelle im Landrechtbuch Kap. 174., lit. b. bestätigt. Auch möchte es wohl Gaupp schwer fallen, eine Anwendung des Scheiterhaufens gegen Zauberer und Giftmischer vor 1231 als reichsrechtlich nachzuweisen.

Während nun die erste Ausgabe der Rechtsgeschichte von den angeführten drei Anhaltepunkten zu dem Schlusse kam: „Dadurch fallen die bisherigen Meinungen über das mehr oder minder höhere Alter des Sachsenspiegels zusammen", läßt der Text der neuen Ausgabe völlig frei, in welches Jahr zwischen 1225 und 1250 man die Abfassung setzen wolle. Der Schluß der Note erkennt mit Recht an: die Nichterwähnung Braunschweigs unter den sächsischen Fahnlehen, wegen deren die erste Ausgabe Note 2. Entstehung vor 1235 behauptet hatte, entscheide nicht; meint indeß, man könne allenfalls wegen der Nachricht in Albert von Stade über die Königswahl ad a. 1240 hinter dieses Jahr zurückgehen. Was dieses Jahr solle, ist schwer ersichtlich; denn wollte man auch willkührlich annehmen, Albert von Stade habe aus dem Sachsenspiegel geschöpft, so könnte doch nur die weit spätere Abfassungszeit seiner Chronik für das Alter seiner Quelle in Betracht kommen.

Als jetziger Grund für Entstehung des Sachsenspiegels im zweiten Viertel des fünfzehnten Jahrhunderts wird außer der unbestreitbaren Benutzung der treuga Henrici regis nur geltend gemacht: die Nachrichten des Sachsenspiegels über die Form der Königswahl paßten nicht zu den wirklichen Hergängen in dem ersten Viertel dieses

Jahrhunderts. Es ist mir erfreulich, hier völlig übereinstimmen zu können. Ich habe grade in meinen Schriften die Nothwendigkeit hervorgehoben, diese **wirklichen Hergänge** für die Altersbestimmung mit dem vorgetragenen Reichsrechte zu vergleichen. Hält man daran fest, so ist die nothwendige weitere Frage: welches die wirklichen Hergänge in der zweiten Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts seien, auf welche sich die Lehre des Sachsenspiegels gründen konnte.

Niemand wird die an verschiedenen Orten von Friedrich **II.** mit den deutschen Fürsten im Februar oder März 1237 gepflogenen Unterhandlungen über die römische Königswürde seines Sohnes Konrad **IV.** als Grundlage des späteren Wahlsystemes ansehen wollen. Es bleibt also nur in der angeführten Zeit die Wahl der Gegenkönige Heinrich Raspo und Wilhelm von Holland zu berücksichtigen. Die erstere dieser Wahlen war so regellos, daß Heinrich davon bei den Historikern die Benennung rex clericorum führt.

Bei der Wahl Wilhelm's von Holland, zu Neuß den 3. Oktober 1247, erscheint unter dessen Wählern kein einziger der späteren weltlichen Kurfürsten, vielmehr wird von theilnehmenden Laien außer den Grafen von Geldern und Los nur der Herzog von Brabant genannt. Es ist doch wohl klar, daß aus diesen Vorgängen sich die Theorie der späteren sieben Kurfürsten nicht konstruiren ließ. Mein Satz, de speculi saxonici origine, 1852, p. 255 in der Note: „Septem **primum** principes prae caeteris electores distinguuntur occiso Wilhelmo anno 1257 u. s. w.“, weiter motivirt, Alter und Ursprung des Sachsenspiegels S. 10, produzirt sich S. 317 in folgender Gestalt: „auch geschah es nun, daß nur die angesehensten Fürsten eine Vorberathung und Vorwahl trafen, und die Uebrigen zustimmten. Doch gab es darüber keine Regelmäßigkeit, **„sondern bis zur Wahl Richard's 1257 einschließlich** waren **bald diese bald jene, bald mehr bald weniger“** der großen geistlichen und weltlichen Fürsten die Wächter[1].“

Was hier aus Homeyer, S. 93, über „eine Anzahl von Fürsten als **Vorwähler** unter ihren Genossen“ eingemischt wird, könnte allenfalls in dem s. g. Schwabenspiegel, Kap. 130., einen

[1] Ist das vielleicht ein Druckfehler für „Wähler?“

historischen Anhaltpunkt finden, da nach dieser Stelle die Kurfürsten ihre anderen fürstlichen Genossen zu einem Gespräche nach Frankfurt entbieten sollen, aber gewiß paßt es weder zu dem Sachsenspiegel, noch zu Albert von Stade, denn diese, am klarsten letzterer mit den Worten: „ex praetaxatione principum“, bezeichnen nicht die Kurfürsten, sondern grade die anderen Fürsten als die Vorwähler. Will man sich indeß mit der solennen Wahl eine **Leitung** der Vorwahl als verbunden denken, und diese eine Vorwahl nennen, so möchte man einen Gedächtnißfehler vermuthen, wenn zugegeben wird, daß vor 1257 dieser Vorwähler **„bald diese, bald jene, bald mehr oder weniger“** gewesen, und wenn dessen ungeachtet vermeint wird, der Sachsenspiegel, welcher sieben Fürsten als Vorwähler schon namentlich aufführt, bei Böhmen mit einer Einschränkung, könne in der Zeit von 1225—1250 geschrieben sein, sowie Homeyer, der den Sachsenspiegel sogar vor 1230 zu setzen scheint, habe meine unter andern Gründen auch auf jenen augenfälligen Anachronismus gestützte entgegengesetzte Behandlung „entschieden“ widerlegt. In der ersten Ausgabe der Rechtsgeschichte §. 243. findet sich von einer Anknüpfung des ersten Hervortretens der Siebenerzahl bei der Wahl Richard's im Jahr 1257, die ich zuerst geltend gemacht, so wenig eine Spur, wie von der Erwähnung Albert's von Stade zum Jahr 1240, die Homeyer, S. 97, mir entgegengesetzt.

In der Schrift de speculi saxonici origine, 1852, p. 255 in der Note, habe ich die 1263 von den Wählern Richard's vor dem päbstlichen Stuhle vorgetragenen Parteibehauptungen speziell analysirt, ich habe sie als ein Gemisch von Dichtung und Wahrheit bezeichnet, welches S. 256 a. a. O. näher dargelegt wird. Meine deutsche Schrift, 1853, sagt S. 10: „Dieser zwar geschichtlich unbegründete, aber für beide Theile gleich vortheilhafte Satz (nehmlich von dem besonderen Rechte der sieben benannten Wahlherren) wurde zuerst in Anwendung gesetzt 1273 bei der Wahl Rudolf's von Habsburg u. s. w.“ Die erste Ausgabe der Rechtsgeschichte ignorirte alle diese Thatsachen; jetzt sagt der neue Text S. 318, Note 6.: „In dieser Form (nehmlich durch sieben Kurfürsten), geschah die Wahl Rudolf's 1273 (vergl. Ausg. 1., S. 269, Note 6 u. s. w.“) Dann werden die aus dem Schreiben Pabst Urban's IV. ersichtlichen Parteibehauptungen der Wähler Richard's in

einem Auszuge mitgetheilt, welcher mit der Berufung auf das unvordenkliche Recht der sieben Kurfürsten schließt, und es wird beigefügt: „Dieses Letztere war **allerdings**[1] faktisch unrichtig, allein es bezeugt die Meinung und Richtung der Zeit, und es kam **dadurch** diese Ansicht auch bei dem päbstlichen Stuhle auf." Hat Walter seit dem gleichzeitigen Erscheinen der ersten Ausgabe seiner Rechtsgeschichte und meiner Schrift de speculi saxonici origine, die dies näher entwickelt, an den Thatsachen selbstständig Anstoß genommen, wie ich glauben muß, da er meine Berufungen auf dieselben unerwähnt läßt, so sind wir in unseren Meinungen über eine Frage, die mit Recht auch Professor Ficker für die Altersbestimmung der Rechtsbücher als maaßgebend anerkannt hat[2], einander wirklich so nahe gekommen, daß ich hoffe, in dritter Ausgabe die Rechtsgeschichte gänzlich auf meiner Seite zu finden.

D. Das Schenkenamt und die siebente Kurstimme.

Diese Themata behandelt ein Aufsatz von Ottakar Lorenz im Julihefte der Sitzungsberichte der philosophisch-historischen Klasse der Akademie der Wissenschaften zu Wien.

Nach S. 178 ist das Verhältniß des Schwabenspiegels zum Sachsenspiegel so „sicher gestellt, daß sich darüber auch in neuester Zeit kein Zweifel mehr geltend machen konnte. Der Schwabenspiegel steht darnach nur im Verhältnisse einer abgeleiteten Quelle, und die Ursprünglichkeit des Sachsenspiegels hat Homeyer auf das Ueberzeugendste dargethan." Zu dem Worte „sicher gestellt" wird meine lateinische Schrift ohne Erscheinungsjahr und mit unrichtiger Angabe des Titels allegirt. Der Verfasser kann sie aber nicht gelesen und auch die citirte „Bulle" Urban's IV. von 1263 nicht vor Augen gehabt haben, denn sonst wäre es unmöglich gewesen, den Erlaß für einen päbstlichen **Richterspruch** zu halten, da aus ihm selbst seine

[1] Wem soll mit diesem „allerdings" beigestimmt werden.
[2] S. oben S. 4.

Bedeutung klar hervorgeht, und da meine Schrift: de spec. sax. orig. p. 245., not. 2., Abs. 2., denselben bereits bestimmt als ein bloßes Prozeßstück in dem Streite über den Wahlzwiespalt zwischen Richard und Alfons bezeichnet hatte.

Der Annahme Homeyer's, das ausschließende Wahlrecht von sieben Fürsten habe sich stufenweise in dem Laufe des dreizehnten Jahrhunderts aus einer früher von diesen Fürsten ausgeübten Vorwahl entwickelt, wird S. 17 widersprochen, und behauptet, in dem ganzen dreizehnten Jahrhundert sei weder von einer Vorwahl überhaupt, noch von einer Vorwahl grade jener sieben Fürsten, die seit Rudolf in den Besitz des Kurrechtes kamen, die Rede.

Hiernach soll dann der Sachsenspiegel eine „rein theoretische Ueberzeugung, wie die Wahlen zu geschehen haben", aussprechen, und man soll ihn: als einen **Entwurf** betrachten, wie die Wahlen der Könige vorzunehmen seien." Pabst Urban IV. hat nach S. 19 diesen Entwurf des Sachsenspieglers „legitimirt und zum Rechtsgrundsatz erhoben." Hiernach soll für den Streit über die siebente Kurstimme zwischen Böhmen und Baiern, der später unter Rudolf I. seine Erledigung fand, alles darauf ankommen: „wie verstand der Pabst den **Sachsenspiegel,** und wie lautet seine **Bestätigung?**"

Ich theile diese Annahmen hier nur mit, um eine Probe zu geben, in welche Wunderlichkeiten man verwickelt wird, wenn man sich dem herrschenden Vorurtheile über die Entstehungszeit des Sachsenspiegels gefangen giebt, und damit die historisch gegebenen Verhältnisse in Einklang zu bringen sucht. Angenommen, ein sächsischer Schöffe oder Rittersmann habe in den ersten drei Jahrzehnten des dreizehnten Jahrhunderts den originellen Einfall gehabt, ein Projekt über das Verfahren bei künftigen Königswahlen in die Welt ausgehen zu lassen, und zwar ein Projekt, welches einen Theil der Fürsten vor den übrigen in einer auf keine Geschichtsvorgänge gegründeten Weise bevorrechtete, wie hätte er wohl dieses Phantasiestück in ein Buch aufnehmen dürfen, welchem er als Darstellung des wirklich gültigen Rechtes in den sächsischen Landesgerichten Eingang verschaffen wollte? Wie läßt sich denken, daß ein solches Provinzialrechtsbuch, auf welches sich weder Richard noch Alfons berufen hatten, dem Pabste Urban bei dem Erlaß seiner Bulle vorgelegen habe und daß es als Autorität seiner

Entscheidung zum Grunde gelegt worden sei? Und wie wäre der Verfasser als Sachse dazu gekommen, drei der mächtigsten Fürsten seines Landes, den Herzog von Braunschweig oder Lüneburg, den Markgrafen von Meißen und den Landgrafen von Thüringen gänzlich bei Seite zu setzen, dagegen aber dem Böhmenkönige ein Kurrecht zuzusprechen, und dies hinterher wieder in Frage zu stellen, weil er kein deutscher Mann sei?

Die Lösung des letzteren Räthsels scheint der Verfasser darin zu suchen: es habe dem Vorschlag die Reflexion zum Grunde gelegen, das Kurrecht müsse sich an die Erzämter knüpfen, und die Thatsache, der Böhmenkönig sei damals in dem Besitze des Schenkenamtes gewesen. Allein:

1. Der Sachsenspiegler schreibt zwar den von ihm benannten weltlichen Kurfürsten bestimmte Reichsämter zu, den geistlichen Kurfürsten aber nicht, und nicht er, sondern die Stelle bei Albert von Stade zum Jahre 1240 leitet das Kurrecht von jenen Erzämtern ab; der angebliche Plagiator soll also die Sache deutlicher sagen, als die Quelle, aus der man behauptet, daß er geschöpft habe.

2. Die Annahme, daß der Böhmenkönig pincerna imperii gewesen, kommt urkundlich erst, wie S. 22, Abs. 3., anerkannt werden mußte, in dem Diplom Rudolf's I. von 1290 vor. Nach Inhalt dieses Diploms soll zwar das Schenkenamt dem Böhmenkönige schon von seinen Voreltern her, bis zum abavus rückwärts, zugestanden haben; allein dieser Versicherung ist nicht mehr Gewicht beizulegen, als den Ableitungen des Kurrechtes von einem unvordenklichen Herkommen oder von Otto III., die der Verfasser selbst mit Recht auf S. 16, Note 1, und S. 20, Note 3, verworfen hat.

Die Vorstellung von der Verbindung der Erzämter mit der Kurwürde beruhte nun aber einfach darauf, daß die Fürsten, welche abweichend von dem wirklichen Herkommen seit der zwiespältigen Wahl von Richard und Alfons für sich allein ein Kurrecht in Anspruch nah-

[1] Beiläufig bemerkt bestätigt sich die von mir behauptete Interpolation des Albert von Stade in dem Exkurs über die Kurfürsten durch ein ganz ähnliches Glossem zu Otto Sanblasianus bei Boehmer fontes III. 631., auf welches der Verfasser selbst S. 21, Note 2, aufmerksam macht.



men, kein besseres Argument dafür wußten, als die hervorragenden Funktionen bei dem Krönungsakte, welche die Vorfahren der meisten unter ihnen erweislich früher ausgeübt hatten. So ließ sich für den rheinischen Pfalzgrafen anführen, daß schon bei der Krönung Otto's I. der Franke Eberhard das Truchseßamt ausgeübt habe, Widuch. II. 2.; als Marschall hatte schon unter Otto III. der Herzog von Sachsen fungirt; der Markgraf Otto von Brandenburg scheint sogar unter Kaiser Friedrich I. die Stelle eines Kämmerers als ein wirkliches Reichsamt bekleidet zu haben. Nirgend dagegen trifft man die Herzoge und die späteren Könige von Böhmen vor dem Diplom Rudolf's als mit dem Schenkenamte befaßt. Bei der Krönung Otto's I. übte der Schwabenherzog Herrmann das Schenkenamt, auf einem Hoftage Otto's III. zu Quedlinburg der rheinische Pfalzgraf Hezil, während damals der Herzog von Baiern Heinrich als Vetter des Kaisers den Vorzug genoß, das für höher geltende Amt eines dapifer wahrzunehmen. Wenn Arnold von Lübeck III. 9. von dem feierlichen Hoftage unter Friedrich I. zu Mainz am Pfingstfeste 1184, wo des Kaisers Sohn Heinrich den Ritterschlag erhielt, berichtet: „Officium dapiferi seu pincernae, camerarii seu marscalci non nisi reges, vel duces aut marchiones administrabant", so müßte man hinsichtlich des Böhmenköniges vermöge seines mit der Königswürde verknüpften Vorranges eher annehmen, daß er die vornehmeren Funktionen eines dapifer, als die ihnen nachstehenden eines pincerna verrichtet habe.

Verbindet man mit dieser Stelle die Nachricht VI. 2., wonach bei der Krönung Philipp's zu Mainz 1198 der Böhmenkönig, die Krone auf dem Haupte, dem Könige das Schwert vortrug, was sonst das Amt des Reichsmarschalles zu sein pflegte, so ist klar, daß Ende des zwölften Jahrhunderts ein festes Prinzip über die später erblich gewordenen Reichserzämter noch nicht bestand.

Bei der Krönung Wilhelm's von Holland zu Aachen erwähnt zwar das magnum Chronicon belgicum den König von Böhmen als pincerna, allein unverkennlich nur, indem es von den Verhältnissen späterer Zeit ausging.

Die Funktionen, welche die Erzählung dem Böhmenkönige bei dieser Gelegenheit zutheilt, entsprechen dem Schenkenamte, als dem un-

tersten der vier Hofämter, nicht, denn er, als der höchste unter den an der Feierlichkeit theilnehmenden Reichsfürsten, war es, der dem gewählten Könige vor der Krönung den Ritterschlag ertheilte, und der ihm mit Zustimmung des Erzbischofes von Köln die Krone aufsetzte.

Hiernach kann nicht das an Böhmen geknüpfte Schenkenamt die Veranlassung gewesen sein, auf ein Kurrecht der Böhmenkönige zu schließen, sondern umgekehrt suchte man für ihr historisch unzweifelhaft ausgeübtes Kurrecht hinterher ein entsprechendes Erzamt. Hierfür fand sich den Ansprüchen von Pfalz, Sachsen und Brandenburg gegenüber nur das Schenkenamt.

Wollte man nehmlich auf die frühesten Traditionen zurückgehen, so erschien es mit dem Herzogthume Schwaben als verknüpft. Zu der Zeit also, wo die Theorie von der Verbindung des Kurrechtes mit bestimmten Erzämtern aufkam, konnte dies Amt als erledigt angesehen werden.

Ottakar hatte bei Rudolf's Wahl gegen die Theilnahme des Baiernherzogs Heinrich an der pfälzischen Kurstimme Widerspruch erhoben, der nicht beachtet wurde. Als er nach der Wahl u. A. auch hieraus einen Vorwand entnahm, Rudolf die Anerkennung zu verweigern, benutzte Baiern das Zerwürfniß, um, abgesehen von der Pfalz, die siebente Kurstimme für das Herzogthum zu verlangen.

Nach einer zuerst durch den Herzogl. baierischen Rath Gewold 1612 veröffentlichten Urkunde Rudolf's, datirt 1275 von Augsburg,[1] behaupteten auf dem dort von dem Könige gehaltenen Reichshofe die Vertreter des Herzogs Heinrich von Baiern, den Vertretern König Ottakar's gegenüber: dem ersteren stehe die quasi possessio der Theilnahme an der Wahl „ratione ducatus Bavariae ex antiquo" zu. Dies bestätigte Heinrich's Bruder, der Pfalzgraf Ludwig, indem er bezeugte: Heinrich habe an der Wahl Richard's mit den „caeteris principibus coelectoribus" persönlich, an der Wahl Rudolf's aber durch seine Botschafter, ungeachtet der nicht angenommenen Protestation der Botschafter König Ottakar's, Theil genommen. Das

---

[1] Abgedruckt außer den bei Bärwald, über die Aechtheit der Urkunde Rudolf's u. s. w. S. 9, angegebenen Werken in Corp. jur. Germ. medii aevi Tom. II. p. 46 in der Note.



Kompromiß auf den Pfalzgrafen Ludwig und die auf Grund desselben erfolgte Wahl Rudolf's soll geschehen sein: „vocibus eorundem fratrum, Ducum Bavariae, Comitum Palatini Rheni, ratione Ducatus pro una in septem Principum jus in Electione Regis Romani habentium numero computatis." Rudolf giebt in der Urkunde diese Erklärungen des Pfalzgrafen Ludwig mit dem Zusatze: „prout etiam in praedicta curia Augustensi vivae vocis nostrae eloquio utrique ipsorum in praesentia nunciorum praefati Regis Bohemiae — — ac omnium ibidem praesentium Principum, Praelatorum ac Baronum recognovimus, recognoscimus manifeste, in hujus rei testimonium et perennem memoriam praedictorum praesentes ei literas donavimus, nostro Regali sigillo, nec non subscriptorum testium sigillis munitas; qui sunt etc."

Das Original des Dokumentes hat nie nachgewiesen werden können.

Es wurde zuerst zum Vorschein gebracht, um das rheinische Pfalzgrafenamt mit den daran geknüpften Rechten als ein Zubehör des Wittelspachischen Stammherzogthumes Baiern darzustellen. Obwohl nehmlich nach dem Theilungstraktat zu Pavia vom 4. August 1329 und dem Hausvertrage Kaisers Ludwig mit den pfälzischen Prinzen, geschlossen zu Frankfurt den 1. Juli 1338, die pfälzische Kurstimme alternirend von der älteren Linie der Pfalzgrafen und der jüngeren der Herzoge von Baiern ausgeübt werden sollte, hatte Kaiser Karl IV. 1356 zu Nürnberg entschieden: „quod electio et vox super principatum et super terras Palatinatus et super Archidapiferiam taliter fundatae sunt, ut una sine alia persistere non possit." Demgemäß stellt die goldene Bulle nur die rheinischen Pfalzgrafen unter die Kurfürsten, und schreibt ihnen das Truchseßamt, wie das Reichsvikariat „ratione principatus seu comitatus Palatini" zu. Dies war mit offenbarer Verletzung der Hausverträge geschehen, und veranlaßte wiederholte, obwohl erfolglose Gegenbestrebungen der baierischen Herzoge. Besonders lebhaft wurden die baierischen Ansprüche auf die Kur, als nach der Reformation die Pfalzgrafen sich der protestantischen Seite, 1546, zugewendet hatten. Hieran knüpfte sich der Streit über die Urkunde Rudolf's I. Die pfälzischen Schriftsteller, besonders Freher, zogen die Aechtheit der Urkunde in Zweifel, wollten aber

jedenfalls in derselben nur eine Entscheidung über die siebente Kurstimme und das Schenkenamt zu Gunsten Baierns gegen Böhmen finden; von baierischer Seite vertheidigte man die Aechtheit, und bezog den Inhalt auf das Truchsessenamt mit den Kur- und Reichsvikariatrechten.

Dieser Streit verlor seine Bedeutung, nachdem 1621 die Kur aus politischen Gründen von Pfalz auf Baiern übertragen worden, und 1648 der westphälische Friedensschluß eine achte Kur zu Gunsten der Pfalzgrafen geschaffen hatte.

Seitdem wendete sich die Meinung überwiegend der Ansicht zu: es sei durch die Urkunde die siebente Kurstimme Baiern statt Böhmen zugesprochen, und erst in neuerer Zeit ergab sich dagegen Widerspruch, indem man einestheils König Rudolf von dem Vorwurfe zu befreien suchte, seine zu Gunsten Wenzel's erfolgte Anerkennung des böhmischen Schenkenamtes sei eine Wortbrüchigkeit, theils aber auch von nationalem Standpunkte aus eine Erschütterung des böhmischen Kurrechtes nicht zugeben wollte.

Diese Gegensätze sind das Thema der neuesten Streitschriften von Lorenz und Bährwald über die siebente Kurstimme. Beide theilen den Irrthum: eine Bulle Pabst Urban's IV. von 1263 habe das Recht der sieben Kurstimmen festgestellt, und Beide behandeln die Urkunde Rudolf's I. von 1275 als ächt, gehen aber in ihrer Erklärung auseinander. Nach Lorenz ist Böhmen das Kurrecht und das Schenkenamt nie aberkannt worden; Rudolf hat durch seine Urkunde von 1290 beides nur, unter Beseitigung der Lehre des Sachsenspiegels, von dem Erforderniß deutscher Herkunft der Böhmenkönige zu Ausübung des Kurrechtes unabhängig gemacht, S. 43; die Urkunde von 1275 hat Nichts entschieden, als daß die Führung der pfälzischen Kurstimme den beiden Brüdern Ludwig und Heinrich von Baiern gemeinschaftlich zustehe, und daß also die Konkurrenz des Letzteren bei der Wahl Rudolf's keinen Anfechtungsgrund darbiete; Bährwald, S. 69, meint: Ottakar sei bei der Wahl Rudolf's 1273 von den übrigen Kurfürsten zu Gunsten Baierns ausgeschlossen, und die baierische Stimme als siebente gezählt, die Wahl daher als einstimmige angesehen worden; dies habe Rudolf 1275 bekräftigt, Pabst Gregor X. aber habe an dem Ausspruch Urban's IV. festgehalten, und aus Rücksicht

auf die Böhmen zukommende siebente Kurstimme Rudolf als nur mit sechs Stimmen gewählt angesehen; der Widerspruch in der Auffassung sei erst ausgeglichen worden, als 1289 und 1290 Rudolf das Kurrecht Böhmens ausdrücklich anerkannte, und damit der Ansicht beitrat, welche seit 1263 von der päbstlichen Kurie festgehalten worden sei.

Meinerseits habe ich Alter und Ursprung, S. 14, die Aechtheit der Urkunde von 1275 dahingestellt, in dem Inhalte aber, wie Lorenz, keine Entscheidung über das Kurrecht Böhmens, sondern nur eine Anerkennung des Rechtes der Konkurrenz bei Ausübung des pfälzischen Kurrechtes für den Baiernherzog Heinrich gefunden.

Wiederholte Prüfung der Verhältnisse bestimmt mich jetzt, meine Ansicht dahin näher zu bestimmen:

1. Die Urkunde von 1275 halte ich für entschieden unächt. Dafür sprechen unter andern Gründen:

a) die apokryphe Herkunft, verbunden mit dem Gebrauche, zu welchem das Dokument zuerst veröffentlicht wurde;

b) die Wahl von Ausdrücken, welche besonders für die angebliche Zeit der Entstehung befremden, und zum Theil mit Recht schon früher Anstoß gegeben haben; z. B. die quasi possessio juris eligendi, die principes coelectores, das cum aliis Conprincipibus jus in hoc habentibus eligendo, das vivae nostrae vocis eloquium u. s. w.;

c) die gegen alles Herkommen verstoßende, an ungewöhnlicher Stelle, nehmlich erst bei Gelegenheit der Erklärungen des Pfalzgrafen Ludwig vorkommende Beschreibung der Komposition des Reichshofes in den Worten: „coram nobis, cunctisque Principibus, Praelatis, Baronibus, militibus et universo populo, qui eidem curiae assidebant;"[1]

d) die Ungeschicklichkeit der Komposition und der ganze Inhalt der Urkunde. Es soll sich vor dem Könige in dem

[1] Also der universus populus soll beigesessen, nicht blos den Umstand gebildet haben!! Die praelati werden zwischen die Principes und Barones gestellt, welche letztere zwar in dem Eingange der goldenen Bulle, schwerlich dagegen in einer deutschen Kaiserurkunde des dreizehnten Jahrhunderts, anzutreffen sind.

Reichshofe gelegentlich zwischen den Botschaftern des Königs von Böhmen einerseits und den Botschaftern Herzogs Heinrich, sowie seinem persönlich anwesenden Bruder Ludwig andererseits, die Streitfrage über die juris quasi possessio des Wahlrechtes entsponnen haben. Grundsätzlich hätte über einen so erheblichen Rechtsanspruch nur durch Urtheil der fürstlichen Wahlgenossen, oder wenigstens der Reichsfürsten entschieden werden können. Statt dessen läßt die Urkunde den König Rudolf auf Grund der einseitigen Angaben des Pfalzgrafen Ludwig nicht einen Spruch fällen, sondern ein einfaches Anerkenntniß der Richtigkeit der baierischen und pfälzischen Prätensionen ausstellen und von Zeugen mit vollziehen, unter denen sich kein einziger der übrigen anerkannten Wahlfürsten befindet. Bei dem Anerkenntnisse selbst bleibt zweideutig, ob das „ratione ducatus" den baierischen Herzogen zugestandene Votum das pfälzische sein, oder neben demselben anstatt des böhmischen gezählt werden solle. Die Anknüpfung des Stimmrechtes an ein bestimmtes Reichsterritorium in den Worten „ratione ducatus" streitet gegen die damalige Rechtsansicht, nach welcher das Kurrecht Ausfluß eines entsprechenden Reichsamtes war, dessen aber in der Urkunde keine Erwähnung geschieht, wogegen erst die goldene Bulle Kur- und Erzamt mit dem Besitze der Kurlande unzertrennlich in Verbindung brachte.

Hiernach bedarf es kaum noch eines Hinweises auf die historischen Verhältnisse, insbesondere auf die Verbindung des Herzogs Heinrich mit König Ottakar, die ihm gleich diesem die Reichsacht zuzog, auf den Widerspruch mit der späteren Anerkennung der böhmischen Kur durch König Rudolf u. s. w., um dem Dokumente allen Glauben zu versagen.

2. Die Frage, ob Truchseßamt und Kur auf Baiern oder nur auf den pfalzgräflichen Landen hafte, war für Böhmen gleichgültig. Hiernach also würde, da Böhmen nach der Urkunde als Widersacher erscheint, der Ausspruch Rudolf's, wenn er ächt wäre, am natürlichsten auf die siebente Kurstimme zu beziehen sein. Allein zwischen Pfalz

und Baiern hatte bekanntlich weder bei der Wahl Richard's noch bei der Rudolf's über die Ausübung der pfalzgräflichen Kurstimme eine Uneinigkeit bestanden. Wollte man sich daher gegen die Entscheidung Kaisers Karl IV. auf einen Ausspruch Königs Rudolf zu Gunsten des baierischen Herzogthums berufen, so blieb kein anderer Ausweg, als den Anlaß dazu in dem Widerspruche zu suchen, den Ottakar gegen die Konkurrenz des Herzog Heinrich bei der Wahl des Königs Rudolf selbst erhoben hatte. Das, was man bei Erfindung der Urkunde in der That bezweckte, konnte unter diesen Umständen nur versteckt erreicht werden. Zum Hauptgegenstande des Ausspruchs machte man das von Böhmen bestrittene Recht des baierischen Herzoges, mit seinem Bruder eine gemeinschaftliche Stimme zu führen, nebenbei aber bezeichnete man diese Stimme als an das Herzogthum Baiern geknüpft, indem man den Worten der goldenen Bulle: „ratione principatus Palatini“ die Bezeichnung des Kurlandes mit den Worten: „ratione ducatus Bavariae“ substituirte, und es nun den Deduktionen vorbehielt, aus dieser Bezeichnungsweise des falschen Dokumentes, die den baierischen Ansprüchen gegen Pfalz günstigen Folgerungen herzuleiten.

Für die Frage also, ob man die siebente Kurstimme als Baiern oder Böhmen zukommend angesehen, ist dieses Dokument Rudolf's völlig bedeutungslos. Dagegen kann es nicht geleugnet werden, daß die baierischen Bestrebungen nach den Zerwürfnissen Ottakar's mit Rudolf eine Zeit lang darauf gerichtet waren, Schenkenamt und die siebente Kur dem Herzogthume Baiern zu vindiziren. Es ließ sich dieser durch Anerkennung der böhmischen Rechte 1289 und 1290 vereitelte Versuch um so mehr mit Hoffnung auf Erfolg unternehmen, als man dafür zu unbestreitbaren Anhaltpunkten hatte:

1) den Böhmen fehlenden Beweis einer früheren wirklichen Ausübung des Schenkenamtes;

2) die Theilnahme des Herzog Heinrich an den Wahlen Richard's und Rudolf's;

3) den unbeachtet gebliebenen Widerspruch der böhmischen Botschafter.

So erklären sich die Erzählungen baierischer Historiker von der einstimmigen Wahl Rudolf's, die Interpolationen des Land- und Lehen-

rechtbuches, welche den Baiernherzog als Schenken an die Stelle des Böhmenköniges setzten, oder den letzteren wenigstens beseitigten, und die Frage über das Schenkenamt dadurch offen erhielten, endlich die Unklarheit, mit der das Glossem bei Albert von Stade und der Sachsenspiegel von der böhmischen Kurstimme reden.

E. Synopsis des Reichsstaatsrechtes in Landrechtbuch c. 118–144 und Sachsenspiegel III. 52–68.

In der nachfolgenden Gegenüberstellung sind die Stellen, welche sich als glossirende Einschiebsel zum Landrechtbuche aus der Anlage des ganzen Stückes ergeben, in die zweite Spalte gesetzt, und die Zusätze dritter Hand in kleinerer Schrift unter einer besonderen Nummerreihe bemerklich gemacht. Schiebt man die Stellen der zweiten Spalte in die leeren Räume der ersten, so erhält man die unveränderte Anordnung des Textes, wie die Laßbergische Handschrift denselben darstellt, und wie er durch sämmtliche Texte älterer Form mit Einschluß der altfranzösischen

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.
A. König- und Kaiserthum.	
118. Die Tiuschen kiesent den kiunig.[1])	
	[1]) Daʒ erwarp in der Kiunig Karle, alse diʒ buoch seit.
Swenne er gewihet wirt mit der willen, die in erwelt hant, so hat er kiuniglichen gewalt unde namen.	
Als in der pabst gewihet, so hat er volleclichen deʒ riches gewalt unde keiserlichen namen.	

Uebersetzung bestätigt wird. Die dritte Spalte zeigt, wie dieser Text in der früheren Form des sächsischen Rechtsbuches ohne Unterscheidung der ursprünglichen und wesentlichen Bestandtheile von späteren Zuthaten verarbeitet worden ist, so daß mehrfach die Einschiebsel weitere Zusätze oder Umgestaltungen erleiden, während andere zum Plane des ganzen gehörige Stücke des Grundtextes sich übergangen finden, wodurch das Ganze einen fragmentarischen Charakter annimmt, den die erweiterte Form des sächsischen Rechtes, in der vierten Spalte, nach der Berliner Handschrift von 1369, noch schärfer hervortreten läßt. Zugleich setzt die Vergleichung beider Sachsenspiegelformen mit dem Urwerk außer Zweifel, wie letzteres wiederholt zu Rathe gezogen worden ist, und bei den neueren Rezensionen des sächsischen Werkes zu Berichtigungen gedient hat, z. B. III. 52., §. 1., Abschn. 2., wo das „coren" der Quedl. Handschrift durch „gewiet" ersetzt worden ist, und wo sich die Erwähnung der königlichen und kaiserlichen Gewalt als Ergänzungen aus dem Urwerke darstellen. III. 52., §. 1., Abs. 5. ist „stoden", Quedl. a. 143., aus L. R. B. Kap. 118. in „landen" verbessert; III. 57., §. 2. erhält Mainz, abweichend von Quedl. a. 147., anstatt Trier die erste Stelle unter den geistlichen Kurfürsten, wie L. R. B. Kap. 130.

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.	Sachsenspiegel von 1369.
143. Die Dudischen sullent [durch recht] den kiunig kiesen.	III. 52. §. 1. Die Düdeschen solen [durch recht] den koning kiesen.
Swen die coren wirt von den bischopphen, die dazu gesatzt sin, [—] so hat her [—] konicligen namen.	Swenne die gewiet wert von den bischopen, die dar to gesat sin, [unde uppe den stul to Aken kumt], so hevet he koniclіche [walt] unde namen.
Swen ine der babis wiet, so hat her [—] keiserlichen namen.	Swenne in die pawes wiet, so hevet he [des rikes gewalt unde] keiserliken namen.

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.

B. Königsberuf.

119. Den kiunig kiuset man ze rihter uber eigen unde uber lehen, unde uber jegeliches menschen lip, unde uber alles daz fur in ze clage kumet.

C. Fürstenamt.

Der keiser mag in allen landen [3]) niut gesin, unde mag alles ungerichte niut verrihten. Davon libet er [2]) den fursten und den graven und andren herren weltlich gerihte [1].

2) An die vierde hant mag dehein gerihte mit rehte niemer komen, da man umbe blustrunse oder umbe den totslag rihtet in tiuschen landen.

[1] Vgl. Berthold Predigt von den drei Mauern B. 2. S. 63. „Nun kann der Pabst nicht in allen Landen seyn, — darum hat er den Patriarchen und den Kardinälen und den Erzbischöfen und Aebten und Pröbsten und Dechanten und Pfarrern und Unterpfarrern die Gewalt gegeben und verliehen u. s. w., und S. 65: „Es kann auch der Kaiser nicht in allen Landen seyn, und alles Unrecht nicht richten; darum giebt er den Königen die Königreiche zu Lehen, daß sie an seiner Statt die Lande berichten sollen; der König in seinem Königreiche, der Herzog in seinem Herzogthum, und Pfalzgrafen und Landgrafen und anderen Grafen und allen weltlichen Richtern giebt er die Lande zu Lehen u. s. w.

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.

Den koning kuset men ze richtere uber eigen unde uber lehen, unde uber jewelchin mannis liph.

Der keiser ne mach aber in allen steden nicht sin, unde al ungerichte nicht richten zu aller zit; da umme liet her den vorsten graveschaph, unde den greven schultichdum.

An die virden hant ne sol nichen len komen, daz gerichte si uber hals und uber hant;

Sachsenspiegel von 1369.

Den koning kuset man to richtere over egen unde lehen, unde over jewelkes mannes lif.

Die keiser ne mach aver in allen landen nicht sin, unde al ungerichte nicht richten to aller tiet; darumme liet he den vorsten grafscap, unde den greven scultheitdum.

§. 3. An die vierden hant ne mach nen len komen, dat gerichte si over hals unde over hant,

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.
	120. Von vier landen.
	3) Zu c. 119.: in allen landen.] In tiuschen landen hat jegelich lant (²) sinen phallenzgraven, Sahsen hant einen, unde Peigeren hant einen, Swaben hant einen, Vranken hant einen. Disiu vier lant waren hievor (¹) kiunigriche.
	(¹) Daz geschach do Julius ze Rome Kiunig wart, unde er tiuschiu lant betwang. Da wolte Julius niut, daz uber elliu tiuschen riche me kiunigriches were, wan sins, unde ouch iut me kiuniges wan er.
121. Wa man den kiunig be clagen sal.	
	(²) Jegelich rihter sol haben buozze in sinem gerihte, alse im danne gesetzet wirt unde gesetzet ist nach guoter gewonheit.

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.

wen schultichdum alleyne in der graveschaph, durch daȥ nichen richtere echt dinc haben ne mach ane schulteiten; wen clagit men uber den richtere, her sol antwerden vor deme schultechten, went die schulteite is richtere uber die schult; alse is die palanzgreve uber den keiser, unde die borchgreve uber den markgreven.[1]

144. Jewelk dudisch lant hat sînen palanzgreven; Sassen, Baieren, Swaven unde Franken; diȥ waren alle kuningriche;

seder wandelde men ine den namen unde hieȥ se hersogen, seder se de Romere bedwungen;

doch behilden se de vorsten ze manne, unde de vanlen under deme namen; seder hat ine der kaiser beide, vorsten unde vanlehen abe gebrochen.

Jewelk richtere hat gewedde binnen sime gerichte,

[1] Weichb. a. 10. §. 1.

Sachsenspiegel von 1369.

Wen schultheitdum allene in der grafscap, durch dat nen richtere ne mach echt ding hebben ane schultheiten; wenne klaget man oder den richtere, he sal antwerden vor deme scultheiten, wen die scultheite is richtere over den keiser, unde die burchgreve over den marcgreven.

Art. 53. §. 1. Jowelk dudesch lant hevet sinen palenzgreven;[2] Sassen, Beieren, Vranken unde Swaven; dit waren alle koningrike;

seder wandelde man in den namen, unde hiet sie hertoghen, seder sie die Romere bedwungen;

doch behilden sie die vorsten to manne, unde de vanlene under deme namen; seder hebben in die kaiser, beide, vorsten unde vanlen afgebroken.

§. 2. Jewelk richtere hevet gewedde binnen sime gerichte,

[2] Unter den von Homeyer verglichenen Handschriften haben sechs hertogen oder herzogen, zwei fügen hinzu unde palenzgreven, eine hat diesen Zusatz am Rande.

Süddeutscher Urtext	Glossirende Einschiebsel.
	(4) Zu c. 121. Urtext: wan der ist ze rehte rihter uber den kiunig.] Ez en mag dehein rihter bediu, clager unde rihter gesin.
Wen mag dehein furstenamt mit rehte zwein mannen niut gelihen [4]); geschit aber ez, ir dewedere mag mit rehte niut davon ein furste gesin, noch ein furste geheizzen;	
	4) also mag man markgraveschaft, noch phallenzgraveschaft, noch graveschaft; swer diu teilent so hant si ir namen verloren.
Der kiunig sol mit rehte dirre herschifte deheinen in siner gewalt han jar und tag; er soll si hin lihen; duot er des niut, daz clagen die fursten, unde anders, daz in werre, dem phallenzgrave von Rine, wan der ist ze rehte rihter uber den kiunig [5]).	
	5) unde davon hat diu phallentze vil eren.

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.	Sachsenspiegel von 1369.
unde nichene buothe,	unde nene bute,
went die richtere ne mach beide, clegere unde richtere nicht sin.	wen die richtere ne mach beide, klegere unde richtere nicht sin.
Men ne gibt ouch niemande buote, went deme clegere; hi umme spricht men, daȥ die vorsten ane buote sin; des n'is doch nicht.	Man ne gift ok nemanne bute, wen deme klegere. Hirumme seget man, dat die vorsten ane bute sin; des n'is doch nicht.
145. Men ne muot och nichen richte teilen, noch ganz lien noch theil, die, deme iȥ da gelegen is, so daȥ da volge an si, unde iȥ die lantlute liden durven, iȥ ne si eyn sunderlich gravescaf, die in eyn vanlen hore;	Man ne mut ok nen gerichte delen, noch ganz lien noch del, de, dem it dar gelegen is, so dat dar volge an si, unde it die lantlude liden solen; it ne si en sunderlik grafscap, die in en vanlen hore;
die ne mut men nicht ledig haben.	die ne mut man san nicht ledig hebben.
Also ne muot der koning nichen vanlen, her ne virlie't binnen jare und tage.	Also ne mut die koning nen vanlen, he ne verlie't binnen jar unde dage.
Len ane gerichte ne muot niemant haben, her ne si schepenbare vri, und daȥ her deme kunige	Art. 54. §. 1. Len an gericht ne mut neman hebben, he ne si scepenbare vri, unde dat he deme

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.

D. Königseid und Königswort.

122. Wie der kiunig dem riche swert.

Alse man den kiunig kiuset, so sol er dem riche hulde sweren, unde sol in den eit nemen vier ding; das ist daʒ: daʒ er reht sterke unde unreht krenke, unde daʒ riche elliu zit merende sie unde niut ermer mache.[6])

6) Diʒ schribet der kiunig in allen sinen brieven, die er sendet, daʒ er daʒ riche ze allen ziten richende si, unde niut ermer mache.

Alse der kiunig uf den stuol ze Ache gesetzt wirt mit dem merren teile der fursten, die in erwelet hant, so sol er niemer mere deheinen eit gesweren, umbe niut ane ein ding, ob in der babest schuldegot, daʒ er an dem gelouben zwivele[7]);

7) und ob er eine frouwe zer ê nimet;

daʒ hoeret hie zuo niut, swie dicke daʒ geschiht, daʒ er deʒ sweret, wan daʒ ist reht.

Ob er gezing sol sin einer sache, deʒ sol er helfende sin, unde sol sagen bi des riches hulden; daʒ sol man gelouben; unde umbe swele sache ander liute swerent, fur die eide sol er geliubete tuon; daʒ sol man gelouben.

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.	Sachsenspiegel von 1369.
hulde duo na vries mannes rechte, und bi den hulden sech virplege, swen men tuges an ene zut.	kouinge hulde du na vries mannes rechte, und bi den hulden sik verplege, svenne man getuges an in tut.
Alse men den kiunig kieset, so sol her deme riche hulde tuon und sweren, daz her recht sterke und krenke unrecht, unde daz riche vorsta an sime rechte, alse her allerbest kan unde mach.	§. 2. Als man den koning kuset, so sal he deme rike hulde dun, unde sweren, dat he recht sterke unde unrecht krenke, unde it rike voresta an sime rechte, als he kunne unde moge.
Seder ne sol her nymber nichenen eid me thuon, ez ne si daz in der pabes schuldege, daz her an deme rechten gelouben zwivele;	Seder ne sal he nummer nenen eid dun, it ne si dat in die paves sculdege, dat he an'me rechten geloven tvivele;
danach sol her thuch sin aller dinge, der men an ine zet, bi des riches hulden; unde sin gelobede sol her tun vor den eid,	darna sal he getuch sin aller dinge, die man an in tut, bi des rikes hulden; unde sin gelovede sal he dun vor den eid,

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.

E. Person des Königes.

Lammen unde miselsuhtigen man, unde der in dem banne ist, und der in der ahte ist, den suln die fursten niut ze kiunige kiesen; kiesent aber si den, die andren verwerfent in wol mit rehte an der stat, da ein hof hin gesprochen wirt, ob man in dirre dinge eines uberkumet, alse reht ist.

123. Wer ze kiunige edel genug ist.

Diu fursten suln kiesen einen kiunig, der ein vrier herre si, unde alse vri, daz sin vater und sin muoter vri gewesen si, unde der vater und der muoter vri gewesen si [8]. Si suln niut sin man, wan der phaffenfursten man, unde suln mitelvrien ze man han.

8) Unde hant si wip genomen, so man si kiuset, unde ist diu niut alse vri, so sol man si niut kiusen, wan daz were wider reht.

Alse der kiunig erwelt wirt, von swelhen landen er geboren ist, daz reht hat er verloren und sol haben frenckesches reht [9]) [10]).

9. Swen man welt ze kiunige, der sol sin reht wol behalten han, alse hie vor gesprochen ist von den rihtern, wie die suln tuon, unde wie si suln sin, so man si welet.

10) Die Franken hant daz reht: unde slahent si einen man ze tode, si [en] werden an der getat be-

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.	Sachsenspiegel von 1369.
da men den vrede sweret.	dar man vrede sweret.
146. Lamen man unde miselsuchtigen man, noch den der in des pabeses ban mit rechte comen is, den ne mut men nicht zu kuninge kiesen.	§. 3. Lamen man, noch meselseken man, noch den, die in des paves ban mit rechte komen is, den ne mut man nicht to koninge kiesen.
Der kunig sol sin vri unde echt geborn, so daȥ her sin recht behalden habe. Vrgl. L. R. B. Glosse 9.	Die koning sal wesen vri unde echt geboren, so dat he sin recht ok behalden hebbe.
Der kunig sol haben frenkesch recht swen her gecoren wirt, von welker bord daȥ her si;	Die koning sal hebben vrenkesch recht, swenne he gekoren is, von swelker bord he ok si;
wen alse der Franke sin liph nicht virwerken ne mach, her ne werde in der hanthaften tad gevanghen,	wanne alse die Vranke sinen lif nicht verwerken ne mach, he ne werde in der hanthaften dat gevangen,

Süddeutscher Urtext	Glossirende Einschiebsel.
	griffen, daȥ man ir eit nemen můȥ, ob si swerent went, daȥ si unschuldig sin; und werdent si an der getat gevangen, so sol man ir eides niut nemen; so rihtet man uber si alse uber ander liute.

124. Wer uber den kiunig urteil sprechen mag.

Dem kiunige mag nieman an den lip gesprechen, im werde daȥ riche ê verteilet mit der fursten urteil.

Uber des kiuniges lip unde uber sin ere mag nieman urteil gesprechen wan die fursten; unde krieget er mit jeman umbe guot, oder umbe ander ding daȥ des riches ist, da suln uber sprechen fursten, unde vrien, unde graven unde deȥ riches dienestman.

Unde ist, daȥ ein kiunig eigen hat, so er erwelt wirt, daȥ git er mit rehte an daȥ riche, ob er wil; lat aber er kinder hinder im, diu erbent eȥ mit rehte, wan diu kinder erbent deȥ riches guot niut. Unde stirbet der kiunig ane kint, unde hat er daȥ eigen niut gegeben an daȥ riche, so erben eȥ die nehsten erben.

F. Fürstenrecht.

125. Wer uber fursten urteil sprechen und rihten mag.

Uber der fursten lip unde uber ir gesunt sol nieman rihter sin, wan der kiunig.

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.

oder yme si sin frenkisch recht virteilt,

alse ne mach deme kuninge nieman an sin liph sprechen, yme ne si daz riche voren mit ordelen virteilet.

146. Uber der vorste liph unde ir gesunt ne mut neman richtere sin, wan der kuning.

Sachsenspiegel von 1369.

oder ime ne si sin vrenkesch recht verdelet,

also ne mach deme koninge neman an sin lif spreken, ime ne si dat rike vore mit ordelen verdelt.

Art. 55. §. 1. Over der vorsten lif unde ire gesunt ne mut neman richtere sin, wan die koning.

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.

G. Vertretung des Königes.

Und vert der kiunig von tiuschem lande, so sol er einen hof gebieten an die stat, da er ze rehte sin sol; da sol er dem phallentzgraven von Rine den gewalt geben, daz er rihter si an dez kiuniges stat; unde git er im des gewaltes niut, so hat er kein reht daran.

Er sol ouch alle sine Juden, diu in tiuschem lande sint, sinem kantzeler emphelhen; daz ist der bischof von Megentze; [11])

11) unde emphilhet im der kiunig die Juden niut, er phliget ir doch mit rehte.

H. Vollziehung der Reichssprüche.

126. Des riches vronebotte.

Swer vor dem riche wirt verurteilt, uber den sol nieman rihten, wan der rehte fronebotte. ([4]) [12])

([4]) Etwa heizzent si rihter, etwa gebuttele, etwa stockwerter, etwa anders.

12. Unde ist ir reht ([5]), alse einer niun mannen oder wiben den lip genimet, so ist der zehende sin. Den lose man von im, alse er'z statte an ihm vinde.

([5]) Diz reht suln si haben in allem tiuschen lande.

127. Wie man vronebotten welt.

13. So der vronebotte von dem kiunige oder von andren rihtern

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.	Sachsenspiegel von 1369.



Uber schepenbare lude, swenne se iren liph virwerken unde virteilet sin ne muot nemant richten, wen die echte vrone bode.

Vgl. unten S. 105 a. E.

§. 2. Oven scepenbare vrie lude, swenne se iren lif verwerken unde verdelet sin, ne mut neman richten, wenne die echte vronebode.

Swen die echte vronebode von deme richtere und von den sche-

Art. 56. §. 1. Swenne die vronebode von deme richtere gekoren

Süddeutscher Urtext	Glossirende Einschiebsel.
	erwelt wirt, so sol er dem kiunige hulde sweren.
	Unde alle, die uber die libe rihtent, die suln vri(*) sin; (*) lantsessen vrien.
	Unde swenne man in kiuset, so sol in der rihter nemen bi der hant, unde sol in setzen uf einen stuol, unde ein kiussin sol daruffe sin, unde sol im die heiligen uf die schoze setzen, unde sol sweren daz er reht sterke unde das unreht krenke, alse verre alse er minge; und daz er siner herschefte alse getriuwe unde gewere si, unde im niut sage, wan die warheit.
	Alse daz geschiht, so hat er den gewalt ze phendenne und ze stettene ein jegelich guot, daz mit urteil dazuo kumet.
	Tuot aber er unreht damit, so mag er sinen lip unde sin guot verwirken als ein ander man.
	Swert sol er niut tragen noch furen.
	Unde ist im jeman rehtes wider, so sol er den liuten dar ruoffen; die suln im gerihtes helfen; unde swer im des wider ist, der sol dem rihter buozzen.

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.	Sachsenspiegel von 1369.
pen gekoren wird, so sol her deme koninge hulde thun, na vries mannes rechte.	wert, so sal he deme koninge hulde dun na vries mannes rechte,
So sol ine der richter nemen bi der hant, unde setzen ine uph eyn kussen unde uph eynen stuol jegen sech, unde sol yme die heiligen tuon in den schoʒ, unde vrede werken yme zu rechte.	So sal ine die richtere nemen bi der hant, unde setten in upen kussen und up enen stul jegen sik, unde sal ime die hilgen in den schot dun, unde vrede werken to rechte.
So hat die vronebode gewalt, daʒ her phanden unde bestedegen muot, unde vronen jewelken man unde sin guot mit rechte, da her mit ordelen zu gegeben wirt.	§. 2. So hevet die vronebode gewalt, dat he panden unde bestedegen mut, unde vronen jowelken man unde sin gut mit rechte, dar he mit ordelen to gegeven wert.
Duot aber her unrecht, her mach sinen liph und sin guot virwerken also eyn ander man.	Dut aver he unrechte, he mach sin lif unde sin gut verwerken als en ander man.
Swert ne sol er nicht vuren noch nicheyne were.	Swert ne sal he nicht vuren noch nene were.
Wederstat man ime rechtes, mit deme geruchte sol her daʒ lant dazu laden, unde become rechtes, ob her moge; ne mag her iʒ nicht becomen her clage deme richtere.	Wederstat man ime rechtes, mit deme geruchte sal he dat lant dar to laden, unde bekome rechtes, of he moge; ne mach he's nicht bekomen, he klage't deme richtere.
Sin recht is och der zehende man, den men virteilen sol, daʒ her ine zu losene thu.	§. 3. Sin recht is ok die tegede man, den man verdelen sal, dat he ine to losene du.
Unde swar eyn guot erbelos irstirbt von manne oder von wibe,	Unde swar en gut ervelos irstirft von manne oder von wive,

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.

I. Verhältniß des Kaisers zum Pabste.

128. Wie man den keiser bannen sol.

Den keiser sol nieman bannen wan der babest. Daȥ sol er niut wan umbe drie sache, daȥ eine ob er an dem gelouben zwivelt; daȥ ander, ob er sin êwip varn lat; daȥ dritte ist, ob er gotteshuser zerstoret.

Diȥ ist sin reht, so er ze keiser gewihet wirt. Unde tuot er davor einem bischofe iut oder einem andern herren, er sol eȥ aber dem phallentzgraven bi dem ersten clagen; der sol'ȥ sinem erzebischove clagen, und der mag in mit rechte ouch wol bannen.

K. Königswahl.

1. Wahlort.

129. Wie man den kiunig kiuset.

Alse man den kiunig kiesen wil, daȥ sol man tuon ze Frankenfurt. Und lat man die fursten niut in die stat, so mugen si in mit rehte kiesen vor der stat; unde alse si

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.	Sachsenspiegel von 1369.
daȥ ertstadelege corn is sin, und des mannes dagelekes cleidere.	dat ertstadelege korn is sin, unde des mannes dagelike kleidere.
Swar men ouch eigen gibt, unde vrede uber werket, da sol her dri schillinge abe haben.	Swar man ok egen gift, unde dar vrede over weret, dar sal he dre schillinge af hebben.
Eynen man von jewelkem dorphe muot her wol dinges irlaȥen, ob her nicht beclagit n'is, sunder den burmeister.	Enem manne von jewelkeme dorpe mut he wol dinges erlaten, of he nicht beclaget n'is, sunder den burmester.
147. Den keiser ne muot der pabes noch neman bannen, seder der zit, daȥ her gewiet is, ane umme dri sache: ob her an deme rechten gelouben zwivelit, oder sin echte wif leȥt, oder gotteshus zustoret.	Art. 57. §. 1. Den keiser ne mut de pawes noch neman bannen, seder der tiet, dat he gewiet is, ane umme dre sake: of he an'me geloven twivelt, oder sin echte wif let, oder godeshus tostoret.

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.

den kiunig gekiesent, so sol er die stat und diu liute, die dar inne sint, ze ahte tuon, ê daʒ er von der stat var. Unde alse si sechs wochen in der ahte sint, so sol si der bischof von Megentze ze banne tuon; als si dar inne sint sehs wochen und einen tac, so suln si mit rehte alle pischove ze banne tuon, unde wil der kunc er mac si bringen in des pabest ban.

2. Wahlfürsten.

130. Von des kunges kur.

Den kunc suln kiesen dri phaffen fursten und vier leigen fursten.

Der bischof von Magenze ist kanzlaer ze tiuschem lande; der hat die ersten stimme an der kur; der bischof von Triele die andern kur, der bischof von Koln die dritten.

Under den leigen ist der erste an der stimme ze weln der phalzgrave von dem Rine, des riches truchsaeʒe; der sol dem kunge die ersten schulʒeln tragen; der ander ist der herzoge von Sahsen, der sol dem kunge sin swert tragen; der dritte ist der marcgrave von Brandenburg, des riches kamerare; der sol dem kunge waʒʒer geben.

Der vierde daʒ ist des riches schenke, der sol dem kunge sinen becher tragen.

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.	Sachsenspiegel von 1369.
In des keyseres core sol die erste sin der biscoph von Trire; die andere die bischoph von Megenze; die dritte der bischoph von Colne.	§. 2. In des keiseres kore sal die erste sin die bischop von Megenze; die andre die von Trere, die dridde die von Kolne.
Under den leien is der erste in deme core der palanzgreve von'me Rine, des riches druȥte; die andere die marschalk, der herzoge von Sassen, die dritte die kemerere, der markgreve von Brandenburch.	Under den leien ist die erste an'me kore die palenzgreve von'me Rine, des rikes druȥte, die andere die hertoghe van Sassen, die marschalk; die dridde die markgreve von Brandeburch, die kemerere.
Die schenke des riches, der kuning von Bemen der ne hat nichenen core,	Die schenke des rikes, die koning von Behemen, die ne hevet nenen kore,

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.
Dise vier suln tusche man sin von vater und von můter, oder von ir eintwederm.	
3. Wahlhandlung.	
Und wen si in weln, so suln sie gebieten ein gespraeche hin ze Frankefurt. Daʒ sol gebieten der bischof von Magenze bi dem banne, und der phalzgrave von dem Rine bi der aehte.	
Sie sullen dar gebieten zuo dem gespraeche ir gesellen, die mit in da weln sullen; darnah den andren fursten, als vil si der gehaben mugen.	
Darumbe ist der fursten ungerade gesetzt, ob dri an einen gevallen und vier an den andren, daʒ die drie den viern volgen suln, und also sol jediu minner volge der merren volgen; daʒ ist an aller kur reht.	
E daʒ die fursten kiesen so suln si uf den heiligen swern, daʒ si durch guotes miete, daʒ in geheiʒen si oder gegeben si, noh durch liebe, noh durch leide, noh durch rache niht en weln, daʒ gevaerde heiʒe, wan als in ir guot gewiʒʒen sage.	
	14. Swer anders welt, wan als hie geschriben stat, der tuot wider got und wider reht. Und wirt ir einer uberreit (¹), daʒ er guot gelobt hat ze nemen oder genomen hat, daʒ heiʒet symonie; der

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.	Sachsenspiegel von 1369.
durch dat her nich dudisch n'is.	umme dat he nicht dudesch n'is.
Sint so kiesen des riches vorsten alle, paffen unde leien.	Sint kisen des rikes vorsten alle, papen unde leien.
Die zu deme ersten an deme core benant sin, die ne solen nicht kiesen nach irme muotwillen; wen swene die vorsten alle ze kuonige irwelet, den sollen se allererst bi namen kiesen.	Die to'me ersten an der kore genant sin, die ne solen nicht kiesen na iren mutwillen, wenne, swen die vorsten alle to koninge irwelt, den solen sie allererst bi namen kiesen.

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.

hat seine kur verlorn, und sol si nimer mer wider gewinnen, und ist darzuo meineide.

(*) Ditz sol geschehen da der kunc einen hof gebiutet. Dar sol man demselben och gebieten, er si leigenfurste oder phaffenfurste; und kumt er nit dar, man sol im anderstunt z'em andern hove gebieten, und z'em dritten, und kumt er dahin niht, so sol man in meineide sagen; und swaz er von dem riche hat, daz ist dem riche ledic; und sol in der kunc ze aehte tuon. Und ist er ein phaffenfurste, der kunc sol uber in rihten als uber einen leigen, und er sol dem pabst sriben, wie ubel er gevarn habe, und wie er sine triuwe an der cristenheit gebrochen habe, und haize daz bewaern vor dem babest. So daz geschiht, so sol in der babst scheiden von allen sinen phaflichen êrn, und sol sin bistum eim andern bischoff lazen, und er sol darnah leben, als în der babest haizet leben. Wan der babst volleclichn gewalt hat, so mac er im sin bistum lân und sine phafliche ehre; daz stet an sinen gnaden.

Und wirt der kunc derselben schulde uberkomen, so ist er ze unrecht an dem riche; da sol man in umb beclagn vor dem phalzgraven von dem Rine. Niemen mac geziuc uber în sin umb die schulde wan die fursten, si sin phafen oder leigen.

L. Fürstenlehen.

Dez riches fursten suln deheinen herren han, von dem sie lehen haben, der ein leige si, wan

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.

148. Deȝ riches vorsten ne sollen nichenen leien zu herren haben, wen den koning.

Sachsenspiegel von 1369.

Art. 58. §. 1. Des riches vorsten ne solen nenen leien to herren hebben, wen den koning.

Süddeutscher Urtext	Glossirende Einschiebsel.
den kunc. So mogen sie fursten gesien.	
134. Vanlehen.	
	15) Eȝ ist dehein vanlehen, davon ein man furste muge sin, er enphah eȝ mit sins eins hant von dem kunge. Swer ein lehen enphahet von einem, der eȝ vor im enphangen hat, der heiȝȝet niut der vordrost an dem lehen, unde mag niut geheiȝȝen princeps, ein furste.
132. Zepterlehen.	
	16) So man kiuset bischove oder abbete, oder ebttischinna, die gefurstet sint, diu mugen niut lehen gelihen, ê daȝ si ir reht entphahent von dem kiunige.
Der kaiser sol lihen allen geistlichen fursten ir reht mit dem zepter ([16]), unde allen weltlichen fursten mit den vanen[17]).	
	17) Der kiunig sol dehein vanlehen in siner gewalt han jar und tag, er sol'ȝ hin lihen. Vrgl. c. 121. lit. c.

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.	Sachsenspiegel von 1369.
Iz n'is nichen vanlen, da die man abe moge vorste wesen, her ne untfa iz von deme kuninge.	§. 1. It n'is nen vanlen, dar die man af moge des rikes vorste wesen, he ne untva't von deme koninge.
Swaz eyn ander man von yme untfath, dar n'is jene die vurderste an deme lene nicht, wan iz eyn ander vor yme untfenk, unde ne mach des riches vorste da an nicht sin.	Swat so en ander man vor ime untveit, dar n'is jene die vorderste an'me lene nicht, went it en ander vor ime untfeng, unde ne mach des rikes vorste dar af nicht sin.
149. Swen men kuset bischopphe oder ebde oder ebdischen, die den herschilt habit, daz len sollen se untfan vore, unde de bisorge na. Swenne se daz len untfangen habent, so mogen se lenrecht tuon, unde nicht ir.	Art. 59. §. 1. Svenne man kuset bischope oder ebbede oder ebbedischen, die den herschilt hebben, dat len solen sie vore untvan unde die bisorge na. Svenne sie dat len untvangen hebben, so mogen sie lenrecht dun, unde nicht êr.
Swar men bischopphe oder abbede oder ebdischen nicht ne kieset binnen ses wochen, da de lenunge an den kaiser gat, her liet iz sweme her wil, die sech redeliche gehandelit haben.	§. 2. Swar man bischope oder abbede oder ebbedischen nicht ne kuset binnen ses weken, dar die lenunge an den keiser gat, he liet it sweme he wel, die sik redelike gehandelet hevet.
150. Die keiser liet alle geistliche vorstenlen mit deme ceptre, al werltliche vanlen liet her mit vanen.	Art. 60. §. 1. Die keiser liet alle geistlik vorstenlen mit deme sceptre, alle werltliche vanlen liet he mit vanen.
Nichen vanlen ne muot her och haben jar unde tach ledich.	Nen vanlen ne mut he ok ledich hebben jar unde dach.

Süddeutscher Urtext	Glossirende Einschiebsel.

M. Verhältniß des Königs zu den Städten und Landesherrn.

133. Von des kiuniges gewalte.

In swelhe stat der kiunig komet, diu in dem riche lit, daʒ ist, diu wile er da inne lit, diu munze, unde der zoll, und daʒ gerichte ist sin. Er sol sol alleʒ daʒ rihten, daʒ in der stat unde in dem lande ze rihten ist; ane daʒ deʒ begunnen ist ze rihtenne; daʒ suln die rihter[18]) wolle uʒ rihten, die deʒ begunnen hant ze rihtenne.

134. Von des kiuniges rehte.

In swelh lant oder stat der kiunig kumet, so sol man im antwurten alle die gevangenen, die da inne sint, und sin botte sol die uf die die gevangen clagen, heischen, unde swer sinem botten verseit, den sol er ze ahte tuon, oder er ist niut rihter.

135. [Wie man lanttegeding haben sol.]

18) Uber ahzehen wochen sol ein jegelich furste, unde ein jegelich herre, der gerihte von dem kiunige

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.	Sachsenspiegel von 1369.
In swelke stat die kuning kumt binnen deme riche, dar is yme ledich munte unde toln, unde in swelk lant her kumt, da is yme ledich daʒ gerichte, daʒ er wol richten muot alle[1] de clage de vor gerichte nicht begunt noch nicht gelent sin.	§. 2. In swelke stat des rikes de koning kumt binnen deme rike, dar is ime ledich monte unde toln; unde in svelke lant he kumt, dar is ime ledich dat gerichte, dat he wol richten mut alle die klage, die vor gerichte nicht begunt noch nicht gelent ne sin.
Swen der koning och allererst in daʒ lant kumt, sollen yme ledich sin alle vangene upphe recht, unde men sol se vor ene bringen, unde mit rechte virwinnen oder mit rechte laʒen, so men se erst besenden mach, seder der zit, daʒ se der koning eschet zu rechte oder sine boden, zu deme manne selben oder zu deme hove oder zume huse, da se gevangen sin. Weigert men se vor zu bringene, sint men se zu rechte geeschet hat, unde men des getuch hat an des kuninges boden, men dut se zehant in die achte, alle die se vengen, beide, hus unde lude, die se weder recht haldet.	§. 3. Svenne die koning oc alrest in dat lant kumt, so solen ime ledich sin alle vangene uppe recht, unde man sol se vor ine bringen, unde mit recht vorwinnen oder mit rechte laten, so man sie irst besenden mach, seder der tiet, dat sie de koning eschet to rechte oder sine boden, to dem man selven oder to'me hove, oder to'me huse, dar sie gevangen sin oder hebbet gewesen. Weigeret man, si vore to bringene, sint man sie to rechte geeschet hevet, unde man des getuch an des koninges boden hevet, man dut to hant in de achte alle die sie vengen, unde hus unde lude, die sie weder recht halden.
151. Uber achzen wochen sol die greve sin ding uʒlegen, buten den bundenen tagen, zu echter	Art. 61. §. 1. Over achtein weken sal die greve sin ding utlecgen, buten den gebundenen dagen,

[1] Hs. alse.

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.
	enphangen hat sin lanttegeding haben.
	(9) Dehein herre mag deheinen vrone botten han, er si vri;
	und sol darzuo belehent sin mit einer halben huobe zem minsten. Die selben suln die liute toeten, unde anders nieman; swer anderz jeman toetet, da wirt der rihter; und der ez da tuot, die sint vor gote schuldig an den liuten.
	(10) Wen sol gerihtes warten von der zit, daz diu sunne uf gat untz ze mittentage; und ist der rihter da, swer danne dar niut kumet, der ze rehte dar kumen sol, der wirt wethaft; unde kumet der rihter dar niut, so wirt nieman wethaft; unde ist jeman dar gebotten, der ist dez furgebottes lidig unde ouch dez tages.
N. Königshof.	
1. Wo der König Hof halten soll.	
136. War der kiunig hof gebieten sol.	
Fünf stete ligent in Sahsen, da der kiunig hof hin gebieten sol; diu erste ze Grune, diu ander ze Walhusen, diu drite ze Goslaeren, diu vierde ze Altenstetten; diu funfte ze Merstburc. Da sul der Kunc mit rehte hoven.	
	19) Siben vanlehen sint in dem lande ze Sahsen; die phalnz, und diu marche ze Brandenburc, und

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.

dingstat, da die schulteite unde scheppen unde vronebode si.

Iʒ ne mach neman schulteite sin, he ne si vri, unde geboren von deme lande, da daʒ gerichte binnen leget.

Die bodel sol zu ministen haben eyne halbe huove eigenis.

Gerichtes sollen warden alle die dingplichtich sin, von dem male daʒ de sunne uphga wente zu mittentage, ob die richtere da ist.

151. Funf stede, die palenze heiʒen, leghen in' me lande zu Sassen, da die Kuning echte hove haben sol; die erste is Gruna; die andere Werla, die is zu Goslaere geleget; die dritte is Walehusen; Olzstede is de virde; Merseburch is die fumfte.

Seben vanlen sint och in deme lande zu Sassen; daʒ herzogdum zu Sassen und de palanze, de marke

Sachsenspiegel von 1369.

to rechter dingstat, dar de scultheite, unde die scepenen, unde die vronebode si.

§. 2. It ne mach neman scultheite sin, he ne si vri, unde geboren von deme lande dar't gerichte binnen leget.

§. 3. Die bodel sal to minsten hebben ene halve hove egenes.

§. 4. Gerichtes solen warden alle die dingpflichtich sint van des dat die sunne upgat wente to middage, of die richtere dar is,

Art. 62. §. 1. Vif stede die palenze heten liegen in' me lande to Sassen, dar die koning echte hove hebben sal; die erste is Gruna, die andere Werle, die is to Goslere geleget; Walehusen is die dridde, Alstede die vierde, Merseburch die vefte.

§. 2. Seven vanlen sint ok in' me lande to Sassen; dat hertochdum to Sassen unde die palenze,

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.
	diu lantgrafschaft ze Durgen, diu marche ze Missen, diu marche ze Lusitz, diu graveschaft ze Aescherleve. Ez sint och zwei erzbistuom in dem lande ze Sahsen, und funfzehen andriu. Dem von Meideburc ist undertan der bischof von Niunburc, und der von Mersburc, und der von Missen; und der von Brandenburc, und der von Havelbergen, und der von Camine. Der bischof von Maginze hat vier under im in dem lande ze Sahsen, den von Halberstat, und den von Hildensheim, und den von Balbrunnen. Dem von Koln ist undertan der von Oesenbrugke und der von Minden, und der von Munstere. Der erzbischof von Bremen der hat under im den von Liubegge, und den von Zwirin und den von Karspurc.

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.

zu Brandenburch, de lantgravschaph zu Thuringen, de marke zu Misne, die marke zu Lusatz, de graveschaph zu Aschersleven.

153. Och sint zwei erzebischophdum in' me lande zu Sassen, unde fumfzen andere Die von Magdeburg deme ist undertan der bischoph von der Nuwenburch[1], unde die von Merseburch[2], unde die von Misne[3], unde die von Brandeburch[4], unde de von Havelberge[5].

Die bischoph von Megenze hat vier undertane inme lande zu Sassen: den bischoph von Halberstad[6], unde den von Hildensen[7], den von Verden[8] unde den von Padeborne[9].

Der bischoph von Osenbrucke[10] unde von Mynden[11] unde von Munstere[12] sint undertan deme von Colne.

Der ercebischop hat under yme den von Lubeke[13], unde den von Swerin[14], unde den von Raceborch[15].

154. Constantin der kuning gab deme pabese Silvestro werlic gewedde zu deme geistlichem, die sechzic schillinge, mede zu dwingene alle diejene, die gote nicht bezzern willen mit deme libe, daz men se damede dwinge, mit deme guode, gote gehorsam zu wesene. Aldus sol icliges gerichte ... unde werlic ubereyn tragen, swaz deme

Sachsenspiegel von 1369.

die marke to Brandenburch, die lantgrafscap to Doringen, die marke to Misene, die marke to Lusitz, die grafscap to Aschersleve.

§. 3. Ok sin tvei ertzebischopdume in' me lande to Sassen unde veftein andere. Dem von Megeburch is underdan die bischop von der Nuenburch, unde die von Merseburch, unde die von Misene, unde die von Brandeburch unde die von Havelberge.

Die bischop von Megenze hevet vier underdanen in 'me lande to Sassen: den biscop von Halverstat, den biscop von Hildensen, unde den von Verden, unde den von Padelborne.

Die biscop von Osenbrücge, unde die von Minden unde die von Munstere, die sint underdan deme von Kolne.

Die ertzebischop von Bremen hevet under ime den von Lubeke, unde den von Zverin, unde den von Raceburch.

Art. 63. §. 1. Constantin de koning gaf deme pavese Silvestro werltlik gewedde to' me geistliken, die sestich schillinge, mede to dvingene alle jene, die gode nicht beteren ne willen mit deme live, dat man sie darto dvinge mit deme gude. Alsus sal werltlik gerichte unde geistlich overen dragen, svat so deme enen wederstat, dat man't

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.

137. War der kiunig hof gebieten sol.

Der kunik giht er sul in allen steten, da bistum inne siut[20]), hof gebieten; da criegten etwenne die phaffenfursten wider; die hant ir criec nu gelaʒen; er sol och sinen hof gebieten ze Frankenfort, und ze Nurenberc, und ze Ulme; in ander stete die des riches sint, darin mac er wol gebieten sin gespraeche mit reht.

20) Zu den worten: da bisthum inne sint.] Hat ein herre ein houbestat, daʒ ist, da bistum inne sint, und hat er darinne ein gerihte umbe bluotregen, und wirt einr darinne ze aehte getan, und horent andriu gerihte in daʒ gerihte, daʒ niht houpstete sint, der in der houptstat ze aehte ist getan, der ist in allen den steten ze aehte getan, die den hern anhornt, des diu stat eigen oder lehen ist; und wirt ein man in dem nidern ge-

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.	Sachsenspiegel von 1369.
eynen wederstat, daʒ men iʒ mit deme anderen dwinge, rechtes zu plegene.	mit deme anderen dvinge gehorsam to wesene unde rechtes to plegene.
Die ban schadet der sele unde ne nympt doch nemande den liph, noch ne krenket nemande an lantrechte noch an lenrechte, da ne volge des kuninges achte na.	§. 2. Ban scadet der sele unde ne nimt doch niemanne den lief, noch ne krenket niemanne an lantrechte noch an lenrechte, dar ne volge des koninges achte na.
Vestinge nympt deme manne daʒ liph, ob her begriffen wirt da binnen, unde nicht sin recht, swo lange her da inne is.	§. 3. Vestinge nimt dem manne sin lif, of he begrepen wirt dar binnen, unde nicht sin recht, swo lange he dar an is.

Süddeutscher Urtext. | Glossirende Einschiebsel.

rihte ze aehte getan, so ist er nit wan in dem einen gerihte zu aehte.

([11]) Swer den aehter huset oder hovet, in steten oder uf burgen, oder swa man sie beschirmet mit wiȥȥen, und ist er vierzehen tage in der aehte gewesen, die sint alle mit derselben schulde begrifen bi den der aehter ist; wil aber sich des jeman entschulden, daȥ er nit en wesse, daȥ er in der aehte was, der swer deȥ zen heiligen, und si ledic. Behaltet aber man în in einr stat offenlich und vraevellig, und mac man daȥ bewaern selbe drite, hat diu stat mur, die sol man uf die erde brechen: hat si tulle, man tuot daȥ selbe, hat si der deweders, und hat si graben, den sol man ebenen; hat si der aller keinz man sol die stat brennen, ane der lute schaden, die niht schulde daran habent mit wiȥȥen; geschiet aber jemen kein leit und kein schade danne der burgaern, den suln die burgaer gelten. Daȥ selbe geriht sol man uber die burge haben und uber dorfer, oder swa man si behaltet wider disem rehte, als hie vor gesriben ist, davon sol der aehter unmaer sin.

2. Wie der König Hof gebieten soll.

138. Wie der kunc hof gebieten sol.

So der kunc einen hof wil gebieten, den sol er gebieten uber sehs wochen, und sol în den fursten und andern herrn kunden mit versiegelten brieven.

155. Biedet der Kuning des riches dienst oder sinen hof mit urdelen, unde lazet her ine kundegen den vorsten, mit sinem brieve unde ingesigele, ses wochen ir her werden solle

Art. 64. §. 1. But die Koning des rikes dienst oder sinen hof mit ordelen, unde let he ine kundegen den vorsten mit sinem brieve,

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.

Si suln den hof suochen ze tuschem lande, und nit furbaz.

Und swer dar niht kumt der ist dem kunge schuldic eines gewettes.

Der furste wetet hundert phunt der munze, die er von im ze lehen hat; und hat er me munze von im ze lehen danne eine, er sol im die swaersten und die besten geben.

Ein vrier herre wetet funfzec phunt; und hat er munze von im ze lehen, das ist daz selbe reht; und hat er ir niht, so geb im des bischofes munze, in des bistum er gesezzen ist;
der mitelvrie zweinzec phunt och alsam;
der dienstman zehen phunt, und darnah allerhande lute zehen pfunt.[21])

Ditz ist also gesetzet: versumt ein man den ersten hof, er git diz gewette; versumt er den andern, er git ez anderstunt, versumt er den driten, der kunc sol mit deren fursten urteil den fursten ze aehte tuon; der sol ze minsten siben sin; und also sol man den vrien herren und jeden man mit sinen genozzen ze aehte tuon. ([12]) ([13])

([12]) Umbe die schulde hat ein jegelich man daz reht, alse er sehs wochen unde einen tag in der ahte ist, das man in mit rehten in den ban tuot; daz reht hat der ban hinwider.

([13]) Wie man uber die ehter und uber die verbannen liute rihten sol,

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.	Sachsenspiegel von 1369.
den sollen se suchen binnen dudischer art, swa her is; lazent se, sie wedden da ume.	den solen se suken binnen dudischer art, svar he is; laten sie 't, sie wedden darumme.
Die vorsten, die vanlen haben wedden deme kuninge hundert phunt;	§. 2. Die vorsten die vanlen hebbet die wedden deme koninge hundert punt;
al andere lude weddent zen phunt, da men um ungerichte nicht ne weddet.	alle andere lude wedden tein punt, dar man um ungerichte nicht ne weddet.

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.
	oder welh reht die haben, daz ist, als hie vor geschriben.
	21. Diz gewette ist aller rihter gewette niut ([15]); wen wettet jedem rihter nach sinem rehte oder nach guoter gewonheit. ([14])
	([14]) Wen sol ouch einem jegelichen man sin laster buozzen nach siner geburt unde nach siner werdekeit, wen sol ouch niut ahten der buozze, wer der man gewesen ist, wen sol ahten wer der man jemitten ist.
O. Fürstenhöfe. 139. Wie leigen fursten hof suln han.	
	([15]) Ein jegelich furste hat nach sines landes gewonheit buozze; also hant ander herren buozze unde ouch die rihter nach ir gewonheit,
	doch sagen wir die alten buozze, die die kiunige den herren gesetzet hant.

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl. | Sachsenspiegel von 1369.

Deme herzogen weddet och zen phunt jewelk edele man.

§. 3. Deme hertogen weddet ok tein punt jewelk edele man.

Der jegenode is genug binnen deme herzogdume, die sunderlich recht wollen haben; also Holtzeten, unde Hedelere, unde Storinere;
von yrme rechte noch von irme gewedde ne sprech ich nicht.

Der jegenode is doch genuch binnen deme hertochdume, die sunderlik recht willen hebben, alse Holseten unde Stürmere, unde Hedelere.
von irme rechte, noch von irme gewedde ne secge ik nicht.

Sechzig schillinge weddet men deme greven unde och deme vogede, der under koninges banne dinget, ob her den ban von deme kuninge selben hat.

§. 4. Sestich schillinge weddet man deme greven unde ok deme vogede, die under koninges banne dinget, of he den ban von' me koninge selve hevet.

Kuninges ban ne mut neman lyen, wan der kuning selben.

§. 5. Koninges ban ne mut nieman lien, wen die koning selve.

Der kuning ne mach mit rechte nicht weigeren den ban ze liene deme daz gerichte gelegen is.

Die koning ne mach mit rechte nicht weigeren den ban to liene, deme it gerichte gelegen is.

Verliet en greve siner grafscap en deil, oder en voget siner

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.

22. Eȝ sint sumliche leigen fursten, die daȝ reht hant, daȝ si hoeve gebieten fur sich selben. Daȝ reht hant si von dem kiunige.

Wem si hof gebieten suln, daȝ suln wir iu sagen.

Ist es ein herzoge oder ein ander leigen furste, unde sitzend bischove in sinem furstenampte,

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.

Den ban liet men ane manschaph.

Palanzgreven unde lantgreven dingen under kuninges banne, alse die greve; dene weddet men ouch sechzig schillinge; jewelkeme markgreven drizig;

deme schulteiten weddet men achte schillinge, sine biergelden;

deme belenden vogede, die des kuninges ban nicht ne hat, deme weddet men dri schillinge zu me hogesten;
deme gogreven ses phenninge oder eynen schilling, al we dar der lantlute core stat;

deme burmeistere weddet men ses phenninge, unde underwilen dri schillinge vor hut unde har; daz ist der bure gemeyne zu virtrinkene.

Sachsenspiegel von 1369.

vogedie, dat is weder recht; die belende man ne mut dar over nenen koninges ban hebben, als man ine von ime dulden dorve.

Ban liet man ane manscap.

§. 6. Palenzgreven unde landgreven dingen under koninges banne als die greve; den weddet man ok sestich schillinge.

§. 7. Jewelkeme markgreven drittich schillinge;
die dinget bi sines selvis hulden;

§. 8. deme scultheiten weddet man achte schillinge, sine biergelden;

§. 9. deme belenden vogede, die des koninges ban nicht ne hevet, deme weddet man dre schillinge to me hogesten;

§. 10. deme gogreven ses penninge oder enen schilling, al we dar der lantlude kore stat.

§. 11. Deme burmeistere weddet man ses penninge, unde underwilen dre schillinge vor hut unde vor har; dat is der bure gemene, to verdrinkene.

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.

die suln sinen hof suochen. Also sprechen wir, ob diu stat, davon er bischoph heizzet in sinem furstenampte lit. Swie vil er anders guotes in sinem lande hat, davon suochet er siner hoeve niut.

Allez daz reht, daz der künig hat gegen den, die sinen hof niut suochent, daz selbe reht hat der herzoge gen den, die sinen hof niut suochent.

Ditz reht hant mit rehte alle leigen fursten an ir hoven, die mit rehte hof gebieten suln.

Ein leigen furste mag mit rehte einem andren leigen fursten niut hof gebieten, ob er daz reht hat, daz er ouch hof gebutet; und hat er dez rehtes niut, unde hat er guot und burge in sinem lande oder stette, er sol mit rehte sinen hof suochen.

Diz selbe reht hant si ouch umbe graven, und umbe vrien, unde umbe dienestman, die so getan guot in ir lande hant, daz burge und stete sint; hant si ander guot in ir landen, so sint si ze rehte lidig, daz sie ir hof niut suochen suln. Und sint si in tiuscher sprache niut gesezzen, oder daz sie in ahte tagen niut dar gelangen mugen, si sint des hoves mit rehte ledic; sie suln aber dar senden ir bornen dienstman, und als der herre den hof

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl. | Sachsenspiegel von 1369.

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.

verendet, so sol er dar gan, und sol fur sinen herren loben, daȥ er stete hab, als verre er sul, swaȥ da ze dem hof guoter dinge gesetzet si.

Und ist, daȥ ein herre dar niht kommen mac von ehafter not, der sende sinen dienstman dar, und heiȥe die not bewaern mit sinem eide, und als der hof ein ende habe, so tuo er als hie vor gesprochen ist.

Der vrie herre sende sinen eigen man, der mittelvrie sende sinen eigen man; der dienstman sende sinen maec; die tuon als die vordern.

140. Wie die erzbischofe ir sende gebieten suln.

23. Die erzbischofe gebietend ir sent mit rehte den, die in ir erzbisthume sitzend, und hant daȥ reht hinz in, daȥ die fursten hant hinze den, die ir hof niht suochent, und swaȥ die mit der aehte betwingent, daȥ suln sie mit banne twingen. Si gebietent och wol dar allen den bischofen, die in ir erzbisthum horent

Ander bischofe, die under in sint, die gebietent mit rehte cristenlich dinc; sie gebietent mit reht dar allen den fursten und allen den herren, die in ir bistum horent, und allen christen liuten, die z' ir tagen komen sint, die

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl. | Sachsenspiegel von 1369.

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.

funf und zwainzec jar alt sint; und swer dar nit kumt, daʒ rihten si mit dem banne, und als hie vor gesriben stet, und als decrete und decretalis sage.

(¹⁶) Des kunges hof und der fursten hove, die sint durh vride und genade gesetzet der cristenheit; davon sol man si gerne suochen, und sol oh gerne halten, swaʒ man da gebiutet.

Der bischove sent und diu cristenlichen dinc, diu sint den selen ze nutze gesetzet, und daʒ man da leret, wie man cristenliche gelouben sul, und den gelouben mit guten werchen behalten sule und ervollen; wan guot geloube ane gutiu werc ist vor got ein totz dinc, und gutiu werc ane den gelouben ist vor got alsam.

P. Rechte der Landesherrn ohne Rücksicht auf Fürstenamt.

141. Von phalzgraven und markgraven.

Ein jegelich phalzgrave und margrave, hant si joch niht furstenampt [24]), die vragent doch die lute wol mit rehte bi ir hulden, so si an dem gerihte sitzend; âne so ein niuwer vride gesworn ist, so suln si vragen bi dem eide, als der vride gesworen si.

142. Wie ein jegelich man sinen herschild genidert.

24. Zu den Worten c. 141: hant si joch niht furstenamt.

(¹) Wirt ein man sins genoʒes man damit hat er siner geburt und sins lantrehtes niht verkrenket, sinen

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.

Die markgreve dinget bi sines selbes hulden uber ses wochen; da vint jewelk man urdel uber den anderen, den men an sime rechte nicht bescheldeu ne mag; doch ne antwordet da neman zu camphe sime ungenote.

Wirt eyn man sinis genoten man, sine bord noch sin lantrecht ne hat her nicht gekrenket, sinen

Sachsenspiegel von 1369.

Art. 65. §. 1. Die marcgreve dinget bi sines selves hulden over ses weken; dar vint jewelk man ordel over den anderen, den man an sime rechte nicht bescheldeu ne mach; doch ne antwertet dar neman to kampe sime ungenoten.

§. 2. Wirt en man sines genoten man, sine bord noch sin lantrecht ne hevet he nicht ge-

Süddeutscher Artext.	Glossirende Einschiebsel.

herschilt hat er damit genidert; daz ist also gesprochen:

24. Die leigen fursten sint in dem dritten herschilte; und wirt ir einr eins leigen fursten man, so hat er den driten herschilt verloren, und vellet in den vierden, wan der ist sin genoz;

(11) und wirt ein vrier herre sins genozes man, der ist in dem vierden, und vellet in den vunften; und wirt ein mittelvrie sins genozes man, der ist in dem fumften und vellet in den sehsten; und wirt ein dienstman sines genozes man, der ist in dem sehsten und vellet in den sibenden. Daz seit daz lehenbuoch hernah, welh reht die hant, die in dem sibenden herschilte sint.

143. Wie nach ein market ligen sol den andern.

25. Zu den worten: „niuwer vride."

Man sol deheinen market naher dem andern legen uber zwo mile; man sol och deheine burc buwen, noh dorfer veste machen, noch berge mit vestenunge ane des lantrihtaers urlop.

Man sol och deheine stat buwen ane des urlop, des diu stat eigen ist; ist si sin lehen, er hat daz selbe reht.

Ane lantrihtaer urlop so mac man wol graben in die erde als

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.	Sachsenspiegel von 1369.
herschilt hat her aber genederit.	krenket darmede, sinen herschilt hevet he aver genederet.
156. Men ne mut nichenen market buwen eynem anderen eynir mile na.	Art. 66. §. 1. Men ne mut nenen market buwen, deme anderen ene mile na.
Men ne mut och nichene burch buwen noch stad vesten mit planken noch muren, noch berch noch werder buwen, noch torme[1] binnen dorphe an des richteres orloph.	§. 2. Man ne mut ok nene burch buwen, noch stat vestenen, mit planken, noch mit muren, noch berch, noch werder, noch turne binnen dorpe, ane des landes[2] richteres orlof.
An sin orloph mut men wol graben alse diph, alse eyn man	§. 3. Ane sin orlof mut man wol graven also diep, also en man

[1] Hs. korne.

[2] Es ist dies die einzige Stelle, wo „des landes richter" in dem Sinne von Landesherr aus dem Sprachgebrauch des L. R. B. in den Sachsenspiegel übergegangen ist.

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.

tief, als ein man mit einer schuvel ufgeschiezen mac die erde, also daz er deheinen schemel mache.

Man mac wol buwen ane sin urlop drier gademe hoh, mit holze oder mit stainen ob der erde, ane zinnen und ane brustwer.

Man mac och wol ane sin urlop einen hof an ebenererde umbevahen mit einr mur, als hoh, daz ein man sitzende uf einem rosse oben an die mure mit einr hant reiche,
ane zinnen und ane brustwer, und ane allerhande wer. In derselben wise so mac och ein man einen hof mit holze umbe machen.

Man mag oh keine burch gebuwen hinwider ane des kunges urlop oder ane des lantrihtaers urlop, diu mit urteil zerbrochen ist.

Brichet man aber ein hus mit gewalte, oder lat ez ein herre zergan von muotwillen oder von armuot, daz mac man wol wider buwen ane urlop.

144. Dem sin burc angewunnen wirt.

(19) Swem man sin hus angewinnet mit unrehte, der sol daz dem kunge clagen oder dem lantrihtaer, in des geriht ez lit; der sol im rihten, und sol daz hus wider vordern uf reht,
und antwurte man'z im niht so sol sich der rihtaer alles des

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.

mit deme spaden uphscheʒen mach de erde, so daʒ er nichene schemele gemache.

Men mut och wol buwen an sin orloph mit holze oder mit steyne drier dele ho boben eyn ander, eyne binnen der erden, die andere zwo boben, deste men eyne thore habe inme nedersten gademe boben der erden, knyes ho.

Men mut och wol vesten eynen hof mit thunen oder mit staken oder muren also ho, alse her geriechen mach uph eyneme orse sizene;
thynnen unde borstwere ne sol da nicht ane sin.

157. Men ne mut nichene burch weder buwen an des richteres orloph, de um ungerichte mit ordelen gebrochen wirt.

Brikt men aber eyn hus weldichliken, oder let iʒ die herre zegan von muotwillen oder durch armmuote, daʒ muot men wol weder bouwen an des richteres orloph.

Swer deme anderen sin hus abewint mit unrechte, claget jene da uph, als eyn recht is,

unde halt men iʒ yme denne geweldichlichen vore,

Sachsenspiegel von 1369.

mit eneme spaden, upgeschieten mach die erde, so dat he nene schemele make.

Man mut ok wol buwen ane sin orlof mit holte oder mit stenen, drier dele ho boven enander, ene binnen der erde, die anderen tvo boven, deste man ene dore hebbe in deme nederen gademe boven der erde enes knies ho.

Man mut ok wol vestenen enen hof mit tunen oder mit staken oder muren, also ho als man gereken mach up enem orse sittene;

tinnen unde borstwere ne sal dar nicht an sin.

§. 4. Man ne mut nene burch weder buwen ane des richteres orlof, die um ungerichte mit ordele tobroken wert.

Bricket man aver en hus gewaldichliken, oder let it die herre togan von mutwillen oder durch armude, dat mut man wol weder buwen ane des richteres orlof.

Art. 67. Swie deme anderen sin hus afgewint mit unrechte, klaget jene dar up, alse recht is,

unde halt man't im denne gewaldichliken vore,

Süddeutscher Urtext.	Glossirende Einschiebsel.
	underwinden, des jenr hat, und sol in furladen ze drin tagedingen; und kumt er fur ane gelaite, so riht uber in als uber einen roubar; er sol in och vahen ane rihtaer swa er in ane kumt, und sol in dem rihtaer antwurten.
	Di wile man einem manne sin huos vorbehebet, so mac dewile dehein man keine clage daruf gehaben, weder daz vor daruf geschehen ist, oder daz jemitten daruf geschiht, wan er sin ungewaltic ist.
	Swelh hus oder burc mit urteil verteilt wirt, da sol der rihtaer dez ersten drie slege an slahen, darnah so sulen die lute alle mit ackesten dargan, und suln houwen unz der buo ob der erde gar zerfuoret wirt.
	Man sol ez niht brennen, man sol weder holz noh staine von dannan fuoren, noh niht des uf der hofstat ist; ez en si danne von diupheit oder von roube daruf komen; des underwinde sich der rihtaer, und behalt ez unz ezwer kome, der reht darzuo hab.
	Und ist es ein burc, so suln alle die darzuo helfen, die in dem gerihte sitzend, dri tage mit ir eigernr spise, daz man den graben oder den berc mit schuveln eben mache, ob si darzuo geladet werdent mit des rihtaers boten.

Sächsisches Landrecht. Cod. Quedl.	Sachsenspiegel von 1369.
al di wile her iȥ ungeweldich ist, die da recht zu hat, so ne mach men upphe daȥ hus nichene clage thuon.	alle de wile he's ungeweldich is, die da recht to hevet, so ne mach man uppe dat hus nene klage dun, dar man't mede breken solde.
Da men iȥ mit rechte brechen solle, die richtere sol zu deme ersten mit eyneme bile dri slege slan an eyne burch oder an eyn buwe, daȥ mit urtele virteilet ist; da sollen die lantlute zu helphen mit slagen unde mit houwen;	Art. 68. §. 1. Die richtere sal to deme ersten mit enem bile dre slege slan an ene burch oder an en gebu, dat mit ordelen verdelt is; dar solen die lantlude to helpen mit houwene unde mit rammene;
nicht ne sol men iȥ bernen, noch holt noch steyne vuren danne, noch nicht des da upphe is, iȥ ne si da roufleke uph gevuret.	nicht ne sal man't bernen, noch stein noch holt dannen vuren, noch nicht des dar uppe is, it ne si roflike dar up gevuret.
Zut sich da jenich man zu mit rechte, der vur it dannen.	Tut sik jeman dar to mit rechte, die vor'et dannen.
Den graben unde den berch sol men ebenen mit spaden.	Den graven unde den berch sal man evenen mit spaden.
Alle die binnen deme gerichte geseȥȥen sin, die sollen dazu helpen dri tage bi ires selbes spise, ob si dazu geladen werden mit geruchte.	Alle die binnen dem gerichte geseten sin, die solen dar helpen dre dage bi irs selves spise, of si darto geladen werden mit geruchte.

E. Proben der Benutzung David's von Augsburg und Berthold's von Regensburg in dem Landrechtbuche.

David von Augsburg.	Landrechtbuch.
	Vorrede.
Herre got, himelischer vater, durch dîne milte guete geschuefe du den menschen in drivaltiger wirdekeit;	Herre got, himelischer vater, durch dine milte guote geschuofe du den menschen in drivaltiger werde scheit;
diu erste, daȥ er nach dir gebildet ist;	diu erste, daß er nach dir gebildet ist;
	daß ist och ein also hohiu werdecheit, der dir alleß menschen chunne immer dancken sol, wan deß haben wir michel recht, vil lieber herre, himelscher vater, sît du uns zuo diner gothait also werdeclichen geedelt hast;
diu andere, daȥ du dise welt alle ime ze dienende gemachet hast;	diu ander werdecheit, da du herregot almehtiger schepher den menschen zuo geschafen hast, daß ist diu, daß du alle dise werlte
	die sunnen und den manen, die stern und diu vier elemente, viur, wasser, luft und erde;
	die vogel in den lufte, die vische in dem wage, die wurme in der erde, [1] golt und edel gesteine;
	der edelen wurze suoßen smac; der bluomen lichte varwe, der boume

[1] Dieselbe Zusammenstellung begegnet Berthold 1. S. s. unten S. 145.

David von Augsburg.	Landrechtbuch.
	fruht, chorn und win, und alle creature,[1] daß hast du herre alleß dem men-

[1] Der ganzen Stelle hat Berthold's schöne Predigt: „von dem Wagen", B. 1. S. 171, vorgeschwebt. Es heißt, S. 172: Der allmächtige Gott hat uns alle Dinge zu Nutz und zu Frommen erschaffen, einestheils für den Leib, anderntheils für die Seele. Un also hat er uns die Sterne gegeben am Himmel, und Alles was auf Erdreich ist. Und wie ihr euch das nützlich machen sollt an der Seele, davon sollt ihr lesen in euern Büchern, am Himmel und an der Erde. Ihr sollt an der Erde lernen, an Bäumen, und an dem Korne und an den Blumen, wie da that der gute Sankt Bernhard. „Ich suche den Gehuren, in allen Kreaturen."

Es würden alle Creaturen wohl sprechen, wenn sie könnten sprechen: „unsere so manchfaltigen Wunder haben wir von uns selber nicht u. s. w. Der „edelen wuorze suoßen smac" finden wir wieder in dem geistlichen Lied, auf dessen Anfang Berthold in den Worten: „Ich suche den Gehuren u. s. w." anspielt:

„Ich suche den gehuren
an allen creaturen,
an aller seiten klange,
an aller vogelîn sange,
und aller harpfen klange;
an aller blumen varve,
an aller „wurze krefte."

Die „lichte Farbe der Blumen" wiederholt sich in der Stelle der Predigt: „so möchten wohl sprechen Blumen und Pflanzen — unsere mancherlei lichte Farben die haben wir von uns selber nicht u. s. w."

David von Augsburg.	Landrechtbuch.
	schen ze dienste und ze nutze geschaffen,[1]
	durch die triuwe und durch die minne, die du zuo dem menschen hast;
diu dritte, daz er die wunne unde die ere, diu du bist, mit dir ewecliche nieze.	Diu dritte werdecheit ist, da du herre den menschen mite gewirdet und geedelt hast, daß ist diu, daß der mensche die wirde und die ere und die froude und die vunne, diu du selbe bist, imer mit dir ewiclichen nießen sol.

[1] vergl. den Anfang der S. 145 angeführten Stelle Berthold's.

Berthold von Regensburg.	Landrechtbuch.
Siebzehnte Predigt. **Von dem Frieden.** Text: Meinen Frieden gebe ich euch. Joh. 14, 27. S. 254. Der Friede ist ein Ding, das alle Welt begehrt, und anderes nicht als den Frieden, und Alles was der Mensch begehrt und thut, das thut er anders nicht, als um den Frieden. Es sitzt etwann Eins in mir, das heißt der Hunger; so esse ich denn, damit ich mir einen Friede mache vor dem, das da Hunger heißt. So sitzt dann Eins in mir, das heißt der Durst; da trinke ich, damit ich mir einen Friede schaffe vor dem, das da heißt der Durst; u. s. w. Also begehrt alle Welt nichts, denn Frieden; der Vogel in der Luft,	

Berthold von Regensburg.	Landrechtbuch.
der Fisch in der Woge, das Thier in dem Walde, der Wurm in der Erde, und alle Geschöpfe die Gott schuf die begehren den Frieden.	
Un daß der allmächtige Gott auf die Erde kam, das that er anders nicht, als um des Friedens willen, daß er einen Frieden mache zwischen uns und dem Vater in dem Himmel.	Vridelîches leben hat unser herre gar lieb, wan er chom selbe von himelriche uf ertriche durch anders nicht, wan durch den rehten vride, daß er uns den schuofe vor den tiuveln und vor der ewigen marter, ob wir selbe wollen;
Da sangen die Engel ob, der Krippen: „Gloria in excelsis Deo, et in terra pax hominibus bonae voluntatis;“ – die Ehre in der Höhe, und allen denen, die guten Willens sind, gut Friede auf Erden	und davon sungen die engel ob der crippe, do unser herre got wart geborn: „Gloria in excelsis Deo, et in terra pax hominibus bonae voluntatis“ — die ere herre got in dem himel und guot vride uf erden allen den die guotes willen sint;
	diu haben immer vroude in himelriche.
und da unser Herr hie auf Erden gieng mit seinen Jüngern, da sprach er zu allen Zeiten zu seinen Jüngern und auch zu andern Leuten; „pax vobis“, d. h. „der Friede sey mit euch.“	Und do got hie in erde was, do was daß sin ähnlich wort: „pax vobis“; daß sprichet: „der vride si mit ju;“ und also sprach unser herre alle zit ze sinen jungern, und och ze anderen liuten;
	und dabi suln wir merken, wie rehte liep der almähtigot den vride hat;
und da er ihnen erschien an dem Ostertage, da sprach er abermals zu seinen Jüngern: „der Friede sey mit euch“; und da er gen Himmel fuhr, da sprach er abermals: „der Friede sey mit euch.“	und do er von ertriche wider uf ze himel fur, do sprach er aber ze sinen jungern: „der vride si mit ju.“
	und enphalh dem guoten sante Peter, daß er ein phleger wäre uber den rehten vride, und gab im den ge-

Berthold von Regensburg.	Landrechtbuch.
	walt, daz er den himel ufsluzze allen den, die den rehten vride hielten, und swer den vride breche, daz er dem den himel vor besluzze; daz ist also gesprochen: „alle die diu gebot des almehtigen gotes brechent, haben och den rehten vride gebrochen.
	Daz ist och vor gote billih reht: swer diu gebot unsers herren brichet, daz man dem den himel vor besliuzet, sit uns des got nu geholfen hat, daz wir mit rehtem lebenne und mit vridelichem lebenne zem himelriche chomen mugen;
Zwanzigste Predigt. Von sieben Sakramenten. Es stund die Welt fünftausend Jahr und zweihundert Jahr und ein Jahr, da nie ein Mensch zum Himmelreiche kommen konnte, immer wegen des Ungehorsams, den Adam und Eva begiengen in dem Paradiese; wegen der Schuld konnte kein Mensch ins Himmelreich kommen in fünfzighundert Jahren, sie waren übel oder gut, jung oder alt, reich oder arm, edel oder unedel;	man des was niht vor gotes geburt; swie wol der mensch tet in der welte, so moht er doch ze dem himelriche niht komen.
	Got geschuof zem ersten himel und erde, und darnach den menschen. Den sazte er in daz paradise; der brach die gehorsamin uns allen ze schaden; darumbe giengen wir irre, sam diu hirtelose schaf, daz wir in daz himelriche niht en mohten, unz

Berthold von Regensburg.	Landrechtbuch.
	uns got den wec dar wiste mit siner marter.
	Und darumbe solten wir got iemer loben und eren von allem unserm hercen, und von aller unserr sele, und von aller unserr macht, daß wir nu so wol ze den ewigen vrouden chömen, obwir wolten;
a. a. O. S. 311. Was manchem heiligen Mann theuer war im alten Bunde, das ist uns Christenleuten nun widerfahren, und andere Gnaden manche.	und daß hievor doch vil mänigen heiligen Patriarchen und Propheten tiure was, diu gnade und diu selicheit ist uns cristenliuten widervarn, daß wir nu wol himelrich verdienen mugen;
	und swer des nibt tuot, und diu gebot unsers herren brichet, daß richet er billich an im und die, den er den gewalt verlihen hat; daß ist der babest; der sol an gotes stat rihten uf dem ertriche unz an den jungsten tac; so wil danne got selbe rihten ubel und guot, clein und groß, alleß daß hinnen dar nit gerihtet wirt.
	Un darumbe wil man an disem buoche leren alle, die gerihtes phlegen suln, wi si ze rehte suln rihten, als mannic hailigen man, die in der alten E und in der niuwen E guote rihter waren, und also habent gerihtet, daß si mit ir gerihte die ewigen vroude hant besezzen; und swer och anders rihtet, wan alß dis buoch leret, der sol wißßen daß got wil zornlichen uber in rihten an dem jungesten tage.

Berthold von Regensburg.

Predigt von den drei Mauern.

B. 2. S. 58.

S. 59. Das Himmelreich gleicht einem Acker, darin ein Schatz verborgen liegt.

Wenn den ein Mensch findet, der verkauft alles was er hat, und kauft den Acker, daß ihm der Schatz werde. Welches ist der Acker, dem das Himmelreich gleichet? Das ist die heilige Christenheit u. s. w.

S. 62. Nun seht ihr reinen Christenleute allesamt, wie lieb euch der allmächtige Gott gehabt hat. Da er so mancherlei Liebe an den Acker gelegt hat — — darum hat er ihn so festiglich umfangen mit drei starken Mauern u. s. w.

Die erste Mauer ist seiden; — das ist die seidene Stola, das geistliche Gericht. — —

Nun kann der Pabst nicht in allen Landen sein, und kann alle Menschen nicht erkennen in ihrem Glauben und in ihren Werken. Darum hat er den Patriarchen die Gewalt gegeben u. s. w.

Die zweite Mauer — das ist eine eiserne Mauer, — das ist das eiserne Schwert des weltlichen festen Gerichtes.

Das soll der Pabst dem Kaiser zu Lehen geben, daß wenn Jemand wäre, der diese seidene Mauer mit Ungehorsam zerbräche, daß die eiserne Mauer dannoch davor sey, und den

Landrechtbuch Kap. 346.

Der guot vindet uf der straßße.

b. — daß bewerет man mit dem heiligen ewangelio; daß sprichet also: daß himelriche gelichet einem acker, da schatz inne verborgen lit;
alse den ein mensche vindet, daß verkouffet alleß sin guot, unde kouffet den acker, daß im der acker werde, unde im der schatz belibe.

Vgl. S. 151., Spalte 2., Abs. 3.

Berthold von Regensburg.	Landrechtbuch Kap. 346.
Acker schirme vor Juden, vor Heiden und vor Ketzern.	
Es kann auch der Kaiser nicht in allen Landen seyn, und alles Unrecht nicht richten u. s. w.	Vergl. Landrechtbuch Kap. 119. Keiserlich gerihte. — Der keiser mag in allen landen niut gesien u. s. w.
	Fortsetzung der Vorrede des Landrechtsbuchs.
	d. Sit nu got des vrides furste haißet, so ließ er zwai swert hie uf ertriche, do er ze himel fuor, ze schirme der cristenhait; diu lech unser herre sante Peter beidiu, einz von geistlichem gerihte, daß ander von weltlichem gerihte.
	Daß weltlich swert des gerihtes daß lihet der babest dem chaeiser, daß geistlich ist dem pabest gesetzt, daß er damite rihte.
	Dem pabest ist gesetzet in bescheidenlicher zit ze riten uf einem blanchen pherde,
Darum sol der Kaiser dem Pabste den Steigbügel halten, daß sich der Sattel nicht umwende; das will sagen: was immer der Pabst mit dem Banne richten mag, das soll der Keiser und andere weltliche Richter mit dem Schwerte richten.	und der cheiser sol dem pabest den stegreif haben, daß sich der satel nit entwinde. Daß bezeichnet daß, swaß dem pabest wider ste, daß er mit geistlichem gerihte niht betwingen mac, daß sol der cheiser und ander weltliche rihter betwingen mit der ehte

Berthold von Regensburg.	Landrechtbuch Kap. 3.
Predigt von der Ehe. [1]	**Von Sippezahl.**
B. 2. S. 5. Wenn man die Verwandschaft rechnen will, so soll man an dem Haupte anheben.	In dem houbet ist bezeichnet man und wip, wan daz houpt ein orthap ist des libes ob allen den geliden, diu der lip hat; und davon ist ein man und sin wip, diu reht und redelichen z'er e chomen sint bezeichnet an deme houpte; wan die reht und redelichen z'er e chomen sint, da ist niht zweiunge an; sie sint wan ein lip;
Vater und Mutter, davon ist Zweiung, denn deren zweier Kinder haben den ersten Grad,	und swenne si chint gewinnet elichen,
und stehen an dem ersten und nächsten Gliede nach dem Haupte, wo die Arme an die Schultern stoßen, das heißet die Achsel, an jedweder Achsel ein Geschwister;	diu sint och bezeichnet an diu nehsten gelider bi dem houpte, daz ist, da die arme an die schulteren stoßent, daz heißent die ahsel, und heißent diu chint geschwistrige, und hebent die ersten sippezahl, die man ze magen rechnet; u. s. w.
am zweiten Gliede, das da heißet der Ellenbogen, daran stehen der Geschwister Kinder, und haben den zweiten Grad;	und darnah geschwistride chint; diu stent an den anderen liden von deme houpte, daz ist der ellenboge; diu hebent och die anderen sippe; und
die dritten Kinder, der Geschwister Enkel, die stehen an dem dritten Gliede, wo die Arme an die Hände stoßen.	dann aber der chinde chint diu hebent die dritten sippe; diu stent och an dem dritten lide, da diu hant an den arm stoßet.
Endlich der Enkel Kinder haben den vierten Grad, und stehen an dem vierten Gliede, daß ist das Glied, da der Mittelfinger an die Hand stößet.	So stent diu vierden chint an dem vierden lide; daz ist, da der mitel vinger in diu hant stoßet.

[1] Aus dieser Predigt ist auch der erst in Handschriften späterer Zeit und dem Großfoliodruck §. 370. vorkommende Zusatz II. bei Laßberg hinter Kap. 377. kompilirt.

G. Homeyer über den Spiegel aller deutschen Leute.

Meinem geehrten Kollegen Homeyer verdanke ich vor völliger Beendigung des Druckes meiner eigenen Schrift einen Separatabdruck des Berichtes über den Professor Ficker'schen Handschriftfund, den er in der Sitzung der historisch-philosophischen Klasse der Akademie der Wissenschaften den 14. Dezember 1857 erstattet hat. (Monatsberichte, Dezemberheft S. 622 bis 639.)

Homeyer geht von der zwischen uns verhandelten Kontroverse über die Priorität zwischen dem Sachsenspiegel und dem s. g. Schwabenspiegel aus.

Durch die neuerliche Entdeckung soll die ganze Frage eine andere Wendung genommen haben. Da der Satz vorher sagte: das Urtheil der Germanisten sei, so viel ihm bekannt, der Priorität des Sachsenspiegels günstig geblieben, so erwartete ich von der anderen Wendung, daß sie zu der Annahme der von mir behaupteten Priorität des Schwabenspiegels führen werde. Darin habe ich mich getäuscht; die andere Wendung ist eine bloße Schwenkung, die in der alten Annahme sich verläuft. Der Gewinn des neuen Fundes soll in der Entdeckung eines Mittelgliedes zwischen Sachsen- und Schwabenspiegel bestehen. In der That würde ein solches, wenn man es sicher ermitteln könnte, die Streitfrage für immer abthun. Ich selbst habe schon längst auf das Unwahrscheinliche, aller Kontinuität in der deutschen Rechtsbildung Widerstrebende der Annahme aufmerksam gemacht, daß in den ersten Jahrzehenden des dreizehnten Jahrhunderts ein anhaltinischer Rittersmann, oder nach anderer Annahme ein Landgerichtsschöffe zu Seehausen, wie die Reimvorrede berichtet, „ohne Hülfe und ohne Lehre," wie das Werk selbst zeigt, ohne Anschluß an erweislich unmittelbar benutzte originale Quellen, zu einer Zeit, wo die deutsche Prosa der nöthigen Ausbildung zu rechtswissenschaftlichem Gebrauche noch gänzlich ermangelte, für welche insbesondere sonstige Reste niedersächsischer Prosa noch gänzlich fehlen, in dieser Mundart ein Rechtswerk aus einem Gusse

solle geschaffen haben, welches ein halbes Jahrhundert spurlos existirt, dann aber plötzlich einen süddeutschen Bearbeiter gefunden hätte, der es zur Celebrität brachte, und dessen Nachbildung neben dem Urwerke im nördlichen Deutschland gebraucht, die in's Niedersächsische übersetzt, mit dem sächsischen Werke in Handschriften verbunden, für die Illustrationen des letzteren benutzt, und nach Böhmen einerseits, wie über das burgundische Reich andererseits, in die Nationalsprachen übertragen, verbreitet wurde. Nach der von Homeyer adoptirten Annahme des Professor Ficker soll nun, etwa dreißig Jahre nach der Abfassungszeit, ein Augsburger diese Verbreitung durch ein Werk vermittelt haben, bei welchem absichtlich die Herkunft des Urwerkes verdunkelt wurde. Der Werth der historischen Grundlagen dieser Hypothesen über Entstehungszeit und Entstehungsart des s. g. Deutschspiegels kann hier auf sich beruhen. Das Nöthige darüber ist an einem anderen Orte dieser Schrift [1] hervorgehoben. Ich bezweifle indeß, daß die Mittheilung des Fundes in einem vollständigen getreuen Abdrucke die an ihn geknüpften Erwartungen rechtfertigen dürfe; ich kann auch das, S. 638 und 639 des Berichtes, den Forschungen des Finders enthusiastisch gespendete Lob für jetzt um so weniger theilen, als nach den von ihm mitgetheilten Fragmenten die Entdeckung Nichts verspricht, als einen Sachsenspiegelcodex aus dem vierzehnten Jahrhundert, ohne erweisliche ältere Herkunft und Familie, der das Besondere hat, daß Abtheilungen, Rubriken, Aenderungen und Zusätze mehrfach in sinnloser Verbindung aus der normalen Form des s. g. Schwabenspiegels bis an eine Stelle entliehen sind, wo dem Kompilator durch Versetzung eines Mittelstückes der Faden der Vergleichung abhanden kam, so daß er sich von da ab im Wesentlichen auf das Abschreibegeschäft beschränkte.

Nach Professor Ficker's Annahme ging der Augsburger Deutschspiegler auf Erweiterung seiner sächsischen Vorlage aus, kam damit aber nur bis etwa zu Ende des ersten Viertels, von da an hat er nur hier und dort eine kleine Aenderung angebracht, und an einer einzelnen Stelle eine Randnote gemacht, als Fingerzeig für künftige weitere Vermehrung. Fünfzehn Jahre hat man sich mit dieser seltsamen Arbeit begnügt, bis ein Landsmann den Erweiterungsplan für die übrigen

[1] S. 35. ff.

drei Viertheile des Werkes wieder aufnahm und zu Ende führte. Dieser Vollender der Erweiterungsarbeit hat sich dann aber nicht die ganze Arbeit seines Vorgängers angeeignet, sondern in dem von diesem schon vermehrten Stücke wieder gestrichen und geändert, und auch in den anderen drei Vierteln einerseits vermehrt und andererseits vermindert, also eine von der früheren ganz verschiedene Weise der Behandlung angewendet.

In diesen Vorstellungen liegt des Unwahrscheinlichen so viel, daß ich der Kühnheit der aufgestellten Hypothesen zu folgen mich nicht stark genug fühle. Noch räthselhafter wird mir die „siegreiche Macht des Sachsenspiegels," Homeyer S. 634, und ihr fünfzig Jahre fortwirkender „Einfluß auf Süddeutschland," wenn der „Verbesserer der Flüchtigkeit seines Vorgängers," S. 634 a. a. O., „ohne Hülfe des sächsischen Urtextes" gearbeitet, und selbst erst die Versetzung von Sachsensp. III., 52 ff., vorgenommen hat, die so merkwürdiger Weise mit dem Aufhören der Vermehrungen seines Vorgängers zusammentrifft. Am allerwenigsten will mir einleuchten, woher es dann gekommen, daß er in dem schon vor ihm erweiterten ersten Viertel seiner Vorlage Nichts von den Vermehrungen beseitigt, sondern daß seine streichende Feder hier nur ächte Sachsenspiegelstellen betroffen hat.

Ich bedaure, aus diesen Gründen dem Innsbrucker Funde die Wichtigkeit für Rechtskontinuität und Einsicht in die Zustandekunft der Land- und Lehnrechtsbücher nicht beimessen zu können, welche ihm von Ficker und Homeyer zugeschrieben wird. Andererseits aber finde ich in dem neuen akademischen Vortrage meines bisherigen Hauptgegners erhebliche Fortschritte zu unserer Verständigung, denn:

1) die von mir ermittelte Benutzung des Königsbuches in dem Sachsenspiegel wird von Homeyer nicht mehr bestritten, nachdem sie Ficker als unzweifelhaft anerkannt hat;

2) Homeyer hält nicht mehr, wie noch 1856 in seinem Handschriftenverzeichnisse, S. 42, unter d) die Ambraser Handschrift des s. g. Schwabenspiegels für das älteste Glied einer Gruppe, die das süddeutsche Rechtsbuch in seiner ursprünglichen noch unentwickelten Gestalt zeige, sondern nur noch für eine verkürzte Nebenform; er wird also jetzt auch gerechtfertigt finden, daß ich die Wackernagel'sche Ausgabe dieses schon in dem Senkenberg'schen Corpus juris mitgetheilten

Textes nicht wie die Laßberg'sche Ausgabe als Leistung anerkennen konnte, welche die Entstehungsgeschichte der Rechtsbücher gefördert habe;

3) es wird gegenwärtig von Homeyer anerkannt, S. 636 a. E.: die „Entwickelung von der Urform ab sei vorwiegend auf eine **Verkürzung**," nicht, wie man früher meinte, „auf Erweiterung des Vorgefundenen hinausgegangen." Muß nun mittelbar oder unmittelbar Sachsenspiegel oder s. g. Schwabenspiegel für einander Urform sein, so dürfte Homeyer sich geneigter finden, mit mir in der kürzeren Form des Sachsenspiegels die Hand eines Epitomators, als in der volleren des sogenannten Schwabenspiegels das Werk eines „redseligen Paraphrasten" anzuerkennen.

Berlin, den 21. Februar 1858.


Digitized by Google

